

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

148 · Februar 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

| | |
|---|-----|
| VorSatz | 99 |
| Essay | |
| JOACHIM BISCHOFF Hat der Linkssozialismus eine Zukunft? | 101 |
| Wirtschaft & Politik | |
| FRANZ J. RADERMACHER Ökoeffizienz – Ein »Balanced Way« als Zukunftsentwurf | 109 |
| KLAUS STEINITZ Wirtschaftswachstum ist unverzichtbar? | 123 |
| Gesellschaft: Arbeitszeit & Freizeit | |
| MARGARETA STEINRÜCKE, KERSTIN JÜRGENS Die Verfügung über die eigene Zeit ist das Maß der Freiheit – Utopien in Arbeit und Familie | 136 |
| URSULA SCHRÖTER, RENATE ULLRICH Wer putzte in der DDR das Klo? | 149 |
| Alternative Wirtschaftstheorie | |
| KLAUS MÜLLER Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen | 159 |
| Konferenzen & Veranstaltungen | |
| ULRICH BUSCH Der blinde Fleck linker Politik | 169 |
| STEFAN BOLLINGER Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration | 172 |

Festplatte

| | |
|---|-----|
| WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau | 176 |
|---|-----|

Bücher & Zeitschriften

| | |
|--|-----|
| Jörg Roesler, Dagmar Semmelmann: Ohne Energie geht gar nichts. Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinatn zur VEAG (1980-1990) (SIEGFRIED WENZEL) | 178 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| Ulrich Kluge: Ökowende. Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn Franz Alt: Agrarwende jetzt. Gesunde Lebensmittel für alle (MARKO FERST) | 180 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| Werner Pfau: Neue Rezepte für untertäniges Denken. Eine Kritik des Radikalen Konstruktivismus (MARTIN SCHIRDEWAN) | 183 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik (FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) | 184 |
|---|-----|

| | |
|---|-----|
| Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung (ARNDT HOPFMANN) | 186 |
|---|-----|

| | |
|--|-----|
| Karl Marx, 2Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Erste Abteilung, Bd. 31: Friedrich Engels – Werke, Artikel, Entwürfe, Oktober 1886 bis Februar 1891. Bearbeitet von Renate Merkel-Melis (HERMANN KLENNER) | 187 |
|--|-----|

| | |
|-----------|-----|
| Summaries | 190 |
|-----------|-----|

| | |
|---|-----|
| An unsere Autorinnen und Autoren Impressum | 192 |
|---|-----|

VorSatz

Nein, so hatte man sich den Start in das neue Jahrtausend, den Auftakt für das 21. Jahrhundert, nicht vorgestellt. Aber so sind die Fakten: Wirtschaftliche Stagnation, Beschäftigungsrückgang, Überproduktion, Finanzkrise, Krise der Sozialversicherungssysteme, Bildungskrise und dergleichen mehr. Für die ersten beiden Jahre des 21. Jahrhunderts ist das Krisenszenario statistisch belegt. Daran gibt es keinen Zweifel. Für das dritte Jahr, das gerade begonnen hat, liegen bis jetzt nur Prognosen vor. Aber auch diese lassen vorerst keine Wende zum Besseren erkennen. Und das nicht nur für Deutschland, sondern gleichermaßen auch für andere Staaten in Europa, Asien, Afrika, Südamerika, ja, im Grunde genommen für die ganze Welt. Nur die USA scheinen es wieder einmal geschafft zu haben, sich der globalen Krise zu entziehen – durch Krieg.

Ganz abgesehen davon, daß es immer fragwürdiger wird, politische Konflikte mittels Krieg entscheiden zu wollen und der Ablehnung einer solchen Politik durch alle friedliebenden Kräfte, ist dieser Krieg auch keine Demonstration wirtschaftlicher Stärke. Eher trifft das Gegenteil zu, denn das ökonomische Gleichgewicht ist in den USA nicht weniger gestört als anderswo und die Krise, die sich hier zuerst zeigte, sitzt hier nicht weniger tief. Mit einem Leistungsbilanzdefizit von mehr als 400 Milliarden US-Dollar und einem rasch anwachsenden Budgetdefizit weist die US-Wirtschaft gleich zwei gravierende Schwachpunkte auf: eine gefährlich hohe äußere und eine rasch zunehmende innere Verschuldung. Dies belastet die globale wirtschaftliche Balance erheblich, wie angesichts des weltwirtschaftlichen Gewichts der USA leicht einzusehen ist. Das jüngst von Präsident Bush verkündete 600 Milliarden Dollar schwere Konjunkturprogramm wird die Lage kurzfristig kaum verbessern, da es mit einem weiteren Schuldenaufbau einhergeht. Hinzu kommt, daß der US-Dollar seit Monaten sichtbar an Wert verliert, was die Finanzierung des Defizits erschwert. Ein schwacher Dollar würde den USA zwar helfen, ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen, gleichzeitig aber würden alle Exportwirtschaften, namentlich Japan und Deutschland, dadurch in noch größere Schwierigkeiten geraten, für ihre Überproduktion eine Nachfrage zu finden, so daß die gesamtwirtschaftliche Balance in der Welt weiter ins Rutschen käme.

Angesichts dieser verfahrenen Situation erscheint ein Krieg, vor allem wenn er rasch und energisch geführt und gewonnen wird, als »Befreiungsschlag«, als eine verheißungsvolle Option. Die Nachfrage nach Rüstungsgütern belebt die Konjunktur, die Lager werden

geleert, die Mobilmachung bindet Arbeitskräfte, die Sicherheitslage erlaubt es dem Staat, zusätzliche Steuern einzutreiben und Extra-Schulden zu machen. Wenn die Waffen dann wieder schweigen, helfen »Hilfs- und Aufbauprogramme« der lahmenden Wirtschaft.

Das ist nicht neu. Auch in der Vergangenheit waren Kriege wirtschaftlich motiviert. Sei es, um Rohstoffe zu erbeuten, Arbeitskräfte und fruchtbares Land, oder um Absatzmärkte für die Produkte der kriegführenden Wirtschaftsmächte zu erobern. Heute geht es neben Öl und Absatzmärkten für IBM und CocaCola um die Korrektur makroökonomischer Schief lagen und die Beleb ung der Konjunktur. Neu an diesem Krieg ist jedoch seine »Normalität« und das Einverständnis in der Welt darüber, daß er unvermeidbar ist. Krieg ist heute keine Entgleisung mehr, keine außergewöhnliche Abweichung in einer »an sich« friedvollen Welt des Kapitalismus. Vielmehr bestätigt sich hier, was Ernst Bloch bereits vor einem halben Jahrhundert schrieb: »... der moderne Krieg selber kommt aus dem kapitalistischen Frieden und trägt dessen schreckliche Züge.«

Krieg ist heute die Fortführung der Ökonomie. Dabei beschränkt sich seine konjunkturbelebende Wirkung keineswegs allein auf die kriegführende Volkswirtschaft. Auch die anderen profitieren davon, allen voran Großbritannien, Deutschland und Frankreich. Dies erklärt zu einem Gutteil die Solidaritätsbekundungen dieser Länder mit den USA, wenn es um die Inszenierung eines Krieges geht, oder sogar um die aktive Teilnahme an vorderster Front wie im Falle Großbritanniens. Der Golfkrieg im Jahre 1991 und der Krieg gegen Serbien 1999 haben dies für die Zeit nach dem Ende der Blockkonfrontation und der Bipolarität in der Welt eingehend demonstriert. Der bevorstehende Krieg gegen den Irak bedeutet die Fortsetzung dieser Logik in einem neuen, erweiterten Sinne.

Was aber, wenn es schief geht, wenn der Waffengang zum Desaster wird, der Krieg sich hinzieht und unkalkulierbare Rückschläge auf treten? Wenn der Gegner sich als stärker und zäher erweist als angenommen, wie im Falle Vietnams, oder wenn es Gegenschläge und Vergeltungsmaßnahmen gibt, ähnlich dem Attentat vom 11. September? – Die Folgen wären furchtbar. Und das keineswegs nur für die USA, sondern gleichermaßen für Deutschland, Europa, Asien, für die Welt. Anstatt durch Krieg aus der wirtschaftlichen Stagnation herausgezogen zu werden, würde die Welt in eine tiefe Rezession hineingezogen, in eine Krise gerissen. Die Folgen eines derartigen Szenarios wären wie bei einem Flächenbrand weder abseh- noch beherrschbar, nicht zuletzt gerade auch für die Weltwirtschaft.

ULRICH BUSCH

JOACHIM BISCHOFF

Hat der Linkssozialismus eine Zukunft?

Die Niederlagen der PDS in den letzten Bundes- und Landtagswahlen haben einen seit längerem schwärenden Substanzverlust bei den bundesdeutschen Linkssozialisten aufgedeckt (vgl. Brie 2002; Neubert 2003). Mehr noch als die Stimmenverluste haben die innerparteilichen Auseinandersetzungen enthüllt, daß seit längerem programmatisch-inhaltliche und organisatorische Reformen und Erneuerungsprozesse aufgeschoben wurden. Ohne Zweifel ist dieser politische Absturz der PDS überwiegend selbstverschuldet; die Partei hat zentrale gesellschaftliche Entwicklungen in der Berliner Republik und dem globalisierten Europa unzureichend wahrgenommen und politisch verarbeitet. Diese strukturellen Defizite reproduzierten sich in einer mangelhaften politischen Konzeption für die Parlamentswahlen. Wie vor allem an dem großen Anteil von Stimmenthaltungen früherer PDS-Wähler ablesbar, konnte die PDS nicht einmal die eigene Mitgliedschaft und das engere Einflußfeld motivieren. Diese Schwäche schlug sich schließlich in einer unzureichenden Auseinandersetzung mit den grünen Hauptthemen – Ökologie, Friedenspolitik – und einer politischen Rochade der SPD, die sich aus der Mitte der Gesellschaft in Richtung der unteren sozialen Schichten, Sozialverbände und Gewerkschaften bewegt hat, nieder.

Man muß diese Wahlniederlage und den sich anschließenden Krisenprozeß der PDS in den westeuropäischen Kontext einordnen. Denn die politische Schwäche betrifft nicht nur die bundesdeutsche PDS, sondern ist auch bei anderen linkssozialistischen oder reformkommunistischen Parteien in Europa ausgeprägt. Mitte der neunziger Jahre waren die Sozialdemokraten in den meisten Ländern die führende Regierungskraft. Linkssozialistische Parteien waren entweder selbst an der Regierung beteiligt oder mehr oder minder in eine Tolerierung von Mitte-Links-Bündnissen einbezogen. Diese »Linksregierungen« sahen sich vor die Herausforderung gestellt, die Wirtschaft zu sanieren, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren und den europäischen Integrationsprozeß voran zu bringen. Diese Phase ist Ende der neunziger Jahre zu Ende gegangen. Wie die führenden italienischen Linkspolitiker Amato und D'Alema in einem offenen Brief an die Europäische Sozialdemokratie betonten, hat ausgehend von Italien, eine »Abfolge von Niederlagen eingesetzt, die die Rechte in der Mehrzahl der europäischen Länder schnell an die Regierung gebracht hat.« Zu Recht stellt der italienische Reformkommunist Lucio Magri in einem Resümee der letzten fünf Jahre fest: »Die Niederlage der Mitte-Links-Regierungen war weder durch eine

Joachim Bischoff – Jg. 1944, Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Memorandum; Redakteur der Zeitschrift *Sozialismus*. Zahlreiche Publikationen zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus, unter anderem: *Mythen der New Economy*, Hamburg 2002. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Die Memoranden – Alternativen zur neoliberalen Wirtschaftskonzeption, Heft 146 (Dezember 2002).

»Bereits im Juli 2002 ist die Mitte-Links-Hegemonie in der EU zerfallen. 9 von 15 EU-Mitgliedsstaaten werden wieder von Rechtsparteien regiert.« (Dräger 2002, S. 6)

Politik des ›ein bißchen mehr zum Zentrum‹ noch durch ein ›mehr Links‹ zu vermeiden. Gescheitert ist insgesamt eine reformistische Strategie – nicht der Reformismus im allgemeinen und für immer, wie uns die Politik des 20. Jahrhunderts zeigt. Gescheitert ist aber gewiß ein minimalistischer Reformismus von oben, der die vom Kapitalismus vorgegebenen Strukturen, grundlegenden Mechanismen und Machtstrukturen für unveränderbar hält.« (Magri 2002, S. 43; vgl. Bischoff 2002 b) Daraus folgt: Das gesamte linke politische Spektrum muß die gesellschaftlich-politischen Gründe für diesen Hegemoniewechsel aufarbeiten. Das ist zunächst eine Herausforderung an die europäische Sozialdemokratie. Aber es betrifft gleichermaßen die Parteien des linken politischen Spektrums. Unter diesem westeuropäischen Blickwinkel ist die existenzbedrohende Krise der bundesdeutschen PDS keine Besonderheit. Ohne die jeweils spezifischen nationalen Wirkungsmomente bestreiten zu wollen, läßt sich festhalten: Auch *Rifonda Comunista* in Italien, die französische kommunistische Partei, die Vereinigte Linke in Spanien sowie die Linkspartei in Schweden sind von diesen Umgruppierungen des gesellschaftlichen und politischen Systems erfaßt.

Niedergang der Linken und Aufstieg des Rechtspopulismus

Dabei haben wir es nur vordergründig mit einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses zwischen den bürgerlich-konservativen Parteien und dem linken Spektrum zu tun. Die Unzufriedenheit der Bürger/innen mit der Regierungspraxis der Linksparteien schlägt sich auch in einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung und dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen nieder, wie Ulrich Beck zu Recht notiert.

Die Erfolgsstory rechtspopulistischer Bewegungen am Beginn des 21. Jahrhunderts – die Widersprüche bei der österreichischen FPÖ und der Liste Pim Fortuyn in den Niederlanden ändern den Grundtenor dieser Einschätzung nicht – vergällt den bürgerlichen Parteien die Freude über den Niedergang des politischen Gegners. Der Bedeutungszuwachs des Rechtspopulismus in der politischen Arena basiert einerseits auf dem politischen Bankrott der bisher dominierenden bürgerlichen und Mitte-Links-Kräfte, andererseits auf einer wachsenden Verunsicherung größerer Teile der Bürger und Bürgerinnen über die Gefährdungen und Fehlentwicklungen im globalisierten Kapitalismus. »Die einst ›großen‹ Parteien der Linken und der Rechten, die zusammen einmal über 90 % der Stimmen hatten, sind selbst in Großbritannien auf 75 % oder weniger geschrumpft. Nimmt man das Schwinden der Wahlbeteiligung noch hinzu, so liegt der Schluß nahe: Viele Wähler wollen entweder gar nichts mehr mit der Politik zu tun haben, oder sie wollen etwas ganz anderes als die traditionellen Parteiapparate. Nicht ephemere Erfolge der Linken oder der Rechten, sondern der Zweifel am hergebrachten System der Demokratie und ihrer Parteien ist das Kennzeichen der Stunde.« (Dahrendorf 2002) Jede realistische Reform auf seiten der politischen Linken muß diese Rahmenbedingungen in Rechnung stellen.

Zerfall der fordistischen Lohnarbeitsgesellschaft

Alle europäischen Gesellschaften sind seit Mitte der siebziger Jahre infolge einer beschleunigten Modernisierung sozialen Spannungen

»Das Aufkommen des Rechtspopulismus in Europa (und in anderen Erdteilen) erklärt sich aus dem Fehlen jeglicher Perspektive angesichts einer Welt, deren Grenzen und Grundlagen in Fluß geraten sind. Die Unfähigkeit der dominanten Institutionen und Eliten, diese neue gesellschaftliche Wirklichkeit wahrzunehmen und sie produktiv zu gestalten, hängt mit dem Zerschchnitt der Institutionen und ihrer Entstehungsgeschichte zusammen. Sie entstammen einer Welt, die den Leitideen der Vollbeschäftigung, der Dominanz nationalstaatlicher Politik ..., funktionierender Grenzen, klarer territorialer Souveränität und Identitäten verpflichtet war.« (Beck 2002, S. 7)

ausgesetzt. Der moderne Kapitalismus basiert auf einer kunden-zentrierten, flexiblen Massenproduktion und einer entsprechenden Arbeitsorganisation. Durch die flexible Produktion werden die unter dem fordistischen Fabrikregime erkämpften Rahmenbedingungen der Lohnarbeit und die darauf aufbauenden Aspekte sozialer Sicherheit in wachsendem Umfang zerstört. Die Mitte-Links-Regierungen in Europa haben versucht, einen Umbau des Sozialstaates entsprechend diesen Spielregeln eines neuen Produktionsmodells vorzunehmen. Dieser setzt sich in Deregulierung des Arbeitsmarktes sowie den Arbeits- und Entlohnungsbedingungen um. Von sozialer Steuerung und Regulierung kommt bei großen Teilen der eigentumslosen Bevölkerung nicht viel an.

Die verschiedenen Ansätze zur »Neujustierung des Sozialstaates« stellen sich als repressive Manöver zur Erhöhung des Arbeitseinsatzes und der Leistungsorientierung dar. Fakt ist, daß der sozial regulierte Kapitalismus in Europa in geringem Maße redistributiv gewesen ist; der Sozialstaat gewährte – national selbstverständlich unterschiedlich – in hohem Maße soziale Sicherheit, indem verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen soziale Rechte und ein Bündel von sozialen Sicherungen gewährleistet wurden. Diese Veränderungen des kontinentaleuropäischen Sozialstaatstypus sind zudem in eine Weiterentwicklung von Hegemonialkonstellationen unter den kapitalistischen Hauptländern eingebunden, was hier ausgeklammert bleibt (Bischoff 2002 b).

Wir sind mit einer weitreichenden Veränderung des modernen Kapitalismus durch den Übergang zur flexiblen Massenproduktion und einem entsprechenden Arbeitsregime konfrontiert. Diese Umwälzung in der gesellschaftlichen Betriebsweise erzwingt Veränderungen in der sozialstaatlichen Regulierung. In Kontinentaleuropa wurden diese Regulierungen und sozialen Sicherungen in den sechziger Jahren massiv ausgebaut, so daß die Transformation des Europäischen Sozialmodells die größten Anforderungen und Widerstände hervorruft. Robert Castel, der 1995 diese Veränderungen zusammengefaßt hat, wie sie seit der Zäsur Mitte der siebziger Jahre aufgetreten waren, hat selbst Zweifel, ob seine damalige Diagnose noch zutrifft: »Da sich die Lage seither beträchtlich verschlechtert zu haben scheint, könnten wir eher vom Zusammenbruch einer ganzen Struktur sprechen, von einem Übergang zu einem völlig anderen Regime der Arbeitsorganisation in einer Gesellschaft, die völlig vom Markt beherrscht wird« (Castel 2001 a). Sicherlich gewinnt dieser Umbau des europäischen Sozialstaates mehr und mehr an Dynamik, gleichwohl wäre es überzogen, bereits von der Zerstörung und einem neuen Regime von Lohnarbeit und sozialer Regulierung zu sprechen.

Auf der anderen Seite sind die wirtschaftlichen Eliten mit Tempo und Umfang der Neu-Justierung des Sozialstaates unzufrieden. Als Akkumulationsbremse gilt ihnen nach wie vor nicht die chronische Überakkumulation von Kapital und eine massive Verzerrung der Verhältnissen zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen, sondern die vermeintlich überzogenen Ansprüche der Lohnabhängigen und der subalternen sozialen Schichten. Dieser neoliberale Politikansatz zur Dynamisierung der Kapitalakkumula-

»Wir haben es mit einer Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfaßt, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen.« (Castel 2001 b, S. 17)

»The aspirations of full employment, universal access to health care and education, adequate social insurance for sickness, disability, unemployment and old age, and minimum resources of social assistance to prevent poverty and reduce social exclusion, are widely accepted by European publics and deeply entrenched in policy programs and institutions ... Since the late 1970s, all developed welfare states of European Union have been recasting the basic policy mix upon which their national systems of social protection were built after 1945 ... Welfare reform is difficult, but it happens.« (Hemerijck 2002, p. 39 f.)

»Den Kern eines Programms für Beschäftigung und Wachstum muß eine Reform des Arbeitsmarktes bilden, denn die derzeitigen institutionellen Rahmenbedingungen setzen gravierende Fehlanreize. Auch durch die Reform der sozialen Sicherung und eine nachhaltige und wachstumsfreundliche Finanzpolitik können beträchtliche wirtschaftliche Antriebskräfte mobilisiert werden, denn die hohe und steigende Abgabenlast hemmt die Beschäftigungsentwicklung und das Wachstum.« (SVR 2002, S. 17)

tion und der Reduktion der Massenarbeitslosigkeit ist zwar gescheitert – dies ist die Erfahrung der letzten Jahrzehnte. Ihre praktisch wie theoretisch belegte Erfolglosigkeit hindert diese politischen Kräfte und den entsprechenden Block sozialer Kräfte allerdings nicht daran, eine beständige Radikalisierung dieser Therapie zu propagieren und durchzusetzen. Der bundesdeutsche *Sachverständigenrat* argumentiert auch in seinem neuesten Jahresgutachten wieder für eine solche Konzeption.

Auch nach fast drei Jahrzehnten Veränderung des die kapitalistischen Gesellschaften im Kern bestimmenden Produktionstypus und Regimes der Lohnarbeit, sowie eines Umbaus der national geprägten Systeme sozialer Sicherung und sozialstaatlicher Regulierung muß sich jede reformpolitische Konzeption dieser gesellschaftlichen Herausforderung stellen. Sie besteht darin, in Absetzung zu der in den letzten Jahrzehnten verfolgten Strategie der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse zunächst eine umfassende Erneuerung von flexibler Arbeitsorganisation und sozialer Sicherheit mehrheitsfähig zu machen und dies als Einstieg in eine weitergehende Gesellschaftsreform vorzustellen. Die Politik der Entkoppelung von Lohnarbeit und sozialer Sicherheit bringt weder die behauptete Konstellation ökonomischer Prosperität zurück, noch kann sie die wachsende soziale Zersplitterung und Zerklüftung der politischen Willensverhältnisse überbrücken. »Wenn man realistisch ist, kann man die starke und ökonomische Dynamik nicht ignorieren, die zweifellos irreversibel ist und mit der man rechnen muß, denn in ihrem Gefolge wird der Arbeitnehmerstatus umgestaltet im Sinne einer Anpassung an neue Erfordernisse der Produktion, also der Flexibilität ... Die Herausforderung liegt darin, die Koppelung von Arbeit und Absicherung – die große historische Innovation der Lohnarbeitsgesellschaft – auf einer neuen Basis umzugestalten.« (Castel 2001 b, S. 19)

Eine solche Umgestaltung muß sich zentral auf zwei Aspekte konzentrieren: Zum einen kommt es darauf an, die verschiedenen Dimensionen der Flexibilisierung – betrieblich wie gesamtgesellschaftlich – zu regulieren, das heißt sozial zu gestalten; zum anderen gilt es, die Prekarisierung von Teilen der Lohnarbeit und den Bedeutungszuwachs von Zins- und Vermögenseinkommen bei jedweder Reform der sozialen Sicherungssysteme zu berücksichtigen. Wir müssen die Finanzbasis der sozialen Sicherheit vom Arbeitseinkommen auf andere Einkommens- oder Revenueformen (Zins, Rente, Vermögenseinkommen) erweitern, wenn wir ein universelles Sicherungssystem für alle Gesellschaftsmitglieder verwirklichen wollen.

Teile der politischen Linken haben Schwierigkeiten, die Tendenz zur Flexibilisierung von Massenproduktion und Arbeitsorganisation sowie die Notwendigkeit der sozialen Regulierung anzuerkennen. Teile der Linksozialisten oder Reformkommunisten sind – wie die jüngsten Programm- und Strategiedebatten zeigen – noch nicht einmal soweit, die sich jetzt auflösende historische Errungenschaft der Herausbildung einer Lohnarbeitsgesellschaft durch die sozialstaatliche Regulierung als Realität zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man sich theoretisch in der Welt des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts bewegt, muß der Aufstieg und Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaften

im 20. Jahrhundert unverständlich bleiben. Mehr noch: Die von der neoliberalen Politik vorangetriebene Veränderung wird als eine reine Veranstaltung der Wirtschaftselite oder der besitzenden Klasse mißverstanden. Eine auf dieser Grundlage entwickelte Reformstrategie ist blind für die gesellschaftliche Breite des von den Neoliberalen geführten Blocks sozialer Kräfte. Vielmehr ist Castel zuzustimmen, wenn er anmerkt: »In dem Maße, wie diese Transformationen einen ambivalenten Charakter haben, muß man vermeiden, sie ausschließlich negativ zu bewerten.« (Castel 2001 b)

Die Veränderung der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals und die damit verknüpfte Veränderung der sozialen Regulierung bringt also eine widersprüchliche Konstellation hervor. Die politische Linke muß den Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft überwinden, was aber wegen der Ausbildung von prekären, ungeschützten Arbeitsverhältnissen, wachsender sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung schwer fällt. Auf der anderen Seite verliert der von den neoliberalen Parteien geführte Block sozialer Kräfte an Reichweite, weil rechtspopulistische Mentalitäten eine Kritik am gesamten politischen Willensbildungssystem der Demokratie bedingen. Die gesellschaftlichen Gründe für gewachsene Existenz- und Zukunfts-Ängste sowie die Krise der politischen Repräsentation wirken als Treibhausbedingungen für rechtspopulistische Mentalitäten und Bewegungen.

Die konkreten politischen Gestalten des Rechtspopulismus sind zu einem guten Teil an die nationalen Gegebenheiten geknüpft. Gleichwohl konstatieren Amato und D'Alema für die europäische Sozialdemokratie: »Und dennoch durchzieht sie ein roter Faden, der aus unserer gemeinsamen Unfähigkeit besteht, eine angemessene Antwort auf die Ängste und Unsicherheiten zu geben, die sich in den letzten Jahren in unseren nationalen Gesellschaften ausgebreitet haben ... Wir haben auf die Zukunfts-Ängste, die auf unserem Kontinent um sich greifen, keine Antwort zu geben gewußt: Ängste, die an die Veränderung der gesellschaftlichen Identitäten sowie an die Überwindung der Bedeutung des Nationalstaates beziehungsweise an die Prozesse gebunden sind, an deren Entwicklung wir selbst beteiligt waren. Sicher aber ist, daß wir den auf sozialer Ebene spürbar gewordenen Ergebnissen dieser Prozesse weitgehend unvorbereitet gegenüberstanden.« (Amato)

Zerfall der Demokratie

Charakteristisch für den Rechtspopulismus sind der Frontalangriff auf die Strukturen der gesellschaftlichen Willensbildung und die politische Klasse und das Versprechen, über eine Aufwertung von Familie und Nation die gesellschaftlichen Widersprüche aufzuheben und so die Lebenslage der »kleinen Leute« zu stabilisieren, ohne auf den Markt als zentrales Steuerungsinstrument zu verzichten. Auf diese Weise wird der für neoliberale Politik charakteristische Spannungsbogen zwischen Marktradikalismus, gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen und konservativ-autoritären Wertorientierungen neu austariert.

In dieses Versprechen des Rechtspopulismus eingeschlossen ist stets eine verschärfte innenpolitische Repression und die Ausgren-

»Manche Menschen ziehen sich sehr gut aus der Affäre und machen das Beste aus dem Spiel. Sie maximieren ihre Chancen und entwickeln Initiativen, sie können sich von den belastenden Zwängen befreit fühlen, die Bestandteil der tayloristischen Arbeitsorganisation waren. Das sind die Gewinner dieser Transformation, und es ist besonders dieser Erfolgstypus, auf den sich die neoliberale Offensive stützt.« (Castel 2001 b)

»Und unsere Antworten auf die zunehmenden Ängste in unseren Nationen waren schwach, denn die Schwäche lag in unserer Unfähigkeit, die Veränderungen um uns herum zu verstehen und zu deuten. Auf diese Ängste hat die europäische Rechte keine wirkliche Antwort gegeben, sondern die Illusion einer schnellen Verarztung.« (Amato, D'Alema 2002)

»Angst und Empörung greifen um sich in Europa. Denn die ›Gewalt in den Städten‹ und die ›Jugendkriminalität‹ gefährdet, so heißt es, den Zusammenhalt der entwickelten Gesellschaften und erfordern zu ihrer Bekämpfung härtere Strafen. Längst ist das ›Verbrechen‹ auf die Straenriminalitat reduziert, sprich auf die Schandtaten der niederen Klassen.« (Wacquant 2002, S. 12)

zung von angeblich parasitären sozialen Gruppierungen, also Migranten, Asylanten und anderen an der Rand der Gesellschaft gedrängten Schichten. Die Art von schneller Therapie, die der Rechtspopulismus verspricht, kann an der Konzeption von »Sicherheit« verdeutlicht werden. Während wir mit einer massiven Zunahme bei der Wirtschaftskriminalität (Bilanzfälschung etc.) und wachsender Korruption im politischen System konfrontiert sind, werden rechtspopulistische Mentalitäten durch eine Reduktion auf »Straßenkriminalität« bedient. Während dem Staat in wirtschaftlichen wie sozialen Belangen immer stärkere Ohnmacht teils attestiert und nachgesehen wird, soll im Hinblick auf die Straßenkriminalität, einen vermeintlichen Mißbrauch des Asylrechtes und die vorgebliche Erschleichung von Sozialleistungen die Handlungsfähigkeit des repressiven Staatsapparates aufrecht erhalten und ausgebaut werden.

Sowohl die Defizite in der politischen Willensbildung (Wahlbeteiligung, Korruption) als auch die Tendenz zur Veränderung von rechtsstaatlichen Normen im Justizbereich legen die These nahe, daß sich »ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so daß neue autoritäre Versuche durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden ... Das austarierte System von »checks and balances« (Tocqueville), wodurch gewährleistet werden soll, daß ein Interesse nicht alternativlos durchgesetzt werden kann, ist aufgehoben. Dies ist ein Zeichen autoritärer Macht, die sich durch die Dominanz ökonomischer Institutionen gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen ausdrückt.« (Heitmeyer 2001, S. 500)

Auch hier gilt es meines Erachtens zu differenzieren. Ohne Zweifel gibt es eine Entwicklungstendenz in diese Richtung. Gleichwohl gilt für die hochentwickelten kapitalistischen Länder immer noch die Konzeption von »countervailing power« (Galbraith) und zwar gerade auch auf dem Terrain der Ökonomie. Die mächtigen Wirtschafts- und Sozialinteressen sorgen über den Einfluß innerhalb des politischen Systems dafür, daß keine ruckartigen Veränderungen bei sozialen Besitzständen oder des Kräfteparallelogramms stattfinden.

Die Neujustierung des Sozialstaates oder die Transformation des europäischen Sozialmodells geht voran, aber nur in kleinen Schritten, die von neoliberaler Seite häufig als zu bescheiden kritisiert werden. Zu Recht konstatiert Steinmeier, der Chef des Bundeskanzleramtes, Deutschland – aber auch die anderen westeuropäischen Staaten – scheine »befallen von einer merkwürdigen Starre, die das Land unfähig mache, auf Prozesse jenseits des in Legislaturperioden gerasterten politischen Alltags – Globalisierung, demographische Entwicklung, Veränderungen der Arbeitswelt – eine tragfähige Antwort zu geben.« (Steinmeier 2001, S. 263)

Während diese Starre und das vermeintliche Abschieben in Kommissionen als Ausdruck einer politischen Blockade von konservativ-neoliberaler Seite angegriffen wird, will Steinmeier diese Methodik (siehe Hartz-Kommission über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt) als innovativen Konsens verstanden sehen. »Konsenssuche wird hier zu einem dynamischen Prozeß, in dessen Verlauf man traditionelle Blockaden überwindet und dafür sorgt, daß sich

»In der heutigen westlichen Gesellschaft läuft die Nettobilanz des Staatshaushaltes regelmäßig auf eine beträchtliche Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiter und der ärmeren Schichten überhaupt hinaus, die unterdessen gelernt haben, die Wahlen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Gleichermäßen wird den Arbeitnehmern Absicherung gegen die Folgen der Konjunkturschwankungen gewährt, und das Anwachsen der Staatsausgaben ist zu einem Großteil auf die Ausweitung der Sozialleistungen zurückzuführen. Umgekehrt spricht aber auch vieles dafür, daß die »Unternehmerklasse«, sobald die Existenz des kapitalistischen Systems bedroht ist, fähig ist, ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um dessen Stabilität sicherzustellen.« (Pollard 1984, S. 185.)

in komplexen Entscheidungsprozessen die Waagschale im richtigen Moment zugunsten der Erneuerung senkt.« (Steinmeier 2001, S. 265 f.)

Zu Recht wird von der Sozialdemokratie darauf bestanden, daß in modernen demokratischen Gemeinwesen Entscheidungsprozesse nicht mehr per Rechtsbefehl oder Verwaltungsanordnungen abgeschlossen werden. Der Charakter der politischen Willensbildung und der politischen Führung hat sich im Übergang zum 21. Jahrhundert radikal verändert. »In der modernen, hochkomplexen Gesellschaft verfügen Regierung und Parlament (damit Parteien – J. B.) nicht mehr a priori über das notwendige Wissen, geschweige denn den Wissensvorsprung, um sachadäquate Entscheidungen zu treffen, vielmehr müssen sie die notwendigen Lernprozesse selbst organisieren.« (Steinmeier 2001, S. 268) Wer unter solchen Bedingungen eine grundlegende Erneuerung des Zusammenhanges von Lohnabhängigkeit und sozialer Sicherheit durchsetzen will, muß sich auf den Prozeß einlassen und aus der Gesellschaft das entsprechende Wissen und die entsprechende Kompetenz organisieren.

Erneuerung des Linksozialismus

Diese Anforderung – Lernprozesse zu organisieren und die Partei in eine lernende Organisation zu verwandeln – gilt in besonderer Weise für die linkssozialistischen Parteien in Westeuropa. Sie werden ihre großen programmatischen und organisatorischen Defizite nur in dem Maße aufheben können, wie ihre politischen Führungen einen solchen Lernprozeß unter Rückgriff und Einbezug von in der Gesellschaft vorhanden Gegenmachtpotentialen organisieren. Konkret heißt dies: Jede Kommission, die mit der Entwicklung einer neuen Epochenbestimmung beauftragt wird, ist zum Scheitern verurteilt. Die Entwicklung eines Grundsatzprogramms muß als Kommunikationsprozeß mit gesellschaftlichen Gegenmachtpositionen angelegt sein. Ein solcher Erneuerungsprozeß muß zudem den Grundorganisationen die Chance bieten, an einem solchen Prozeß der Bündelung von Positionen beteiligt zu werden.

Die PDS muß – wie die anderen linkssozialistischen Parteien in Europa – eine eigene Konzeption zur Gestaltung und Überwindung des flexiblen Kapitalismus entwickeln. Die zur Zeit vorherrschende politische Abgrenzung von der europäischen Sozialdemokratie ist dabei Teil des strukturellen Defizits, aber kein Lösungsansatz.

In den zurückliegenden Jahren dominierte in der PDS die Einschätzung, daß es sich bei der Politik der europäischen Sozialdemokratie und dem »Dritten Weg« um einen weichgespülten Neoliberalismus handelt. Offenkundig ist die Möglichkeit einer, wenn auch partiellen, Rückwendung zu den Positionen und Werten von »old labour« so überraschend gewesen, daß die PDS-Führung im zurückliegenden Lagerkampf weder in der Friedens-/Kriegsfrage noch mit Blick auf die soziale Gestaltung oder soziale Gerechtigkeit im flexiblen Kapitalismus eine Chance hatte, die Eigenständigkeit der PDS-Programmatik und -Politik zu verdeutlichen. Man kann gute Gründe dafür geltend machen, daß die europäische Sozialdemokratie auch künftig keinen wirklichen Durchbruch bei der Zurückdrängung sozialer Unsicherheit und der Ausweitung gesellschaftlicher Teilhabe erzielen wird. Eine fundierte Kritik an den politischen Kon-

zeptionen der Sozialdemokratie ist nicht auf die Formel von starken Rechtstendenzen zur reduzieren. Wenn keine umfassende Erneuerung der PDS angestrebt und durchgesetzt wird, droht ein irreversibler Zerfallsprozeß der Partei. Denn die politisch-soziale Isolation ist zum Teil hausgemacht und kann zu einer völligen Bedeutungslosigkeit in den Medien und im Kommunikationsalltag führen.

»Es geht nicht um die Schaffung von parallelen Entscheidungsstrukturen, sondern um temporär wirksame Instrumente, die die politische Willensbildung beschleunigen und auf eine möglichst breite gesellschaftliche Grundlage stellen.« (Steinmeier 2001, S. 265 f.)

Eine demokratische Umgestaltung des Kapitalismus wird darüber hinaus nur dann den nötigen Rückhalt bei der Bevölkerung finden, wenn die Politik der Ausweitung sozialer Unsicherheit zur Erhöhung der Leistungsabforderung bei den eigentumslosen sozialen Schichten angegriffen wird. Es geht mithin um die Entwicklung einer gemischten Ökonomie auf Grundlage erweiterter Rechte und Sicherheit der Lohnarbeit. Eine moderne »mixed economy« ist nicht nur charakterisiert durch pluralistische Eigentumsformen (kapitalistische, genossenschaftliche, gemeinnützige und öffentliche Unternehmen), sondern durch Rahmenplanung und Investitionslenkung. Allerdings ist der Aktionsradius eines solchen Regulierungs- und Steuerungssystems die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Ohne eine Demokratisierung und Weiterentwicklung von internationalen Kontroll- und Steuerungssystemen (Währung, Kredite, etc.) ist eine solche längerfristige Perspektive unrealistisch.

Literatur:

- Amato, Giuliano, D'Alema, Massimo (2002): Wie die Linke aus der Ecke kommen will, in: Frankfurter Rundschau, 2. Oktober 2002.
- Beck, Ulrich (2002): Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter, Frankfurt.
- Bergmann, Joachim u. a. (2002): Krisen und Krisenerfahrungen, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4.
- Bertinotti, Fausto (2002): Drei Gründe für ein Scheitern, in: Z, Zeitschrift Marxistische Erneuerung, September 2002.
- Bischoff, Joachim (2002 a): Grundprobleme der Erneuerung der PDS.
- Bischoff, Joachim (2002 b) Minimalistischer Reformismus – zur Strategie der sozialistischen Linken, in: Sozialismus, November 2002.
- Bourdieu, Pierre (2002): Für eine neue europäische Aufklärung, in: UTOPIE kreativ, Heft 139 (Mai 2002), S. 389-397.
- Brie, André u. a. (2002): Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland.
- Castel, Robert (2001 a): Die neue soziale Frage, in: Frankfurter Rundschau, 3. September 2001.
- Castel, Robert (2001b): Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz.
- Dräger, Klaus (2002), Das Scheitern des Mitte-Links-Projekts in Europa, in: Widerspruch, Heft 43.
- Dahrendorf, Ralf (2002): Europa auf dem Weg nach rechts?, in: Wirtschaft und Finanzen, 29. Januar 2002.
- Galbraith, John K. (1952): American Capitalism, The concept of countervailing power, Boston.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: Ders. und Loch, Dietmar: Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M.
- Heitmeyer, Wilhelm (2000): Soziale Desintegrationsprobleme, Anerkennungszersplitterung und Rechts-extremismus.
- Heller, Hermann (1983): Staatslehre, Tübingen.
- Hemerijck, Anton (2002): The self-Transformation of the European Social Model(s) in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2002, Bonn.
- Horkheimer, Max (1987): Autoritärer Staat (1940/1942), in: Gesammelte Schriften Band 5, Frankfurt a. M.
- Losurdo, Domenico (2002): Angesichts der Globalisierung: Marxismus oder Populismus, in: Marxistische Blätter 5, 2002.
- Magri, Lucio (2002): Ein neuer politischer Zyklus, in: Sozialismus, September 2002.
- Machnig, Matthias, Müntefering, Franz (2001): Sicherheit im Wandel, Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berlin.
- Neubert, Harald (2003): Politikunfähige Sekte?, in: Sozialismus, Januar 2003.
- Pollard, Sidney (1984): Keynesianismus und Wirtschaftspolitik seit der Großen Depression, in: Geschichte und Gesellschaft, 10/1984.
- Polikeit, Georg (2002): Am Beispiel Frankreichs: Die Krise des Sozialreformismus, in: Marxistische Blätter, 4/2002.
- Sachverständigenrat (2002): Jahresgutachten 2002/2003, Berlin.
- Steinmeier, Frank Walter (2001): Konsens und Führung, in: Machnig, M., Müntefering, F., a. a. O.
- Wacquant, Loic (2002): Null Toleranz für die Mär von der Sicherheit, in: Le monde diplomatique, 5/2002.

FRANZ J. RADERMACHER

Ökoeffizienz – Ein »Balanced Way« als Zukunftsentwurf

Die Welt sieht sich spätestens seit der Weltkonferenz von Rio vor zehn Jahren vor der Herausforderung, eine nachhaltige Entwicklung bewußt zu gestalten. Das ist ein komplexes Thema, und die Dramatik der Konstellation hat nach dem 11. September 2001 und jetzt nach dem weitgehenden Scheitern der Weltkonferenz Rio + 10 in Johannesburg weiter zugenommen. Eine faire Wechselwirkung zwischen den Kulturen dieser Welt wird dabei zu einer Schlüsselfrage, ebenso wie die Überwindung der Armut bei gleichzeitiger Beachtung vom Umweltschutzanliegen und einem vorsichtigen Umgang mit knappen Ressourcen. Technische und gesellschaftliche Innovationen sind dabei unverzichtbarer Teil jeder Lösung.

Die Herausforderung eines adäquaten weltweiten Ordnungsrahmens
Nachhaltigkeit ist die große weltpolitische Herausforderung beim Übergang in ein neues Jahrtausend. Es ist dabei ein interessanter Konsens, daß Nachhaltigkeit zwei Dimensionen zusammen bringen muß: einerseits den Schutz der Umwelt, vor allem in einer globalen Perspektive, dann aber auch die Entwicklung der ärmeren Länder, insbesondere mit dem Ziel der Überwindung der Armut und der Herbeiführung weiterer Gerechtigkeitsanliegen.

Die Kernfrage, vor der die Welt seit dem Fall der Mauer steht, ist, ob man dieses Ziel am besten dadurch erreicht, daß man Märkte immer weiter dereguliert und dann ganz auf die Kraft dieser Märkte setzt, oder ob dieses Thema auch einen geeigneten gesellschaftlich-politischen Rahmen der Weltwirtschaft erfordert, so wie er typisch ist für die europäischen Marktwirtschaften, nämlich einen ökosozialen Rahmen im Sinne eines ordoliberalen Modells, das Modell des »Rheinischen Kapitalismus«. Jedenfalls erscheint es als offensichtlich, daß heute die Entwicklungserfolge, die in Globalisierungsprozessen stattfinden, zu teuer erkauf werden, nämlich zum einen mit einer *massiven Zerstörung der Umwelt* weltweit und zum anderen mit einer zunehmenden *sozialen Spaltung* sowohl im Norden wie im Süden dieses Globus. Das ist nicht friedensfähig. Das ist keine zukunftsfähige Entwicklung. Hier steht die Welt vor einer schwierigen Situation, und diese materialisiert sich beispielsweise in einem Ereignis wie dem 11. September und auch in der Frage, wie man damit umgehen soll.

Plünderung statt Zukunftsorientierung

Studiert man die Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung, dann ist man insbesondere mit dem Problem konfrontiert, daß heute

Franz J. Radermacher – Jg. 1950; Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler, Promotion 1976 an der Universität Karlsruhe, Habilitation 1982 an der RWTH Aachen; seit 1987 Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) in Ulm, gleichzeitig Professor für Datenbanken und künstliche Intelligenz. Seit 1997 Sprecher der Arbeitsgruppe »Informationsgesellschaft und nachhaltige Entwicklung«, seit 2000 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Prof. Radermacher ist Autor von mehr als 200 wissenschaftlichen Arbeiten.

Der Aufsatz basiert auf einem Referat zum Thema »Ökoeffizienz, weltweiter sozialer Ausgleich und geordnete weltweite Wachstumsprozesse als Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung« auf der Nachhaltigkeitskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 15. bis 17. November 2002 in Berlin sowie einem Beitrag in: TECHNIK WELT KULTUR, Internationales Kolloquium des Forums »Technik und Gesellschaft«, Aachen, 1. Oktober 2002. Überarbeitung und Ergänzung eines Beitrages der SWR2-Aula-Sendung vom 6. November 2002.

Diese Kulturen werden über das dauernde Angebot neuer Möglichkeiten, vor allem in Form von Werbung über die Medien, und angesichts der aus ihrer ökonomischen Schwäche resultierenden Fähigkeit, diese Angebote für die eigene Bevölkerung in Breite nutzbar zu machen, unter einen erheblichen Druck gesetzt, der in der konkreten Umsetzung dann mit sehr vielen materiellen Durchgriffen des reichen Nordens zu Lasten dieser Kulturen verbunden ist.

Nordirland zeigt uns, daß solche Konflikte im Kern offenbar nicht religiöser Art sind. Katholiken und Protestanten leben in Deutschland sehr harmonisch zusammen. In Nordirland offenbar nicht. Warum? Weil tieferliegende historische Gerechtigkeitsfragen das eigentliche Thema sind.

in einer globalisierten Ökonomie mit *inadäquaten weltweiten Ordnungsbedingungen* das »Nachhaltigkeits«-Kapital, also die sozialen, kulturellen und ökologischen Bestände, von denen unsere Zukunft abhängt, massiv angegriffen werden. Wir organisieren heute einen internationalen Transport um den Globus fast zum Nulltarif mit enormen negativen Konsequenzen für das Weltklima, und wir haben in Form der *Green Card* Plünderungsmechanismen des Sozialkapitals ärmerer Länder durch reichere Länder etabliert. In der Summe führt das zu Instabilitäten, die die zukünftigen Lebenschancen bedrohen.

Große Teile der Menschheit, im Moment etwa zwei Milliarden Menschen, sind extrem arm, müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen, und wir merken, daß wir trotz der enormen wissenschaftlich-ökonomisch-organisatorischen Potenz der Menschheit offenbar nicht in der Lage sind, so elementare Anforderungen wie eine adäquate Wasserversorgung aller Menschen sicher zu stellen. Ein tieferer Grund scheint unter anderem die Freihandelslogik der WTO in Verbindung mit den Wirkungsmechanismen der Weltfinanzsysteme zu sein. Dies ist ein Ordnungsrahmen, der soziale, kulturelle und ökologische Fragen eher nachrangig thematisiert bzw. zurück verweist auf die Ebene der Nationalstaaten. In der heutigen Globalisierung kämpfen dann aber die Nationalstaaten gegeneinander, zum Beispiel um investives Kapital und befinden sich damit in einem gewissen Sinne in einer *Gefangenen-Dilemma-Situation*, die alle eher zwingt, Standards abzubauen, als Standards international abgestimmt durchzusetzen.

Insbesondere ergibt sich dadurch ein vergleichsweise unkoordinierter, teilweise chaotischer Wachstumsprozeß mit erheblichen sozialen Verwerfungen, der unter anderem dadurch gekennzeichnet ist, daß er einen *enormen Druck auf ökonomisch schwächere Kulturen* ausübt. Dies ist ein Zustand, aus dem eine *hohe Frustration* und letztlich ein *enormer Haß* resultieren, ein nachvollziehbarer Haß, der für das Miteinander auf diesem Globus eine enorme Belastung darstellt.

Die Religionen sind dabei in der Regel nicht, wie manchmal unterstellt wird, der eigentliche Treiber von Konflikten im Sinne eines »Kampfes der Kulturen«. Eher ist es so, daß *tiefliegende Gerechtigkeitsfragen*, die nirgendwo adressiert werden, dann gelegentlich in Religionen ihre kulturelle Separierungslinie finden, über die die eine Seite von der anderen Seite abgegrenzt werden kann, eine Funktion, die manchmal auch die Hautfarbe und manchmal die Sprache übernehmen. Gerechtigkeitsfragen betreffen auf diesem Globus vor allem auch den sozialen Bereich und die Umweltsituation, die durch die Wirkungsmechanismen des globalen ökonomischen Systems massiv belastet werden. Die großen Themen der Zukunft sind: Wasser, Böden, Meere, Wälder, Klima und der Erhalt der genetischen Vielfalt.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft und das Beispiel Europa

Die Frage ist: Muß der Globalisierungsprozeß so zerstörerisch ablaufen, wie das heute der Fall ist? Oder gäbe es einen besseren Weg? Ja, es gibt ihn! Es gibt eine Alternative. Diese ist das europäische Marktmodell, die *Ökosoziale Marktwirtschaft*, der »Balanced Way«. Es ist dies die Logik, nach der insbesondere auch die Erweiterungs-

prozesse der Europäischen Union als eine kleine Form der Globalisierung gestaltet werden. Hier steht jetzt der nächste große Schritt der Erweiterung der EU nach Mittel- und Südosteuropa an. Das entscheidende Prinzip, auf das die EU setzt, ist ein *fairer Vertrag* zwischen den entwickelten und weniger entwickelten Ländern, in dessen Rahmen die weniger entwickelten Länder die hohen Standards der EU (den *aquis communautaire*) übernehmen und damit auch einen Teil ihrer Wettbewerbsvorteile aufgeben oder anders ausgedrückt: uns vor dem bewahren, was wir gerne Dumping nennen, was aber aus Sicht dieser Länder ihr komparativer Vorteil ist. Ein solches abgestimmtes Vorgehen ist aber nur deshalb möglich, weil der reichere Teil der EU bereit ist, in Form einer *Co-Finanzierung* die Entwicklung dieser ökonomisch schwächeren Länder zu fördern. Das entspricht etwa der Idee eines *Marshall-Plans*, wie ihn die USA nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa betrieben haben. Man muß vergleichsweise geringe Mittel einsetzen, größenordnungsmäßig 1 bis 2 % des Bruttosozialprodukts, dann scheint es möglich zu sein, Aufholprozesse ganz wesentlich zu beschleunigen und insbesondere diese sozial und fair auszugestalten. An dieser Stelle ist insbesondere auf den deutlichen Unterschied zwischen der EU und der nordamerikanischen NAFTA hinzuweisen. Dort muß die Grenze zwischen den Mitgliedsstaaten mit Militär bewacht werden. Innerhalb der EU können die Grenzen irgendwann ganz abgeschafft werden.

Ein Welt-Marshall-Plan als politische Strategie

Es wäre heute nötig, diese Idee der *Ökosozialen Marktwirtschaft* auf den ganzen Globus zu erweitern. Das würde bedeuten, daß internationale Abkommen die Angleichung von Standards, zum Beispiel bezüglich Ausbildung, Rechte der Frauen, Wasserversorgung, Umweltschutz etc. koppeln mit der Co-Finanzierung der Entwicklung der ärmeren Länder durch die reichen Länder. Aber das Problem ist heute, daß in allen weltweiten Prozessen dieses Typs die USA blockieren. Sie sind nicht bereit, sich an Co-Finanzierungen substantiell zu beteiligen. Das reichste Land der Welt kommt gerade mal auf absolut unzureichende 0,12 % Entwicklungshilfe. Allein die Erhöhung des US-Militäretats nach dem 11. September 2001 hat den 4fachen Umfang, der Militäretat umfaßt in 2003 das 32fache Volumen der Entwicklungshilfe der USA, also etwa 3,8 % des Bruttosozialprodukts. Aber die aktuelle US-Administration argumentiert, daß mehr Entwicklungshilfe oder Co-Finanzierung eben auch der falsche Weg wäre. Die Verantwortlichen sind überzeugt davon bzw. versuchen durchzusetzen, daß deregulierte freie Märkte das beste Entwicklungsprogramm darstellen, obwohl ganz offensichtlich ist, daß die Armut auf diesem Globus so nicht zügig überwunden und die Umwelt so nicht ausreichend geschützt werden kann. Gerade auch die enormen Probleme der *New Economy* und der Weltkapitalmärkte in jüngster Zeit haben gezeigt, daß eine immer weitergehende Deregulierung nicht einmal zur Organisation klassischer ökonomischer Prozesse das geeignete Instrument ist, vom Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung völlig abgesehen.

Entsprechende Vorschläge eines Welt-Marshall-Plans liegen auf dem Tisch, vor allem von europäischer Seite. Zentral ist dabei die Co-Finanzierungsfrage. Hier wäre etwa an eine faire Besteuerung von internationaler Mobilität, eine Welt-Kerosin-Steuer, möglicherweise eine Tobin Tax auf Finanztransaktionen etc. zu denken, um die entsprechenden Mittel aufzubringen.

Rolle des technischen Fortschritts: Faktor-4- und Faktor-10-Konzepte
Viel geeigneter ist ein ökosozialer Rahmen, der die Möglichkeiten des technischen Fortschritts geeignet koppelt mit der Beachtung von

Standards im Umwelt- und Sozialbereich. Von der technischen Seite her ist dabei der entscheidende Ansatzpunkt der *Faktor-4-* bzw. *Faktor-10-Ansatz*, der letztlich darauf abzielt, daß man versucht, über die nächsten fünfzig bis hundert Jahre das Weltbruttosozialprodukt zu vervielfachen, aber nur bei einer simultanen Erhöhung der Ökoeffizienz in einer Weise, daß man diesen vermehrten Umfang an Gütern und Services produzieren kann, ohne die Umwelt mehr zu belasten und ohne kritische Ressourcen in größerem Umfang zu verbrauchen als bisher.

Es geht also darum, mit demselben Volumen an Ressourceneinsatz, mit derselben Umweltbelastung wie heute dank besserer Technik substantiell mehr zu produzieren, mehr Güter und Services verfügbar zu machen. Hier ist das entscheidende Instrument der *technische Fortschritt*, um für immer mehr Menschen auf diesem Globus menschenwürdige Verhältnisse herbeizuführen.

Der *Faktor-4-* bzw. *Faktor-10-Ansatz* geht auf die Wissenschaftler von Weizsäcker und Schmidt-Bleek vom Wuppertal-Institut zurück. Er zielt darauf ab, zu versuchen, das Weltbruttosozialprodukt über die nächsten fünfzig bis hundert Jahre zu vervielfachen, zum Beispiel zu verzehnfachen, aber nur bei einer simultanen Erhöhung der Ökoeffizienz. Das heißt, man versucht, den vermehrten Umfang an Gütern und Services zu produzieren, ohne die Umwelt mehr zu belasten und ohne kritische Ressourcen in größerem Umfang in Anspruch zu nehmen als bisher.

Betrachtet man etwa die Klimafrage und die Herausforderung einer weltweiten Begrenzung der CO₂-Emissionen, dann geht es darum, daß man die kollektiven Emissionsumfänge limitiert, also zu insgesamt weniger Emissionen als heute kommt, das aber in einer Situation, in der China, Indien, Brasilien massiv aufholen und dadurch sukzessive immer mehr Emissionen erzeugen, weil man dort unserem Lebensstil – völlig nachvollziehbar – naheifert.

Die Begrenzung kollektiven Tuns als größte Herausforderung: Bewältigung des Bumerang-Effekts

Es ist allerdings an dieser Stelle wichtig zu beachten, daß eine Erhöhung der Ökoeffizienz und eine Dematerialisierung nicht etwas prinzipiell Neues darstellen, sondern etwas, was der technische Fortschritt schon immer leistet. Ob damit letzten Endes eine nachhaltige Entwicklung erreicht wird, ist eine andere Frage, denn hierzu ist neben Technik noch etwas anderes notwendig: Hier sind gesellschaftliche Innovationen, noch genauer *Weltverträge* notwendig, die dem kollektiven Tun *Grenzen* setzen, nämlich dieses innerhalb bestimmter ökologisch-sozialer sowie kulturell akzeptabler Grenzen halten. Dabei ist das Durchsetzen solcher Limitationen und die Implementation solcher Grenzen in dem heutigen weltökonomischen System die eigentliche politische Herausforderung für eine nachhaltige Entwicklung.

Wie soll man in dieser Situation mit der Knappheit umgehen, mit der notwendigen Limitation? Es gibt hier sehr delikate Diskussionen zwischen Nord und Süd um die Frage, ob das Verteilungsschema »großvaterartig« sein soll, also jeder in etwa auf seinem bisherigen Niveau bleibt, was bedeuten würde, daß die Menschen in den bisher reichen Ländern auf Dauer sehr viel mehr CO₂ pro Kopf emittieren dürfen als die Menschen in den ärmeren Ländern. Oder ob die Menschen in den ärmeren Ländern dasselbe Recht haben wie die Menschen in den reichen Ländern, also im Prinzip aufholen dürfen und wir zu einer *pro-Kopf-gleichen Ausgangsverteilung der Emissionsrechte* kommen sollten. Letzteres würde bedeuten, daß jeder Mensch die gleichen Verschmutzungsrechte bekommt – das wäre heute dann ein sechs Milliardstel des als zulässig erachteten Gesamtumfangs – und dann diese Rechte versteigert werden können. Dies würde bedeuten, daß der, der überproportional verschmutzt bzw. verschmutzen will, wie zum Beispiel heute die US-Amerikaner, aber auch die Europäer, sich bei den ärmeren Ländern dann zunächst einmal die Verschmutzungsrechte kaufen müßte, was solche Emissionen erheblich verteuern und die Wirkung einer *globalen Ökosteuer* haben würde.

Das heißt, es geht im Kern darum, Folgewirkungen des technischen Fortschritts zu beherrschen. Oder anders ausgedrückt: Zu ver-

hindern, daß wir trotz technischen Fortschritts und trotz immer höherer Effizienz dennoch gleichzeitig immer mehr »Natur« verbrauchen, immer mehr Ressourcen verbrauchen und immer mehr Umweltbelastungen erzeugen, so wie das historisch bisher immer der Fall war. Man kann rückblickend sagen: »Die Geister, die ich rief, die werde ich nicht mehr los«. Die Technik hat immer Chancen für die Entlastung der Natur eröffnet, aber in der Summe haben immer mehr Menschen auf einem immer höheren Konsumniveau die Natur eher immer mehr belastet. Das nennt man den *Bumerang-Effekt*.

Die Bewältigung dieses Bumerang-Effekts ist das zentrale weltweite Thema zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung. Und dieser Bumerang-Effekt begegnet uns überall. Die Computer werden immer kleiner, aber die Menge an Elektronikschrott nimmt dauernd zu. Das papierlose Büro ist der Ort des größten Papierverbrauchs in der Geschichte der Menschheit. Trotz Telekommunikation reisen wir immer mehr und nicht weniger. Und während wir reisen, nutzen wir die Möglichkeiten der Telekommunikation und organisieren schon die nächste Reise. Das heißt, die *Technik ist immer nur eine Chance*. Aber die Chance in eine Lösung umzusetzen erfordert, daß wir gleichzeitig über Weltverträge die notwendigen Limitationen in das weltökonomische System inkorporieren. Die WTO mit ihrer heutigen Freihandelslogik ist dazu nicht in der Lage. Wir müssen den Ordnungsrahmen der WTO inhaltlich fortentwickeln bzw., wir müssen diesen geeignet verknüpfen mit den internationalen Abkommen zum Schutz der Umwelt, mit den internationalen Abkommen zum Schutz der Arbeitnehmer und den internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Kinder im Umfeld Kinderarbeit. Und noch einmal: Dieses scheitert heute daran, daß gerade die ärmsten Länder Wert darauf legen, solche Standards gegebenenfalls nicht einhalten zu müssen, obwohl sie diese eigentlich zweckdienlich finden, damit sie nämlich auf dem Weltmarkt eine Chance haben. Und nur wenn die reichen Länder ihnen vernünftige Perspektiven und Co-Finanzierung im Sinne der Logik der EU-Erweiterungsprogramme bieten, besteht eine Chance, mit ihnen zusammen die notwendigen Verträge auf dem *Konsensweg* abschließen zu können.

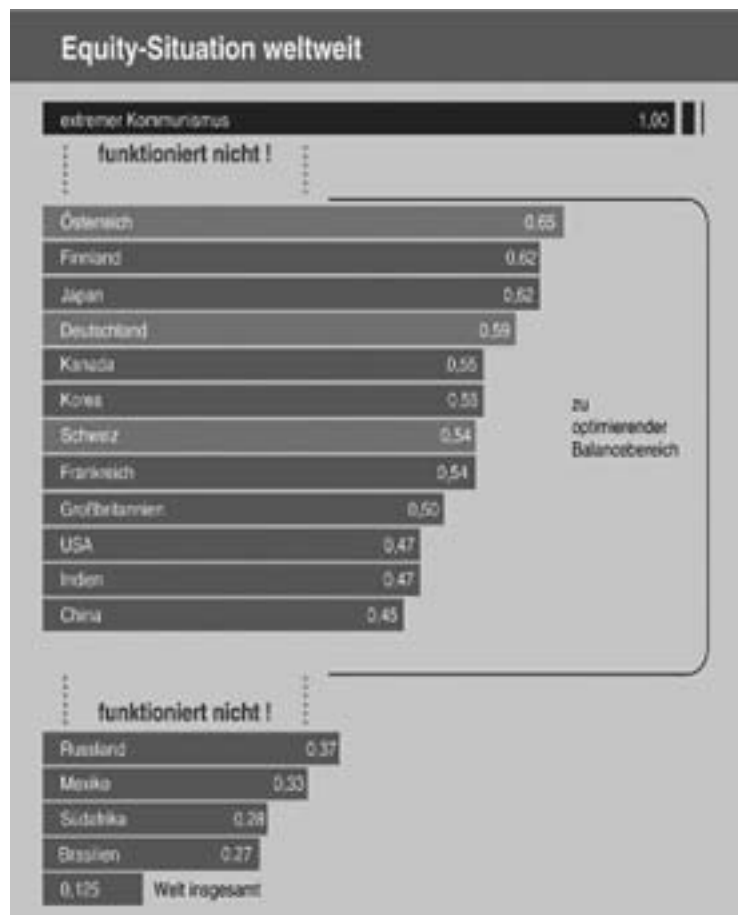
Vgl. hierzu das Buch »Der göttliche Ingenieur« von Jacques Neiryneck.

Die soziale Frage als Schlüsselthema: Überwindung der globalen Apartheid

Das heißt, richtig betrachtet ist die Frage der nachhaltigen Entwicklung heute vor allem eine Frage der *Einigungserfordernisse zwischen Nord und Süd bzw. zwischen Reich und Arm*. Dabei geht es um Umweltstandards und Umweltschutzvorschriften, die man weltweit durchsetzen müßte, verbunden mit der Co-Finanzierung von Entwicklung, die es dann den ärmeren Ländern erlauben würde, in diesem Prozeß dennoch wirtschaftlich aufzuholen. Oder, wenn man es anders ausdrückt: Es geht um eine Perspektive für einen *weltweiten sozialen Ausgleich unter gleichzeitiger Beachtung von Umweltschutzanliegen*. Nach Aussagen von Professor Töpfer, dem aus Deutschland stammenden UN-Verantwortlichen für die globale Umweltthematik, ist die *weltweite soziale Frage* heute die zentrale Frage überhaupt für das Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung.

Wenn man sich dieser sozialen Frage nähert, dann ist zunächst einmal zu begründen, wie man den Umfang an sozialem Ausgleich in

Ländern messen will. Die EU-Logik nimmt hier den Vergleich der niedrigsten Einkommen im Verhältnis zum Durchschnitt zum Maßstab. Nach EU-Logik sollte niemand weniger Einnahmen haben als etwa die Hälfte des Durchschnitts, das entspricht einer Equity von 50 %. Dies wäre zu kontrastieren mit einem extremen Kommunismus, bei dem die Equity bei 100 % läge. Wir wissen historisch, daß ein zu hoher sozialer Ausgleich nicht gut funktioniert, er ist zu demotivierend, er fördert keine Leistung. Stattdessen braucht man Differenzierungen, man braucht durchaus die Möglichkeit, daß bestimmte Leistungsträger zwanzig Mal das Durchschnittsgehalt verdienen, wenn auch vielleicht nicht zu viele solcher Personen. Und dazu korrespondiert eben unvermeidbar, daß die meisten Menschen sich einkommensmäßig unterhalb des Durchschnitts befinden. Aber wie viele und wie weit? Schaut man sich die erfolgreichen Staaten auf dieser Welt an, dann haben sie alle eine Equity, die oberhalb von 45 % liegt. Die Deutschen liegen bei etwa 60 %, die Nordeuropäer und die Japaner bei 62 bzw. 63 %. Das einzige erfolgreiche Land mit einer Equity unterhalb von 50 % sind die USA mit etwa 47 %. Und nicht viel darunter befinden sich Indien und China.



Es ist so, daß alle erfolgreichen Länder dieser Welt in bezug auf den sozialen Ausgleich einen Equityfaktor zwischen 45 und 65 % haben. Man kann auch inhaltlich begründen, warum unterhalb von 45 % Equity Länder nicht erfolgreich sein können, warum bei zu geringem sozialen Ausgleich ein Land in bezug auf das Bruttosozialprodukt pro Kopf arm sein muß. Der tiefere Grund ist, daß in solchen Ländern nicht genügend in die *Ausbildung und Gesundheit aller Bürger investiert* werden kann. Man bekommt dann koloniale oder Apartheid-Strukturen mit sehr viel Dienstpersonal auf niedrigstem Ausbildungsniveau und sehr niedrigem Einkommensniveau – und das muß ein Land in einer Pro-Kopf-Perspektive arm machen. Aber das größte Problem auf dieser Erde ist heute der Ungleichzustand des ganzen Globus, wenn man diesen als eine ökonomische Einheit sieht, was in Zeiten der Globalisierung zunehmend die richtige Betrachtungsweise ist. Der gesamte Globus befindet sich auf einem Equityniveau von unter 12,5 %. Das ist globale Apartheid. Das ist ein absolut unerträglicher Zustand. Er signalisiert, daß die Ungleichheiten heute auf diesem Globus primär zwischen Ländern und nicht innerhalb der Länder liegen. Das ist ein Zustand, der absolut nicht friedensfähig ist, der auch mit Haß und Gegnerschaft verbunden ist.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Ärmsten selber Revolutionen anzetteln oder effektiven Widerstand leisten. Dafür sind diese viel zu schwach. Aber Armut und Ungerechtigkeit führen zu Konstellationen, in denen andere Personen im Zentrum des Systems sich berechtigt sehen, als – selbsternannte – Vertreter der Armen bzw. ihren Interessen entsprechend zu agieren. Jeden Tag verhungern auf diesem Globus 24 000 Menschen. *Seit dem 11. September 2001 sind jeden Tag 24 000 Personen verhungert.* Der Süden sieht, daß wir an dieser Stelle nichts tun, obwohl wir etwas tun könnten. Wir müssen uns nicht wundern über die Situation, wie sie ist. Und hier liegt für eine nachhaltige Entwicklung sicher die größte Herausforderung. Die immer weitergehende Deregulierung der Märkte bringt alleine nicht die Antwort. Was wir brauchen, ist der *Übergang zu einer Weltinnenpolitik*, orientiert an der Art, wie wir in der EU Erweiterungsprozesse organisieren. Dabei würden wir alle miteinander insbesondere daran arbeiten, daß weltweit leistungsfähige Infrastrukturen aufgebaut werden, daß die Rolle der Frau gestärkt wird, daß Ausbildungssysteme, Rentensysteme usw. etabliert werden, so daß wir dann insgesamt auch in einen Zustand kommen, bei dem die Bevölkerung *weltweit nicht mehr wächst*, die Zahl der Menschen irgendwann sogar wieder abschnilzt von absehbar neun bis zehn Milliarden Menschen im Jahr 2050, statt immer nur weiter zu wachsen wie bisher.

Frieden zwischen den Kulturen:

Eckpfeiler jeder nachhaltigen Entwicklung

Die Frage der *Wechselwirkung der Kulturen* miteinander und der kulturelle Kontext als solcher ist wesentlicher Teil der angesprochenen (welt-)sozialen Thematik, denn das Soziale entfaltet sich im Rahmen der Kultur und die Kultur reflektiert die Tradition. Diese ist zum Beispiel dadurch (mit-)bestimmt, daß und wie Großmütter und Großväter bestimmte Ansichten über die Welt und das Leben an ihre

Die ungünstigsten Equityfaktoren unter den größeren Staaten auf diesem Globus findet man heute in früheren Kolonial- und Apartheidsregimen, wie zum Beispiel Brasilien und Südafrika, mit Equityfaktoren von nur etwa 27 Prozent.

Die Ereignisse am 11. September 2001 sind sehr gut in diesem Kontext interpretierbar. Das entspricht dem Muster bei allen vorherigen Revolutionen der Weltgeschichte.

Enkelkinder weitergeben. Kulturelle Prägungen sind deshalb sehr tiefgehend und nicht rasch zu ändern und beinhalten zudem ein *erhebliches seelisches Verletzungspotential*, weil tiefste Gefühle der Zugehörigkeit und Tradition und Erwartungen aus Kindheit und Jugend unmittelbar berührt werden.

Wesentliche kulturelle Themen betreffen unter anderem den Umgang der Generationen miteinander, ebenso das Verhältnis von Mann und Frau und den öffentlichen Umgang mit dem Thema der Sexualität. Diese Lebensbereiche haben höchste humane Signifikanz und sind teilweise in vielen Kulturen tabuisiert. Das kulturelle Gedächtnis reicht leicht über 50 bis 200 und mehr Jahre. Gesellschaftliche Veränderungen kultureller Muster gelingen in diesen Bereichen auf friedlichem Wege allenfalls über große Zeiträume. Die Globalisierung erlaubt wegen der engen ökonomischen Verknüpfung aller Länder und der weltweiten Verfügbarkeit von Informationen solche Anpassungszeiträume nicht mehr. *Das Neue bricht wie eine Flutwelle nach einem Dambruch über Menschen herein*, die darauf nicht vorbereitet sind. Dabei wird erst gar nicht mehr die Frage gestellt, ob etwas an der westlichen Kultur falsch sein könnte. Und das, obwohl auf diesem Globus die Frage, wer recht hat, längst nicht zweifelsfrei und abschließend entschieden ist. Sind auf Dauer diejenigen konservativen (rückständigen?) Kulturen, die vieles verbieten, die nachhaltigsten, oder ist es der Westen mit seiner fast grenzenlosen Freiheit, eine Welt, in der (fast) alles erlaubt ist?

In jedem Fall sollten, wenn Friedensfähigkeit das Ziel ist, Globalisierungsprozesse so ausgestaltet werden, daß sie den *Frieden und den Ausgleich der Kulturen* untereinander fördern, nicht die Konflikte verschärfen. Im Vordergrund steht insofern die Frage des kulturellen Ausgleichs, des würdevollen Umgangs miteinander, und zwar unabhängig von der Frage, wer ökonomisch, technisch oder militärisch im Moment stärker oder schwächer ist. Insbesondere darf Geld und Macht nicht immer wieder allein entscheiden, wer als Person oder Organisation oder welche Kultur sich im Konfliktfall durchsetzt und sei es nur in dem Sinne, daß die Kinder der »Verlierer« mit Informationen bzw. Angeboten eines Typs überschwemmt werden, die in dem jeweiligen anderen kulturellen Kontext nicht zulässig sind. Dabei geht es auch um *subtile Verführungen* bzw. auch um *ökonomische Zwänge*, die in ihren Wirkungen mit den Lebensmustern der jeweils unterlegenen Kultur nicht verträglich sind.

Das heißt andererseits auch, daß ein vernünftiger weltweiter sozialer Ausgleich, also eine (Welt-)Equity à la EU-Armutdefinition eine ganz wichtige Voraussetzung dafür wäre, daß wir zwischen den Kulturen zu besser balancierten Verhältnissen kommen würden, als das heute der Fall ist. *Alle Investitionen in einen höheren weltsozialen Ausgleich sind insofern auch Investitionen in einen höheren kulturellen Ausgleich*. Und zwar einfach deshalb, weil sich in der Folge dieses höheren Ausgleichs andere Kulturen ökonomisch besser als bisher gegen das heute dominierende westliche Modell behaupten könnten. Diese Beobachtung fällt in den Bereich einer weiteren *sozialen Ausgleichsforderung* (über eine hohe Equity insgesamt hinaus), daß nämlich klar separierbare Gruppen von Menschen nach

Was sind die Resultate dieser Grenzenlosigkeit im Westen für den sozialen Zusammenhalt oder für Nachhaltigkeit?

Um es noch deutlicher zu sagen: Das, was mit der Ausrottung der Indianer und ihrer Kultur in Amerika oder der Versklavung und kulturellen Vergewaltigung substantieller Teile der afrikanischen Bevölkerung während der Zeit der Kolonialisierung aufgrund ökonomischer, technischer und waffenmäßiger Überlegenheit der westlichen Kultur stattgefunden hat, sollte so nie wieder stattfinden und auch nicht in subtil verborgener Weise unter dem Deckmantel freier, formal auf Chancengleichheit hin ausgerichteter ökonomischer Prozesse bei *absolut asymmetrischer Ausgangssituation*, die inhärent nie fair sein können, weil wirkliche Chancengleichheit a priori nicht besteht.

Kategorien wie *Hautfarbe, Religion, Geschlecht* etc. alle in einer ausgeglichenen Weise mit materiellen Gütern ausgestattet sein sollten. Es ist wenig friedensfähig, wenn sich die *Armen dieser Welt* offensichtlich unter einzelnen dieser Kategorien häufen, also die Zugehörigkeit zu einer dieser Gruppen zu einem *Armutsrisiko* wird.

Das bedeutet in der Konsequenz dann auch, daß rein individualistisch ausgerichtete Menschenrechtspositionen, wie sie insbesondere im angelsächsischen Raum vertreten werden, für eine Balance der Kulturen nicht adäquat sind. Menschenrechte sollten vielmehr mit Menschenpflichten verknüpft gesehen werden, wie das auch in einem sehr schönen Buch, das Helmut Schmidt herausgegeben hat, dargestellt wird. So würde man auch eine Brücke von den westlichen Denkansätzen hin nach Asien und den sehr viel stärker auf den Zusammenhalt von Gruppen ausgerichteten dortigen Philosophien schlagen. Die heutige *Überbetonung von Individualrechten* und deren Einforderung in ärmsten Ländern, die sich um Entwicklung bemühen, kann durchaus auch als *ökodiktatorische Aggression* gewertet werden, nämlich als ein sehr subtiler Mechanismus, mit dessen Hilfe reichere Länder ärmere Länder an einer zügigen Entwicklung hindern, indem sie diesen »Unmögliches« abverlangen, nämlich Verhältnisse, die wir auch bei uns nicht realisieren bzw. nicht bezahlen konnten, als wir uns auf einem ähnlich niedrigen Entwicklungsstand befanden wie diese Länder heute.

Weltethos und fairer Weltvertrag

Letztlich geht es, wie oben dargestellt, um einen fairen Weltvertrag, den wir miteinander schließen müssen, wenn Nachhaltigkeit und Friedensfähigkeit erreicht werden sollen. Ein solcher Vertrag muß fair zu beiden Seiten sein. Er muß *zustimmungsfähig* sein. Ist das das Ziel, dann spielen Gespräche zwischen den Kulturen eine große Rolle. Hier sind die Beiträge des Weltparlaments der Religionen, aber auch die Anstrengungen zur Herausarbeitung eines *Weltethos* (Küng) als beispielgebend zu nennen. In solchen Diskussionsprozessen werden die *gemeinsamen universellen ethischen Prinzipien* herausgearbeitet, auf die sich alle große Kulturen und Religionen dieser Welt verständigen können. Wenn man dieses Ziel ehrlich verfolgt, dann erweisen sich die *Intaktheit der Natur* und die *Unversehrtheit des einzelnen Menschen*, seine Würde und die Gleichheit der Menschen untereinander als große Themen und dann muß insbesondere verhindert werden, daß de facto *Double-Standards* etabliert werden, so wie das heute oft passiert, wenn der Westen zum Beispiel einerseits den Irak angreifen will, weil dort UN-Sicherheitsratsbeschlüsse boykottiert werden, Israel genau dieses aber permanent vorexerziert und das offenbar nicht einmal mehr eine Erwähnung wert ist, vor allem auf seiten der USA, die sich nichtsdestotrotz immer als Garant für Fairneß und Gerechtigkeit zu präsentieren versuchen.

Ein weltethischer Entwurf ist kein einfaches Thema. Sicher wird man mit extremen Positionen konfrontiert werden, die wohl unter keinen Umständen – auch nicht temporär – duldbar sind, beispielsweise Beschneidungen von Frauen oder Steinigung von Verurteilten im Rahmen der Scharia in einigen islamischen Ländern. Allerdings

Dies gilt in derselben Weise für eine religiös begründete Landnahme Israels an palästinensischem Land, die sich immer wieder auf vermeintliche jahrtausendalte Rechte beruft und dabei dem Völkerrecht diametral zuwider läuft.

sollte der Westen auch hier auf sich selber schauen. Das Justizsystem der USA setzt nicht nur nach wie vor die Todesstrafe ein, sondern sogar die *Todesstrafe für Kinder*. Die USA sind neben Somalia das einzige Land auf der Welt, das die Weltkinderkonvention nicht unterschrieben hat. Wir finden in den USA zudem auch heute noch einen religiösen Fundamentalismus, der nicht nur alle bevölkerungspolitischen Maßnahmen der UN aktiv bekämpft, sondern auch in einigen US-Bundesstaaten den »Kreationismus« als offizielle Alternative zur biologischen Evolution im Schulunterricht durchgesetzt hat.

Eine Diskussion über ethische Standards, die versucht, zustimmungsfähig auf diesem Globus zu sein, muß also neben dem einen Fundamentalismus auch die anderen benennen und auch dort zu Änderungen kommen. Zumindest dann, wenn es das Ziel ist, daß eine solche Ordnung im Herzen aller Menschen, auch im Herzen der Bevölkerung der großen arabischen Staaten, angenommen werden kann.

Jedenfalls zeigt das gute Zusammenleben von Katholiken und Protestanten in Deutschland, daß ein Konflikt wie derjenige in Nordirland vernünftigerweise nicht als im wesentlichen religiös begründet und als in seinem Kern nicht überwindbar verstanden werden sollte. Es handelt sich nicht primär um einen Konflikt zwischen Kulturen (im Sinne eines Kampfes der Kulturen) oder um einen Konflikt zwischen zwei Formen des Christentums. Es geht eher darum, *bestimmte ungerechte Konstellationen zu überwinden*, die sich rein lebenspraktisch manchmal über Religionen, manchmal über Sprache, manchmal über Hautfarbe voneinander differenzieren, wie das oben bereits beschrieben wurde. Und auch der Islam ist nicht per se eine Religion, die Modernisierungs- und Säkularisierungsprozesse von vornherein ausschließen würde. So gibt es mit der »Anhörungsdimension« im Islam eine Brücke hin zur Demokratie, die ausgebaut werden kann. Die *Toleranz islamischer Staaten* gegenüber anderen Religionen im Mittelalter war vorbildlich. Die Förderung von Frauen im Bereich der Wissenschaft ist in manchen islamischen Ländern sehr viel früher erfolgt als im Westen. Das heißt, daß es offensichtlich eine Chance der Weiterentwicklung des Islam und der islamischen Staaten hin zu einem vernünftigen globalen Kontrakt gibt. Hieran, wie an einem Weltethos, ist zu arbeiten. Das ist mühseliger als rasches militärisches Zuschlagen. Und es erfordert sicher mehr Intelligenz, nämlich Empathie, also die Fähigkeit, von der eigenen Position zu abstrahieren und zu versuchen, den anderen zu verstehen und auch von ihm zu lernen: Nicht überheblich und alles besser wissend, sondern eher bescheiden.

Was jetzt Not tut; die 10~>4:34 Formel für einen Balanced Way

Entscheidend für die Bewältigung der beschriebenen Probleme und Herausforderungen ist, was nun auf Weltordnungsebene passiert. Zum Beispiel, was wir tun, um die WTO geeignet mit anderen Regimen, mit anderen globalen Ordnungssystemen zu verknüpfen. Und das ist dann die Frage eines *ökosozialen Konsenses*, der anzustreben wäre. Wenn man das Ganze richtig angeht, dann haben wir durchaus für die Welt eine vernünftige Perspektive, eine ökosoziale Perspektive. Es wäre denkbar, einen Faktor 10 an Wachstum über die

nächsten 50 bis 100 Jahre in eine Vervierfachung des Reichtums im Norden dieses Globus und eine dazu korrespondierende mögliche Vervierunddreißigfachung des Wohlstands im Süden dieses Globus zu überführen.

Der Norden würde sich dabei von heute 80 % des »Kuchens« in Richtung auf 32 % des verzehnfachten Volumens der Weltökonomie bewegen. Der Süden könnte sich als Folge dieser Entwicklung von heute nur 20 % des »Kuchens« hin zu 68 % des dann zehnmal größeren Weltbruttosozialprodukts bewegen. Das wäre eine Vervierunddreißigfachung. In Wachstumsraten entspricht das im Norden in etwa einer mittleren Wachstumsrate von 2,8 %, im Süden einer mittleren Wachstumsrate von etwa 8 % über 50 Jahre. Dies ist besser als die heutige Rate in Indien, schlechter als die Rate in China und insgesamt nicht unrealistisch. Länder, die aufholen, müssen primär nur kopieren, können deshalb hohe Wachstumsraten erzielen. Länder an der Spitze, reiche Länder, müssen *Innovationen* erfinden. Das bedeutet ein vergleichsweise langsames Wachstum. Aber wenn wir beides vernünftig miteinander kombinieren, könnten wir uns im Jahr 2050 in einer Situation befinden, in der die Menschen im Norden pro Kopf durchschnittlich nicht mehr sechzehn mal so reich sind wie die Menschen im Süden, so wie das heute als Ausdruck einer »Globalen Apartheid« der Fall ist, sondern nur noch etwa doppelt so reich, wobei sie zugleich im Schnitt viermal so reich wären wie heute. Das wäre dann ein Ausgleichsniveau à la EU und würde durchaus auch eine Perspektive für eine *Weltdemokratie* eröffnen. Nicht viel anders als jetzt im Prozeß der Ausgestaltung der EU die Chance, die der *Euro-päische Konvent* für Europa bietet. – Was wären die Alternativen?

*Wege ins Desaster: Plünderung bis zum Zusammenbruch
oder ökodiktatorische Sicherheitsregime*

In Zukunft drohen zwei Alternativen: Die eine ist, daß wir weiter so wie bisher tun, als könnten wir die ökologischen und sozialen Systeme weltweit weiter überstrapazieren, soviel wir wollen. Wir werden dann irgendwann die Basis unterminieren, von der unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder abhängt. Wir werden in *extreme Knappheiten* hinein laufen in den Bereichen Wasser, Ernährung und Energie und wir werden Mord und Totschlag erleben bei dem Versuch, sich im Kampf gegeneinander knappe und zu knappe Ressourcen zu sichern in einem Rennen, das langfristig so oder so für niemanden mehr eine Perspektive eröffnet. Wahrscheinlich wird die Menschheit, vor allem die reiche Welt, aber nicht so dumm sein, daß sie letztlich diesen desaströsen heutigen Weg auf Dauer weiter verfolgen wird, denn sie würde ihre eigene Basis zerstören. Die Wahrscheinlichkeit für diesen Desaster-Weg liegt aus Sicht des Autors bei vielleicht 10 bis 15 %. 85 bis 90 % wäre dann die Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir mit dem Problem der physikalischen Grenzen vernünftiger umgehen, als wir das heute tun, daß wir also Lösungen finden, die letzte Knappheiten, also physikalische Notwendigkeiten, irgendwie in das weltökonomische System integrieren.

Es bleiben dann zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist der *ökosoziale Weg*, ein fairer Vertrag. Das ist das, was oben ausführlich

Das ökosoziale Modell eröffnet insofern eine spannende Zukunftsperspektive. Es ist dieses ein Ansatz, der Menschenwürde und Schutz der Umwelt gleich ernst nimmt, und von einfachen Lösungsphilosophien Abschied nimmt. In dieser Sicht wird eine immer weitergehende Deregulierung die vor uns liegenden Probleme nicht lösen, hoffentlich aber die Aktivierung der Kräfte der Märkte unter vernünftigen Rahmenbedingungen sozial-kulturell-ökologischer Art.

beschrieben wurde. Aber es gibt eine Alternative, eine zunächst undenkbare, aber beim längeren Nachdenken dann doch naheliegende, verführerische Perspektive, nämlich eine *Ökodiktatur*, verbunden mit einem *Sicherheitsregime*. Hier würde irgendwann der reiche Norden dem armen Süden die Entwicklung verwehren, so wie die Reichen den Armen gerne die Entwicklung verwehren, einfach deshalb, weil es in einem *Business-as-usual*-Ansatz ökologisch nicht auszuhalten wäre, wenn die Armen täten, was die Reichen schon immer tun. Hier müßten dann insbesondere die Reichen die Entwicklung der ärmeren Länder behindern oder diese Länder sogar destabilisieren. Und da die reichen Länder allesamt Demokratien sind, stehen wir vor der Frage, ob so etwas denkbar ist.

Konkret durchgesetzt wird dies beispielsweise durch die Verhängung von Ausgangsverboten und durch die Verweigerung des Durchlasses von Krankenhäusern in Richtung Krankenhäuser an Kontrollpunkten. Dies wird beispielsweise vonseiten medizinischer Hilfsorganisationen, die in den Palästinensergebieten tätig sind, dauernd als skandalös beklagt. Es ist nach Aussage dieser Nichtregierungsorganisationen geradezu eine Ungeheuerlichkeit, was da täglich vor den Augen der Welt ohne vernehmbare Proteste der demokratischen Staaten stattfindet.

Sieht man sich die Politik der letzten Jahre an, insbesondere die Politik der USA seit dem 11. September 2001 und die Politik in Israel seit der Regierungsübernahme von Premierminister Scharon, dann sieht man bereits ganz offensichtlich Elemente einer solchen ökodiktatorischen sicherheitsorientierten Strategie. In Israel ist dies in besonderer Weise zu verfolgen in der dauernden Zerstörung der Infrastruktur der Palästinenser durch das israelische Militär und beispielsweise in der Vorenthaltung medizinischer Hilfe für schwer kranke Palästinenser.

Auf der US-Seite ist die Verweigerung, sich fair in den Kyoto-Vertrag einzubringen, entlarvend. Noch deutlicher gilt dies für den fast obsessiven Kampf der USA gegen einen Internationalen Strafgerichtshof. Symptomatisch ist die regelmäßige Weigerung der USA, sich im Rahmen fairer globaler Verträge zu bewegen, und ebenso eine dauernde Einforderung spezieller, stark individuell-orientierter Menschenrechte in armen Ländern, die dies alles nicht bezahlen können und die Bekämpfung bevölkerungspolitischer Maßnahmen der Vereinten Nationen durch die USA. All das erschwert natürlich Entwicklung. Am wenigsten akzeptabel ist aber das dauernde Beharren der USA auf dem Recht, alleine entscheiden zu dürfen, ob eine Aggression vorliegt, gegen die sie präventiv operieren dürfen. Dies führt zu Willkürentscheidungen aus Sicht der Betroffenen. Im Moment ist dies sehr gut zu beobachten in der Entwicklung der Irak-Krise, so, wie das oben bezüglich des Vergleichs mit Israel hinsichtlich der Nichtbeachtung von UN-Sicherheitsratsbeschlüssen und daraus abgeleiteten Konsequenzen bereits thematisiert wurde.

Ein ökodiktatorisches Sicherheitsregime ist *massiv asymmetrisch*. Man muß sich nicht wundern, daß die arme Seite, die der Willkür des Stärkeren ausgesetzte Seite, die schwache Seite, dieses nicht als gerecht empfindet und sich irgendwie zur Wehr setzt. Und wie kann »David« sich gegen »Goliath« zur Wehr setzen? Das führt dann zu Terror und noch mehr Terror, der dann mit noch mehr staatlichem »Gegenterror« beantwortet wird, gegen den neuer Terror folgen wird, zum Beispiel in Form von Selbstmordattentaten. Dies ist eine Form der Gegenwehr, die sehr schwer zu bekämpfen ist. Sie setzt voraus, daß Menschen ihr Leben für eine Überzeugung hinzugeben bereit sind. Wie falsch muß eine Welt organisiert sein, zu wieviel Haß muß eine Weltordnung Anlaß bieten, wenn sie solche Reaktionen hervorruft? Und gibt es daraus nicht etwas zu lernen, über Verletzungen, die man anderen – vielleicht unbewußt und unbeabsichtigt – zugefügt hat?

Der reiche Norden muß sich jedenfalls überlegen, ob er den momentanen Weg der Entfesselung weiter gehen will, oder ob nicht das europäische Modell des Ausgleichs in Form einer weltweiten *Ökosozialen Marktwirtschaft* die bessere Alternative ist. Diese kostet 1 bis 2 % des Weltbruttosozialprodukts als Co-Finanzierung von Entwicklung in Form eines Welt-Marshall-Plans, wie ihn auch der frühere US-Vizepräsident Al Gore vorgeschlagen hatte. Im Grunde genommen ist es erstaunlich, wie preiswert bei intelligenter statt rechthaberischer Vorgehensweise eine Chance auf Frieden eröffnet werden kann. Noch erstaunlicher ist es allerdings, welcher intellektuelle Aufwand von seiten der größten Gewinner der heutigen deregulierten Strukturen der Weltökonomie betrieben wird, diesen Preis nicht zu zahlen, und welche Bereitschaft da ist, die entsprechenden Mittel lieber in immer noch mehr Aufrüstung zu stecken statt in humane Entwicklung rund um den Globus.

Ökosoziale Marktwirtschaft als einzige Chance

Offensichtlich ist, daß heute die Hoffnung für eine bessere Zukunft und eine nachhaltige Entwicklung primär bei Europa und den entwickelten asiatischen Volkswirtschaften liegt. Wir müssen miteinander die USA für eine andere Sicht der Dinge gewinnen. Deshalb müssen wir insbesondere bereit sein, darüber zu reden, daß bestimmte Dinge richtig und bestimmte Dinge falsch sind, damit wir nicht durch dauerndes Schweigen den Eindruck erwecken, als würden wir implizit zustimmen an Stellen, an denen wir gar nicht zustimmen können. Hier hat auch die *Weltzivilgesellschaft*, hier haben NGOs wie Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen, BUND, Greenpeace, Stiftung Weltbevölkerung, Terres des Homes etc. oder auch die Rotarier, Lions und andere Servicebewegungen einen großen Einfluß auf die Entwicklung der Weltmeinung. Eine große Hoffnung bilden in diesem Kontext auch die neuen informationstechnischen Vernetzungsmöglichkeiten der Weltzivilgesellschaft, die immer effizienter genutzt werden. Wenn es hierbei in dem Ringen um eine bessere Weltordnung auch nur gelingt, in einem Schneeballsystem pro Jahr immer wieder eine weitere Person zu gewinnen, die für eine neue, bessere Weltordnung eintritt und zugleich pro Jahr immer wieder eine weitere Person mit derselben Art zu denken dazu gewinnt und so weiter, hat man in dreiunddreißig Jahren in einem Schneeballsystem jeden Menschen erreicht, da 2^{33} gleich acht Milliarden ist. – Und die Überzeugung einer Person pro Kopf und Jahr, das sollte doch bei einem so wichtigen Thema zu schaffen sein.

Ist die Ökosoziale Marktwirtschaft eine Chance oder eine Utopie? Für eine friedliche nachhaltige Zukunft ist sie wahrscheinlich die einzige Chance, die wir haben und die vielleicht beste je gemachte Innovation im politischen Bereich, nämlich die Kopplung vernünftiger Ausgleichsmechanismen und strikter Umweltschutzmaßnahmen mit der Kraft der Märkte und dem Potential von Innovationen. Man kann nur hoffen, daß Europa, ein Kontinent mit einer schwierigen Historie und noch nicht abgeschlossener Selbstfindung, in dieser schwierigen Phase der Weltpolitik in der Lage ist, die Verantwortung zu übernehmen, die in diesem Moment auf diesem Teil der Welt lastet.

Politisch lastet in dieser Lage heute auf Europa eine besondere Verantwortung. Deshalb war die Einführung des EURO so wichtig. Deshalb ist der weitere Ausbau der EU wichtig. Deshalb ist die Stärkung der EU wichtig. Und das müßte in dieser schwierigen Welt sogar hingehen bis zu einem Ausbau der militärischen Stärke der EU, um in diesen zentralen Fragen der Weltordnung eigenständig agieren und auf gleicher Augenhöhe mit den USA sprechen zu können.

Literatur:

- Affemann, N., B. F. Pelz und F.J. Radermacher: Globale Herausforderungen und Bevölkerungsentwicklung: Die Menschheit ist bedroht. Beitrag für den Beirat der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung e. V., Landesstelle Baden-Württemberg, 1997.
- Brown, G.: Tackling Poverty: A Global New Deal. A Modern Marshall Plan for The Developing World. Pamphlet based on the speeches to the New York Federal Reserve, 16 November 2001, and the Press Club, Washington D.C., 17 December 2001, February 2002.
- Club of Rome (ed.): No Limits to Knowledge, but Limits to Poverty: Towards a Sustainable Knowledge Society. Statement of the Club of Rome to the World Summit on Sustainable Development (WSSD), 2002.
- Gore, A.: Wege zum Gleichgewicht – Ein Marshallplan für die Erde, Frankfurt/M. 1992.
- Information Society Forum (ed.): The European Way for the Information Society, European Commission, Brussels 2000.
- Kämpke, T., F.J. Radermacher, R. Pestel: A computational concept for normative equity, European J. of Law and Economics 15, p. 129-163, 2002.
- Küng, H.: Projekt Weltethos, 2. Aufl., München 1993.
- Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos, Frankfurt 2001.
- Neiryneck, J.: Der göttliche Ingenieur, Renningen, 1994.
- Radermacher, F. J.: Globalisierung und Informationstechnologie, in: Weltinnenpolitik. Intern. Tagung anlässlich des 85. Geburtstages von Carl-Friedrich von Weizsäcker, Evangelische Akademie Tutzing, 1997, in: (U. Bartosch und J. Wagner, eds.) S. 105-117, Münster 1998.
- Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel, in: bild der wissenschaft 4, 2002.
- Radermacher, F. J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung, Wien 2002.
- Schauer, T., F. J. Radermacher (eds.): The Challenge of the Digital Divide: Promoting a Global Society Dialogue, Ulm 2001.
- Schmidt, H.(Hg.): Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten – Ein Vorschlag, München 1997.
- Schmidt, H.: Die Selbstbehauptung Europas. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Stuttgart 2000.
- Schmidt-Bleek, F.: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – Das Maß für ökologisches Wirtschaften, 1993.
- Töpfer, K.: Kapitalismus und ökologisch vertretbares Wachstum – Chancen und Risiken, in: Kapitalismus im 21. Jahrhundert, S. 175-185, 1999.
- Töpfer, K.: Ökologische Krisen und politische Konflikte, in: Krisen, Kriege, Konflikte (A. Volle und W. Weidenfeld, ed.), Bonn 1999.
- Töpfer, K.: Environmental Security, Stable Social Order, and Culture, in: Environmental Change and Security Project Report, Woodrow Wilson Centre, No. 6, 2000.
- Töpfer, K.: Globale Umweltpolitik im 21. Jahrhundert, eine Herausforderung für die Vereinten Nationen, in: Erfurter Dialog (Thüringer Staatskanzlei, ed.), 2001.
- Weizsäcker, C. F. v.: Bedingungen des Friedens, Göttingen 1964.
- Weizsäcker, E. U. v., A. B. Lovins, L. H. Lovins: Faktor Vier: doppelter Wohlstand, halbiertes Naturverbrauch, München 1995.

Die Ökosoziale Marktwirtschaft ist keine Utopie, sondern eine große Chance.

Bezug

Der Text basiert auf dem nachfolgend angegebenen Buch, das im August 2002 kurz vor dem World Summit on Sustainable Development/WSSD (Rio+10) erschienen ist.

Franz Josef Radermacher, Balance oder Zerstörung – Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa, Wien/Österreich 2002, 316 Seiten, Broschur, ISBN: 3-7040-1950-X, Preis: 15 Euro.

Vertrieb in Deutschland: Herold Verlagsauslieferung GmbH, Oberhaching, Tel. 089 6138710, Fax 089 613871-20, email: herold-oberhaching@t-online.de

KLAUS STEINITZ

Ist Wirtschaftswachstum unverzichtbar?

Um Platz und Inhalt der Wachstumsproblematik in einem sozialistischen Politikkonzept für die heutigen Verhältnisse zu bestimmen müssen zumindest folgende Anforderungen erfüllt sein:

Erstens gilt es die realen Wachstumsprozesse der Gegenwart sowie die Bedingungen und voraussichtlichen Tendenzen der wirtschaftlichen Dynamik in der nächsten Zeit zu analysieren. Die durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der letzten zehn Jahre waren mit knapp 1,5 Prozent signifikant niedriger als in allen anderen Zeitabschnitten nach 1945. Seit zwei Jahren stagniert die Wirtschaft Deutschlands. Die Zuwachsraten des BIP lagen 2001 und 2002 bei 0,6 bzw. 0,2 Prozent. Regelmäßig werden die Prognosen nach unten korrigiert und der Beginn des immer wieder angekündigten wirtschaftlichen Aufschwungs zeitlich weiter nach hinten verschoben. Die Debatten um die »japanische Krankheit« nehmen zu, da es auch in Deutschland ernste Anzeichen einer länger anhaltenden deflationär-depressiven Entwicklung gibt.¹

Zweitens ist es notwendig, die differenzierten Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigung, die Entwicklung und Verteilung der Einkommen – die Beziehungen zwischen Arbeits-einkommen, Gewinn- bzw. Vermögenseinkommen und Sozialeinkommen – sowie auf die Einnahmen der öffentlichen Haushalte und die finanzielle Situation der Sozialversicherungssysteme zu untersuchen.

Drittens müssen die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Dynamik und dem Erreichen umweltpolitischer Zielstellungen, insbesondere bei der Verringerung des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen und der Reduzierung schädlicher Emissionen, speziell von CO₂ und anderen Klimagasen, untersucht und die bisher hier erzielten Ergebnisse bewertet werden.

Viertens ist es erforderlich, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Möglichkeiten überhaupt in der real existierenden globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft von heute bestehen, um das Wachstum, sein Tempo, seine Struktur, seine Qualität sowie seine Wirkungen auf die Umwelt zu beeinflussen und wie, mit welchen Methoden und Instrumenten, ein solcher Einfluß ausgeübt werden kann.

Abstrakte Diskussionen darüber, ob Wachstum in den Industrieländern überhaupt akzeptiert werden darf oder über die Höhe des zulässigen Wachstums sind für die Ausarbeitung linker Politikkonzepte kaum von Nutzen. Derartige Auseinandersetzungen erhalten

Klaus Steinitz – Jg. 1932; Prof. Dr., Leiter der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS, Autor zahlreicher Aufsätze und Schriften. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Nachhaltigkeit und Anforderungen an eine alternative linke Politik, Heft 90 (April 1998).

1 »In den dunklen Wochen des Herbstes 2002 macht sich Angst vor der Deflation breit. Dieses ökonomische Krankheitsbild wird zu Recht als bedrohlich angesehen. In seiner Extremform, der Großen Depression, hat es in der deutschen Geschichte eine furchtbare Spur hinterlassen. Aber auch weniger starke Ausprägungen sind sehr ernst zu nehmen. So ist die japanische Wirtschaft 1999 in die Deflation geraten, und

sie hat sich davon – trotz massiver wirtschaftspolitischer Therapieversuche – bis heute nicht mehr erholen können. Die Hilflosigkeit der Ökonomen im Fall Japans verdeutlicht zugleich, wie wenig die Wirtschaftswissenschaft über Deflationen weiß. Während das vergangene Jahrhundert eine Fülle von Anschauungsbeispielen für Inflationen und zugleich auch für erfolgreiche Stabilisierungsprogramme bietet, findet man mit Ausnahme von Japan kaum aktuelle Beispiele für eine Deflation. (Peter Bofinger/Heiner Flassbeck: Das Risiko einer Deflation. Die Wirtschaftspolitik sollte nach Kräften gegensteuern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. November 2002)

»Die Warnung ist nicht zu überhören: Die anhaltende Stagnation könnte eine weitere Verschlechterung bei Beschäftigung und Arbeits-einkommen auslösen ... Die Erwartung sinkender Preise treibt sowohl Investoren wie Konsumenten zu weiterer Zurückhaltung. ... Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und eine Sanierung der sozialen Sicherungssysteme wäre unter diesen Bedingungen kaum zu realisieren. Die angestrebte sozialdemokratische Epoche wäre durch eine Übernahme der japanischen Entwicklung geprägt: eine chronische deflationär-depressive Entwicklung, die selbst mit einer deutlichen Absenkung der Zinsen und öffentlichen Investitionsprogrammen nicht zu durchbrechen ist.« (Sozialismus, November 2002, S. 3)

nur dann einen Sinn, wenn Fragen des Inhalts, der Struktur und der Qualität des Wachstums einbezogen werden. Vorschläge für ein linkes Wachstumskonzept dürfen auch nicht an den aktuellen Problemen einer sehr geringen wirtschaftlichen Dynamik sowie den damit verbundenen beschäftigungspolitischen und Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherungssysteme vorbeigehen.

Was ist unter Wachstum zu verstehen?

Die Schwierigkeiten der Analyse des Wirtschaftswachstums fangen schon bei der Begriffsbestimmung an. Trotz vieler berechtigter Einwände zum BIP als synthetischer Wachstumskennziffer gibt es bis heute keinen anderen praktikablen bzw. aussagekräftigeren Indikator für eine *zusammenfassende* Messung des Wirtschaftswachstums. Zahlreiche Versuche, ein ökologisches Gesamtprodukt zu berechnen, enthalten zwar wichtige Anregungen für eine differenziertere Bewertung, können jedoch das BIP bei der Messung des Wirtschaftswachstums nicht ersetzen. Die eingeschränkte Aussagekraft des BIP für die Messung und Bewertung wirtschaftlicher Dynamik, insbesondere seine Nutzung als Wohlstandsindikator, müßte jedoch ständig im Bewußtsein präsent sein. Es ist auch wichtig, dieses im BIP gemessene Wirtschaftswachstum durch ökologische Kennziffern und Berechnungen sowie möglichst komplexe Wohlstandsindikatoren nicht nur zu ergänzen, sondern soweit notwendig auch in der Aussage zu korrigieren.

Grundsätzlich sollte davon ausgegangen werden, daß Wirtschaftswachstum *kein eigenständiges Ziel* ist, *sondern stets im Zusammenhang mit seinen – durchaus widersprüchlichen – Wirkungen auf die verschiedenen Seiten des Lebens der Menschen und des gesellschaftlichen Fortschritts zu bewerten* ist. Eine Grundforderung müßte deshalb darin bestehen, Wachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu verknüpfen. In Übereinstimmung hiermit ist linke Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik weder »wachstumsfeindlich«, noch darf sie dem verbreiteten Wachstumsfetischismus, dem Glauben, daß ein hohes Wirtschaftswachstum als solches bereits für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme ausreichend oder zumindest entscheidend sei, folgen.

Eine Diskussion der widersprüchlichen Wachstumsproblematik, vor allem auch ihrer Konflikte mit den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit, ist notwendig. So setzt die Lösung der Umweltprobleme auf der einen Seite eine leistungsfähige, effiziente und sich dynamisch entwickelnde Wirtschaft voraus. Andererseits untergräbt aber die ständige Expansion der Wirtschaftsleistung zunehmend die natürlichen Grundlagen der Produktion. Die Konsequenz hieraus ist jedoch nicht einfach »Wachstumsverzicht«, »Nullwachstum« oder gar »negatives Wachstum«. Eine derartige Orientierung wäre meines Erachtens doppelt falsch: Einerseits geht sie, wenn sie als aktuelle Forderung erhoben wird, an den gegenwärtigen Problemen der Wachstumsschwäche und den damit eng verflochtenen Problemen der Massenarbeitslosigkeit und der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben vorbei. Andererseits wird damit der Eindruck hervorgerufen, daß die Umweltbelastung nur vom *Zuwachs* der Wirtschaftslei-

stung oder des Produktionsausstoßes und nicht von der Gesamtheit der Produktion ausgeht. Ein »Nullwachstum«, das heißt ein Gleichbleiben der wirtschaftlichen Leistung ohne Umgestaltung der gesamten Produktion, dem dazu erforderlichen Einsatz an Stoff und Energie sowie den Emissionen, würde die Zerstörung der Umwelt fortsetzen. Selbst ein Rückgang der Produktion würde den Prozeß der Umweltzerstörung nicht von allein aufhalten, sondern nur zeitlich strecken. Die aktuelle Forderung kann daher nicht Wachstumsverzicht sein, sondern muß den sozial-ökologischen Umbau des gesamten Produktionsprozesses zum Ziel haben.

Das Ausmaß menschlicher Eingriffe in die Umwelt, der Verbrauch natürlicher Ressourcen für die Produktion und die Belastung der Natur durch Emissionen wird durch zwei Prozesse bestimmt, durch die Veränderung (Erweiterung oder Reduzierung) der Maßstäbe der Produktion – Wachstum oder Reduktion – und durch die Intensität oder den Umfang der Inanspruchnahme bzw. Belastung natürlicher Ressourcen je Einheit Produktion und Konsumtion als Ausdruck der Effizienz der wirtschaftlichen Tätigkeit. Das Ausmaß, in dem beide Prozesse jeweils die Belastung der natürlichen Umwelt beeinflussen, hängt von vielen Faktoren ab: Je länger die zu untersuchenden Zeiträume und je höher die Wachstumsraten sind, desto stärker ist der Einfluß des ersten Prozesses. Je stärker die Effizienz beim Einsatz der natürlichen Ressourcen erhöht wird und je mehr es gelingt, die Beschädigung der Natur durch Emissionen zu verringern, desto größer ist die Bedeutung des zweiten Prozesses. Ein hohes Tempo der Effizienzsteigerung eliminiert die Wirkungen des Wachstums auf einen höheren Verbrauch natürlicher Ressourcen und eine Belastung der Natur durch Emissionen teilweise oder auch vollständig. Durch eine Erhöhung dieser Effizienz werden daher die Grenzen des unter ökologischen Aspekten zulässigen Wachstums erweitert.

Eine Schlüsselfrage besteht darin, die Voraussetzungen für solche Veränderungen in der Produktions- und Konsumtionsweise deutlicher zu bestimmen, die den Übergang zur Nachhaltigkeit unterstützen. Das sind bei der Produktionsweise vor allem Innovationen zur Einführung neuer Technologien und Produkte, die zu einer Senkung des spezifischen Verbrauchs an Energie und Rohstoffen und zur Verringerung der Umweltbelastung führen, Veränderung von Wirtschaftsstrukturen infolge eines differenzierten Wachstums bzw. auch eines Produktionsrückgangs verschiedener Bereiche und Branchen sowie die Stärkung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und -kreisläufe. Dabei steht die Frage, nach welchen Kriterien sollte eine Differenzierung des Wachstums, einschließlich der Reduzierung des Produktionsausstoßes in bestimmten Branchen, angestrebt werden und wie, durch welche Regulierung/Steuerung und ökonomischen Anreize könnten solche Wachstums- bzw. Rückbauvorstellungen umgesetzt werden?²

Bei der Konsumtionsweise geht es um Konzepte zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, um Vorstellungen, wie auf die zunehmende Unsicherheit und Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse zu reagieren ist, um Vorschläge für Änderungen in den Verteilungsverhältnissen. Eine besondere Bedeutung kommt Konzepten zur Förderung von Bildung sowie kulturellen, sozialen und gesundheit-

2 Eine linke Wirtschaftspolitik sollte eine für den Energie- und Rohstoffverbrauch in der Bundesrepublik günstige Wachstumsdifferenzierung, zum Beispiel durch Einschränkung der Produktion ressourcenintensiver Branchen oder umweltschädlicher Produktionen, nicht durch eine Produktionsverlagerung in andere Länder Mittel- und Osteuropas oder der Dritten Welt, durch einen Export von Umweltschäden, unterstützen.

lichen Dienstleistungen zu. Ihre vorrangige Entwicklung ist eine unerläßliche Forderung für die »Dematerialisierung des Wohlstands« (Spangenberg). Dies schließt natürlich die Schaffung der hierfür erforderlichen Infrastruktur ein, was wiederum mit beträchtlichem materiellen Verbrauch verbunden ist. Zu den Voraussetzungen für solche Veränderungen in den Konsumtionsstrukturen gehört auch eine stärkere Umverteilung über Steuern und Abgaben, um die finanziellen Bedingungen dafür zu schaffen.³

3 Eine differenzierte Analyse des Wirtschaftswachstums, die auch Antworten darauf gibt, wie dieses mit sozialem und ökologischem Umbau zu verbinden ist, verlangt, die verschiedenen Dimensionen des Wachstums näher zu betrachten.

Zeitliche Dimensionen des Wachstums

Es erscheint zweckmäßig, eine Unterscheidung nach kurz- (1 bis 2 Jahre), mittel- (3 bis 10 Jahre) und langfristigem Wachstum (mehr als 10 Jahre) vorzunehmen. Die Anforderungen an eine höhere Ressourceneffizienz und eine geringere Umweltbelastung steigen mit der Länge des Zeitraums an.

Während Differenzen im jährlichen Wachstumstempo zwischen null und zwei Prozent für einen Zeitraum bis zu fünf Jahren kaum spürbare Auswirkungen auf die natürliche Umwelt haben, praktisch also vernachlässigt werden können, sind sie für längere Zeiträume gravierend. Forderungen nach Wachstumsverzicht als eine notwendige Bedingung für sozial-ökologische Nachhaltigkeit sind, wenn sie unmittelbar auf die nächste Zukunft bezogen werden, unrealistisch und falsch. Auch in linken, alternativen Wirtschaftskonzepten kommt in kurz- und mittelfristiger Betrachtung angesichts der Massenarbeitslosigkeit, der Haushaltsprobleme und der Finanzierungsdefizite der sozialen Sicherungssysteme dem Wachstum eine wichtige Rolle zu. Dies wird schon in der drastischen Zuspitzung dieser Probleme in der Gegenwart deutlich, die zu einem wesentlichen Teil darauf zurückzuführen ist, daß es entgegen den Prognosen faktisch kein Wachstum gibt. Wirtschaftswachstum bleibt in der *kurz- und mittelfristigen Perspektive* unter den gegenwärtigen ökonomischen Verhältnissen – auch wenn es gelingen sollte, einen Politikwechsel zu erreichen – ein notwendiges Element, um eine weitere Verschlechterung der Beschäftigungs-, sozialen sowie auch haushaltspolitischen Situation des Bundes, der Länder und der Kommunen zu verhindern, und erst recht, um Schritte zu ihrer Verbesserung gehen zu können.⁴

4 Heute, wo die Wahrscheinlichkeit einer länger anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation mit verhängnisvollen sozialen Folgen größer geworden ist, würde eine Forderung nach Wachstumsverzicht, den es, wenn auch unfreiwillig, 2002 real gab, noch mehr als unter normalen Bedingungen auf breites Unverständnis stoßen und zu politischer Isolierung führen.

Ein neuer Typ wirtschaftlicher Entwicklung

Vorstellungen für *längere Zeiträume* müßten darauf orientieren, einen *neuen Typ wirtschaftlicher Entwicklung* anzustreben, der in den Industrieländern ohne weiteres materiell-stoffliches Wachstum eine Verbesserung der *Lebensqualität*, die Verwirklichung des Rechts auf existenzsichernde Arbeit und soziale Sicherheit ermöglicht. Die Umstellungen auf diesen neuen Entwicklungspfad sind für die Produktions- und Lebensweise so tiefgreifend, daß sie bei günstigen Bedingungen – von denen wir weit entfernt sind – mehrere Jahrzehnte verlangen. In dieser »Transformationszeit« müssen zunächst die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit/Zukunftsfähigkeit konsequent umgestellt werden. Zugleich gilt es, auf dem neuen Entwicklungspfad so schnell wie möglich Fortschritte zu erzielen. Das heißt, die Länge der notwendigen Transformation darf nicht als Freibrief für

Verzögerungen aufgefaßt werden. Im Vordergrund stehen dabei die innovativen, strukturellen und Verhaltensänderungen, die notwendig sind, um je Einheit Wirtschaftsleistung bzw. je Nutzeinheit den Verbrauch von Naturressourcen sowie die Umweltbelastung durch Emissionen in den für eine nachhaltige Entwicklung notwendigen Dimensionen zu reduzieren. Ein erster Schritt müßte darin bestehen, die Ressourcenproduktivität mindestens in einem solchen Tempo zu erhöhen, wie die Wirtschaft wächst, das heißt, es müßte verhindert werden, daß der absolute Verbrauch an natürlichen Ressourcen weiter zunimmt.

Die ungezügelt Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion als eine Bewegungsform des kapitalistischen Verwertungsprozesses hat zu einer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und zu einer Belastung der natürlichen Umwelt geführt, welche die natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit zerstört. Notwendig ist deshalb eine beträchtliche *absolute* Reduzierung des Energie- und Stoffeinsatzes und der Umweltbelastungen. Über die Größenordnung der notwendigen Senkung des absoluten Verbrauchs an Rohstoffen und Energieträgern (nicht erneuerbarer Rohstoffe und fossiler Energieträger) bis Mitte dieses Jahrhunderts gibt es unter den Umweltexperten weitgehend Übereinstimmung: Weltweit auf rund die Hälfte und in den Industrieländern auf 20 bis 10 Prozent des gegenwärtigen Standes, um eine stärkere Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen durch die Länder der Dritten Welt zu ermöglichen.⁵ Um den absoluten Stoffverbrauch (nicht erneuerbarer Rohstoffe) in den Industrieländern in dieser Dimension zu reduzieren, müßte bei gleichbleibender Wirtschaftsleistung die entsprechende Stoff- oder Materialproduktivität auf das 5-10fache steigen. Bei einem jährlich durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von einem Prozent müßte diese Stoff- oder Materialproduktivität auf das 8-16fache und bei einem Wachstum von zwei Prozent auf das 13-27fache steigen. Das heißt, je Stoffeinheit müßte Mitte des nächsten Jahrhunderts im Vergleich zu heute die 13-27fache Wirtschaftsleistung erzielt werden.

5 Bund/Misereor: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel 1996, S. 80; Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9200, 12. Juni 2002, S. 385.

Tabelle 1:

Anforderungen zur Senkung des spezifischen Verbrauchs an Rohstoffen und fossilen Energieträgern bei Senkung des absoluten Verbrauchs auf 10% des gegenwärtigen Standes bis 2050

| Varianten jährlichen Wachstums in vH | BIP: Volumen 2050 gegenüber 2000=100 | Notwendige Senkung des spezif. Verbrauchs um vH | Steigerung der Rohstoff- und Energieproduktivität auf das ...fache (bei Senkung um 10 vH) | ... auf das ...fache (bei Senkung um 20vH) |
|--------------------------------------|--------------------------------------|---|---|--|
| -1,0 | 60 | 84 | 6 | 3 |
| 0,0 | 100 | 90 | 10 | 5 |
| 1,0 | 164 | 94 | 16 | 8 |
| 2,0 | 269 | 96 | 27 | 13 |
| 3,0 | 438 | 98 | 45 | 22 |

Quelle: Enquete-Kommission: Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Deutscher Bundestag: Drucksache 14/9200, Berlin 2002, S. 385 ff; J. H. Spangenberg: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, in: UTOPIE kreativ, Heft 136 (Februar 2002), S. 149 f.

6 »Wächst die Wirtschaft bis zum Jahre 2050 um durchschnittlich 2 Prozent jährlich, so ist das Reduktionsziel ein Faktor 27, bei 3 Prozent ein Faktor 45, und bis zum Ende des Jahrhunderts ein Faktor 200. ... Auch der größte Technikoptimist ist hier auf die Grenzen der Physik zurückverwiesen - über technische Lösungen allein wird sich eine Lösung des Problems nicht erzielen lassen. Langfristig wird sich also eine Beschränkung des Ressourcenverbrauchs in einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums niederschlagen, nicht durch den Versuch, das Wachstum zu steuern, sondern als indirekte Folge der Verbrauchsbeschränkungen. Kurz- und mittelfristig dagegen kann dieser Effekt durch technische wie soziale Innovationen überkompensiert werden.« (Joachim H. Spangenberg: Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 136, Februar 2002, S. 149 f.).

7 »Vor diesem Problemhintergrund hat die ökologisch fundierte Wachstumskritik, die für ein begrenztes Wachstum eintritt, an Gewicht gewonnen. Exponentielles Wirtschaftswachstum, also konstante Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum hinweg, ist demnach auch mit einer noch so »qualitativen« Ausrichtung nicht mit ökologischen Anforderungen vereinbar, die iredische Formel eines »nachhaltigen Wachstums« Illusion.« (Norbert Reuter: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 136, Februar 2002, S. 132).

Eine Reduzierung des spezifischen Verbrauchs an nicht erneuerbaren Rohstoffen auf 1/27 oder vier Prozent des jetzigen Niveaus liegt wohl aber außerhalb des auch bei größtem Optimismus real Vorstellbaren.⁶ Schon hieraus wird deutlich, daß es kein unendliches exponentielles Wirtschaftswachstum geben kann. Eine Unendlichkeit des Wachstums widerspricht auch der Endlichkeit der Natur.⁷

In der Transformationszeit zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung ohne bzw. mit stark eingeschränktem Wirtschaftswachstum kommt es darauf an, solche Bedingungen herauszubilden, daß in den Industrieländern eine Vollbeschäftigung neuer Art und eine höhere Lebensqualität grundsätzlich ohne ständig weiteres Wachstum der stofflichen Produktion erreicht werden können. Das setzt Innovationen und Veränderungen auf allen relevanten Politikfeldern voraus. Hierfür sind tiefgreifende Eingriffe in die vorherrschenden ökonomischen Strukturen, vor allem in die Eigentumsverhältnisse ebenso notwendig, wie darauf beruhende Veränderungen in den Verteilungsstrukturen der Vermögen und Einkommen, im gesamten System der Steuern und Abgaben sowie in der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zu den zu schaffenden Voraussetzungen gehören auch die Verkürzung der Arbeitszeit und Änderungen in der Arbeitszeitpolitik und damit verbunden in der Sozialpolitik sowie in der Regulierungsweise der Wirtschaft.⁸

Die Umweltproblematik wird, trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren, insgesamt durch ein zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen Wünschenswertem und Notwendigem auf der einen und der Realität auf der anderen Seite gekennzeichnet. Aufklärung zur Gewinnung von Mehrheiten und erhöhter außerparlamentarischer Druck sind notwendig, um durch Änderung der politischen Kräfteverhältnisse das jeweils Mögliche durchzusetzen und damit die Kluft zwischen Notwendigem und Realem zu verringern.

Weltwirtschaftliche und regionale Differenzierungen im Wirtschaftswachstum

Diese Problematik spielt eine besondere Rolle im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Polarisation. In einem linken Wirtschafts- und Umweltkonzept kommt der Verbesserung der Entwicklungschancen für die Länder der Dritten Welt ein herausragender Platz zu. Dabei geht es auch um die Schaffung von Bedingungen für ein *höheres* Wirtschaftswachstum, um adäquate Wege für eine Verringerung der Umweltbelastung und um eine bessere Nutzung der Wachstumsresultate zur Lösung der sozialen und ökologischen Probleme der Menschen in diesen Ländern.

Soll eine Verschärfung der globalen Umweltkrise verhindert werden, so setzt dies ein überdurchschnittliches Wachstum der Volkswirtschaften dieser Länder voraus, daß »Umwelttraum« bzw. Naturressourcen für sie durch höhere Einsparungen in den Industrieländern freigesetzt werden und daß sie nicht dem Umwelt zerstörerischen Wachstumstyp der Industrieländer folgen. Bei beiden Forderungen klappt eine riesige Kluft zwischen Anspruch und Realität. Diese Problematik wird auch in Europa bei der Überwindung der hohen Entwicklungsrückstände der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten eine Rolle spielen.

Für die Lösung dieser Probleme in der Dritten Welt kommt dem industrialisierten Norden eine hohe Verantwortung zu: *Erstens* müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um Umweltressourcen absolut einzusparen und dadurch diesen Ländern zu ermöglichen, ihren Anteil am Weltverbrauch natürlicher Ressourcen entscheidend zu erhöhen. *Zweitens* muß diesen Ländern eine größere und wirksamere technologische und finanzielle Unterstützung für eine stärker Ressourcen sparende Entwicklung gegeben werden. Schließlich liegt, *drittens*, ihre Verantwortung darin, durch eigenes Beispiel zu zeigen, wie umweltfreundliche Lösungen mit einer Erhöhung des ökonomischen Entwicklungsniveaus verbunden werden können. In dem Maße, wie dies erreicht wird, erhält der Satz von Karl Marx: »Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft«⁹ eine neue, in eine zukunfts-fähige Perspektive weisende Aussage.

Tabelle 2:

Wirtschaftswachstum, Bevölkerungswachstum und Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen in Ländern der Dritten Welt in den 80er Jahren (vH/Jahr)

| Ländergruppen | Bevölkerungswachstum | Wirtschaftswachstum | Einkommenswachstum |
|---|----------------------|---------------------|--------------------|
| 19 Länder mit langsamem Bevölkerungswachstum | 1,34 | 4,30 | 2,09 |
| 20 Länder mit durchschnittlichem Bevölkerungswachstum | 2,29 | 2,31 | 0,02 |
| 20 Länder mit raschem Bevölkerungswachstum | 2,75 | 2,01 | -0,72 |
| 19 Länder mit sehr raschem Bevölkerungswachstum | 3,42 | 2,22 | -1,16 |

Quelle: Enquete-Kommission, a. a. O., S. 408.

Aber auch in den Industrieländern kommt der Verringerung tiefer regionaler Disparitäten durch ein regional differenziertes Wirtschaftswachstum eine wichtige Bedeutung zu. Dies trifft unter anderem für den Abbau der großen Klüfte zwischen Ost- und Westdeutschland zu, insbesondere beim BIP je Einwohner, bei der Arbeitslosigkeit und bei den Einkommen.

Quantitative, qualitative und strukturelle Aspekte des Wirtschaftswachstums

Der differenzierten Untersuchung und Wertung der quantitativen, qualitativen sowie strukturellen Aspekte des Wirtschaftswachstums sowie der Ausarbeitung entsprechender Konsequenzen kommt gerade im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit erhöhte Bedeutung zu. In den Diskussionen um die Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit spiegelt sich diese Problematik jedoch nur unzureichend wider.¹⁰

8 »... daß die Lösung ökologischer, sozialer, arbeitsmarkt- und verteilungsbedingter Probleme nicht auf eine Zukunft mit (wieder) höheren Wachstumsraten vertagt werden darf, sondern unter den gegenwärtigen Bedingungen angegangen werden muß. Hiermit verbunden ist eine Stärkung solcher wirtschaftspolitischer Konzepte, die die primäre Lösung nicht in der Verteilung (ohnehin ausbleibender) höherer Wachstumsgewinne in der Zukunft, sondern in der besseren Verteilung des *gegenwärtig* erzeugten Sozialprodukts und des *gegenwärtig* vorhandenen Arbeitsvolumens sehen.« (Norbert Reuter: Die Wachstumsoption ... , a. a. O., S. 143).

9 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 12.

10 Im DIW Wochenbericht *Zentrale Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der kommenden Legislaturperiode* heißt es zum Beispiel: »Die zentrale Aufgabe in den kommenden vier Jahren ist es, die Voraussetzungen für einen steileren Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft zu schaffen.« (DIW: Wochenbericht 39/2002).

Für die Beantwortung der Frage, wie Wirtschaftswachstum mit dem sozial-ökologischen Umbau zu vereinbaren sei, spielt jedoch die *Qualität des Wachstums* eine entscheidende Rolle. Die verschiedenen Wachstumsprozesse – die zugrunde liegenden Technologien sowie die Produkte und Dienstleistungen, die Träger des Wachstums sind – unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die natürliche Umwelt erheblich voneinander. Die Unterschiede beziehen sich sowohl auf das Ausmaß des Naturverbrauchs je Produktionseinheit als auch auf die Belastung der Natur durch Produktions- und Konsumtionsabfälle. Im Vordergrund stehen solche Technologie- und Produktinnovationen, die die Umweltbelastung je Bedürfnisseinheit minimieren. Nicht jedes Wachstum beeinträchtigt die natürliche Umwelt. Die Erweiterung der Tätigkeiten für den Umweltschutz und auch für die Reparatur von Umweltschäden wirkt sich als Erhöhung des Wachstums aus und trägt zugleich zur Verbesserung der Umweltbedingungen bei. Dabei gibt es auch bei umweltorientierten Tätigkeiten prinzipielle Wirkungsunterschiede, insbesondere zwischen nachsorgenden, reparierenden, *end-of-the-pipe*-Prozessen auf der einen, und vorsorgenden, in die jeweiligen Produktionen integrierten Kreislaufprozessen auf der anderen Seite.

Die Beziehungen zwischen quantitativem Zuwachs und qualitativer Entwicklung müssen sich grundlegend zugunsten letzterer verschieben. Dies betrifft sowohl die Produktionsresultate als auch die Produktionsbedingungen. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist die Entfaltung und Nutzung des schöpferischen Potentials von Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Bei den Wegen zur Erhöhung der Effizienz muß gewissermaßen ein Stellenwechsel der beiden grundlegenden Elemente des Produktionsprozesses – Arbeit sowie Stoff und Energie – erfolgen. Anstelle des bisher im Vordergrund stehenden höchstmöglichen Stoffeinsatzes je Zeiteinheit als Ausdruck steigender Produktivität tritt die Ökonomie des Vermeidens von Stoff- und Energieverbrauch als entscheidendes Kriterium der Effizienz nachhaltigen Wirtschaftens. Die bisherige Tendenz der gegenläufigen Entwicklung von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit – ständige Einsparung und Freisetzung von Arbeit auf der einen und steigender Einsatz von Rohstoffen und Energie auf der anderen Seite – ist umzukehren. Das müßte sich in einer höheren »Arbeitshaltigkeit der Stoffströme« (Haustein) niederschlagen. Damit gilt es, die Umweltbelastungen der Produktion zu senken und zugleich die Wirkungen des Wachstums auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen.

Eng mit der Wachstumsqualität verbunden ist die strukturelle Entwicklung der Produktion. Gerade hier wird deutlich, daß es nicht nur und auch nicht in erster Linie um Zuwachsgrößen, sondern um die *gesamte* Produktion geht, um strukturelle Veränderungen auch der (mengenmäßig) einfachen Reproduktion. Die Beziehungen zwischen Wachstumsprozessen und Strukturveränderungen wesentlich intensiver zu gestalten und auch weit konsequenter auf Nachhaltigkeitskriterien zu richten, verlangt u. a.:

- ein stärker auf den Binnenmarkt und nicht einseitig auf den Export orientiertes Wachstum,
- die Verstärkung regionaler Wirtschaftsverflechtungen und -kreisläufe zur Reduzierung unnötiger Transporte,

- die weitere Verschiebung der volkswirtschaftlichen Strukturen zugunsten qualifizierter und wertschöpfungsintensiver sozio-kultureller sowie wissensbasierter Dienstleistungen,
- einen Paradigmenwechsel in Forschung und Entwicklung und davon ausgehend in den Innovationen von der Arbeitersparnis auf die Einsparung von Energie und Rohstoffen sowie auf die Substitution nicht erneuerbarer durch erneuerbare Energieträger und Rohstoffe, von der ständigen Erweiterung der Produktion auf die Erfordernisse einer Ökonomie des Vermeidens, von der Entwicklung ›linearer‹ Produktionssysteme und dem nachsorgenden Umweltschutz auf die vorrangige Herausbildung einer Kreislaufwirtschaft und einer vorsorgenden Umwelterhaltung.

Beziehungen zwischen Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit

Diese Beziehungen betreffen eine für die gegenwärtigen politischen und sozialen Auseinandersetzungen zentrale Problematik. Es stehen sich zwei Auffassungen gegenüber: Zum einen die Vorstellung, daß Massenarbeitslosigkeit auf dem Wege eines höheren Wirtschaftswachstums überwunden werden könnte, daß Wachstum der Hauptweg für Vollbeschäftigung sei. Andererseits, daß eine erfolgreiche Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unter den gegenwärtigen ökonomischen und politischen Verhältnissen auch ohne Wirtschaftswachstum möglich sei.¹¹ Ich halte beide Auffassungen für vereinfachend und unrealistisch; beide stehen sie einer erfolgreichen Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit entgegen.¹²

Die Wachstumsschwelle für einen Arbeitsplatzzuwachs, das heißt, die Zuwachsrate des BIP, ab der überhaupt erst neue Arbeitsplätze entstehen, ist zwar von 2,6 Prozent in den 70er Jahren auf 2,1 Prozent in der Zeit danach zurückgegangen. Die Wachstumsrate des BIP lag aber in den 70er Jahren über der Schwelle von 2,6 Prozent, so daß die Anzahl der Erwerbstätigen um 400 000 zunahm, während sie von 1991 bis 1998 unter der Schwelle von 2,1 Prozent lag, woraus ein Rückgang um fast eine Million resultierte. In den Jahren 1999 und 2000 erhöhte sich die Anzahl der Erwerbstätigen um etwas mehr als eine Million. Der Grund: Während das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP in den Jahren 1992 bis 1998 bei 1,4 Prozent lag, betrug es im Durchschnitt der Jahre 1999 und 2000 2,4 Prozent.

Eine starke Kopplung zwischen Wachstum und Beschäftigungszuwachs bestand in den fünfziger und sechziger Jahren. In den fünfziger Jahren nahm bei einem hohen Wachstum von jährlich durchschnittlich rund 8 Prozent die Anzahl der Erwerbstätigen um 5 Millionen zu, die Arbeitslosenquote ging von 8,1 Prozent 1950 auf 1,0 Prozent 1960 zurück. In den Jahren von 1960 bis 1970 gab es ebenfalls ein hohes Wachstum von durchschnittlich 4 bis 5 Prozent jährlich, die Anzahl der Erwerbstätigen stieg um ca. eine halbe Million. Die Anzahl der Arbeitslosen lag in diesem Zeitraum mit Ausnahme der Jahre 1967 und 1968 unter 300 000.¹³ Die Zahl der offenen Stellen lag in all diesen Jahren über der Anzahl der Arbeitslosen.

11 In den von der Ökologischen Plattform bei der PDS vorgelegten Thesen für einen gemeinsamen Workshop mit der AG Wirtschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS von September 2002 heißt es: »Das Wirtschaftswachstum der BRD ist schon seit Jahrzehnten von der Entwicklung der Beschäftigten abgekoppelt, oder genauer gesagt: Wachstum bedeutet tendenzielles Steigen der Arbeitslosenrate, da es mit Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht wird.«

12 Seit der Krise 1974/75 hat das Wachstum immer weniger den Abbau von Arbeitsplätzen und das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhindert. Im früheren Bundesgebiet stieg die Arbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre bis heute auf fast das Fünffache an, obgleich das reale BIP in diesem Zeitraum um rund 70 Prozent zugenommen hat.

13 Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997, Statistische Reihen, Dresdner Bank 1998.

Tabelle 3:

**Wachstumsrelationen, Produktivität und Veränderung
der Zahl der Erwerbstätigen**

| Zeitraum | Wachstum BIP in vH | Wachstum Produktivität in vH | Zunahme/Abnahme der Erwerbstätigenzahl (in Millionen) |
|-----------|-----------------------|------------------------------------|---|
| 1971:1961 | 152,0 | 150,0 | 0,24 |
| 1981:1971 | 127,0 | 125,0 | 0,28 |
| 1991:1981 | 131,0 | 121,0 | 2,20 |
| 2001:1991 | 115,7 | 114,8 | 0,32 |
| 1998:1991 | 109,6 | 112,1 | -0,90 |
| 2001:1998 | 105,5 | 102,4 | 1,20 |

Quelle: Die Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1997, Dresdner Bank 1998; eigene Berechnungen.

Hieran wird deutlich: Das Wachstum des BIP bestimmt nicht direkt die Veränderung der Anzahl der Arbeitsplätze, seine Wirkungen werden vermittelt durch die Produktivitätssteigerung (je Stunde) und die Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Beschäftigten. Je höher die Produktivitätssteigerung, desto geringer die Beschäftigungseffekte bzw. desto höher die »Feisetzungseffekte«. Bei der Arbeitszeitverkürzung sind die Wirkungen entgegengesetzt. Je höher sie ist, desto größer sind bei gegebenem Wachstum des BIP und der Produktivität die Beschäftigungseffekte. Ein forciertes Wachstum kann mithin nicht mehr der Hauptweg sein, um die Massenarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Durchschnittliche Wachstumsraten von über drei Prozent sind unter den gegenwärtigen Bedingungen ökonomisch unrealistisch und ökologisch problematisch. Es wäre aber verfehlt, hieraus abzuleiten, daß das Wachstum für das Ausmaß der Arbeitslosigkeit belanglos sei. Bei einem Wachstum, das um ein Prozent unter der volkswirtschaftlichen Produktivitätssteigerung liegt, tritt in Deutschland – bei Annahme sonst gleicher Bedingungen – ein Verlust von rund 350 000 Arbeitsplätzen ein, ebenso, wie bei einem Wachstum von einem Prozent über dem Produktivitätszuwachs theoretisch dieselbe Anzahl neuer Arbeitsplätze entsteht. Daraus ergibt sich gegenwärtig, insbesondere für Ostdeutschland, die Konsequenz, kurz- und mittelfristig eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine höhere wirtschaftliche Dynamik anzustreben. Dies müßte aber verbunden werden mit einer stärkeren Orientierung auf die qualitativen Aspekte des Wachstums, auf eine umweltfreundliche Strukturentwicklung und auf die vorrangige Entwicklung solcher Produktions- und Dienstleistungskomplexe, die sich durch eine hohe »Arbeitshaltigkeit« auszeichnen, in denen der Arbeitsplatzeffekt bei der Ausweitung der Maßstäbe der Wirtschaftstätigkeit über dem Durchschnitt liegt. Es kommt darauf an, das zukünftige Wirtschaftswachstum wesentlich enger mit dem sozial-ökologischen Umbau zu verbinden. Zugleich müßten Aufgaben zur weiteren Arbeitszeitverkürzung in den Vordergrund treten.

Soziale Wirkungen des Wachstums

Die sozialen Wirkungen des Wachstums werden entscheidend von der Verteilung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit bestimmt. Die

weitere Verschärfung der Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme ist Resultat vor allem zweier Prozesse, der zunehmenden Schiefheit in der Verteilung – Steuergeschenke an Unternehmen und Vermögende, geringe Zunahme der Masseneinkommen – und der Stagnation im Wirtschaftswachstum.¹⁴

Die ökologischen Wirkungen des Wachstums werden insbesondere vom qualitativen und strukturellen Gehalt desselben bestimmt. Die sozialen Wirkungen hängen hingegen vor allem von der Verteilung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit ab, von der Primärverteilung als Arbeitseinkommen bzw. Gewinn- und Kapitaleinkommen und von deren Umverteilung über Steuern und Abgaben und den Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Dabei kommt der Entwicklung der Masseneinkommen¹⁵ eine besondere Bedeutung zu¹⁶.

Die Masseneinkommen stiegen von 1995 bis 2001 unter Berücksichtigung der höheren Anzahl von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern nominal zwar um 15 Prozent, preisbereinigt stagnierten sie jedoch (Zunahme um 1 Prozent). In diesem Zeitraum nahm das reale BIP um 10 Prozent zu. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen wurde entscheidend durch die Verschiebung in den Steuerlasten zum Nachteil der abhängig Beschäftigten beeinflusst.

Infolgedessen gingen von den Masseneinkommen nur schwache Impulse für die Stärkung des Binnenmarktes aus. In der Zeit von 1993 bis 2000 blieben die Löhne weit hinter den Marken zurück, die durch den verteilungsneutralen Spielraum (gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung plus Inflationsrate) bestimmt werden. Von 1996 bis 2001 wurde dieser Spielraum durch Lohnerhöhungen nur in einem Jahr ausgeschöpft, in fünf Jahren lagen die Lohnerhöhungen mehr oder weniger beträchtlich – um 0,9 bis 2,5 Prozentpunkte je Jahr und um 7 Prozentpunkte insgesamt – darunter.¹⁷ Das chronische Zurückbleiben des Binnenmarktes gegenüber dem Export verlangt eine Stärkung der Binnenkaufkraft durch höhere Masseneinkommen und höhere öffentliche Investitionen, die seit 1993 um rund 20 Prozent zurückgegangen sind. Der Exportüberschuß ist hingegen von 1991: 11,2 Mrd. €, 1995: 43,6 Mrd. €, bis 2001 auf 94 Mrd. € angestiegen.¹⁸

Ein linkes Politikkonzept darf natürlich nicht bei der Forderung nach höheren Masseneinkommen stehen bleiben. Es ist notwendig, eine solche Forderung durch spezifische Ziele zu untersetzen, die sich aus den Erfordernissen des sozial-ökologischen Umbaus ergeben:

- Einführung eines gesetzlichen oder tariflichen Mindestlohns, der Armut in der Arbeit verhindert, vorrangige Erhöhung der niedrigen Löhne, gegen weitere »Lohnspreizung« und Ausdehnung des Niedriglohnssektors;

- Stärkere Orientierung auf eine mit den Erfordernissen des ökologischen Umbaus in Übereinstimmung stehende Verwendungsstruktur der Haushaltsausgaben, unter anderem für bessere und von allen nutzbare Bildungsangebote, kulturelle Leistungen und sportliche Betätigungsmöglichkeiten sowie für eine höhere Attraktivität der Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs. Gleichzeitig sind größere Anstrengungen notwendig, damit umweltschädliche Konsummuster bei Einkommenserhöhungen nicht noch weiter ausgedehnt, sondern eher eingeschränkt werden.

14 »Und natürlich ist eine stetige Wirtschaftsentwicklung auch der wichtigste Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Bleibt das Wachstum aus, würden alle noch so gut durchdachten Reformansätze zwangsläufig ins Leere laufen.« (Peter Bofinger/Heiner Flassbeck: Das Risiko einer Deflation ..., a. a. O.).

15 Zu den Masseneinkommen gehören die Arbeitseinkommen (Nettolöhne und -gehälter) und die empfangenen monetären Sozialleistungen.

16 Sie wird insbesondere von folgenden Faktoren beeinflusst: (1) der Entwicklung der Löhne und Gehälter im Verhältnis zu den Gewinnen und den Vermögenseinkommen, der Lohn- bzw. Gewinnquoten, (2) der Belastung dieser Einkommen durch Steuern und Abgaben, (3) der Gesamteinnahmen und der Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte, der Staatsquote, (4) der Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte, (5) der Preisentwicklung für die Elemente des Konsums.

17 Ver.di: Tarifbewegung 2002. Höhere Einkommen, Mehr Gerechtigkeit, Mehr Kaufkraft, Mehr Arbeitsplätze, Berlin 2002, S. 9.

18 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2001/2002, Stuttgart 2001, Tabelle 24*.

19 Zu folgenden Fragen müßte der Meinungsaustausch fortgeführt werden:

- Kann unter den Bedingungen der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft der sozial-ökologische Umbau so voran gebracht werden, daß die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend mit den Grunderfordernissen der Nachhaltigkeit in Übereinstimmung gebracht wird? Wie kann das erfolgen und welche Aufgaben sind dabei zu lösen? Hierbei geht es um eine breite Palette, die von Veränderungen in der Verteilung der Einkommen und des Reichtums über einen neuen Mix von Markt und gesellschaftlicher Regulierung, einer koordinierten EU und zunehmend auch globalen Umweltpolitik bis zu Fragen der Gestaltung einer sozial gerechten und zukunftsorientierten Ökosteuer und der Nutzung anderer ökonomischer Instrumente zur Internalisierung der Umweltkosten reicht.
- Können unter den Bedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft Ausmaß, Qualität, Struktur und soziale Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung so beeinflusst werden, daß in den Industrieländern langfristig gesellschaftlicher Fortschritt und eine Verbesserung der Lebensqualität ohne ständige Vergrößerung des materiellen Produktionsausstoßes erreicht werden können? Welche Voraussetzungen sind hierfür zu schaffen?
- Wie kann die schreiende Ungerechtigkeit bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen zwischen Nord und Süd eingeschränkt und schließlich überwunden werden?

Einige Schlußfolgerungen

Die Schwierigkeit, ein linkes, alternatives Konzept zum Wirtschaftswachstum auszuarbeiten, ergibt sich insbesondere daraus, daß sozialistische Politikvorstellungen und eine sozialistische Programmatik recht unterschiedliche Anforderungen an das Wachstum stellen.¹⁹ Diese sind einerseits untereinander verflochten und bedingen sich gegenseitig. Sie stehen aber andererseits auch im Widerspruch zueinander. Die verschiedenen Anforderungen an das Wachstum könnten wie folgt charakterisiert werden: *Erstens* geht es um Vorschläge und Vorstellungen, wie die gegenwärtigen Tendenzen wirtschaftlicher Stagnation, die die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und einen wirtschaftlichen Aufschwung Ostdeutschlands erschweren, überwunden werden können. *Zweitens* kommt es darauf an, schrittweise Voraussetzungen für einen neuen, zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungstyp zu schaffen. *Drittens* gilt für beide Aufgaben, daß sie sich wesentlich von der gegenwärtigen Art des Wirtschaftswachstums mit seiner hohen Umweltbelastung und seinen unzureichenden Wirkungen auf Arbeitsplätze und die Befriedigung sozio-kultureller Bedürfnisse unterscheiden müssen. Das bedeutet, im Vordergrund eines linken alternativen Wachstumskonzepts muß der sozial-ökologische Umbau mit einem hohen Niveau reproduzierbarer umweltpolitischer Effekte und starken positiven Wirkungen auf Beschäftigung, soziale Sicherheit und soziale Gleichheit stehen.

Zwischen Wirtschaftswachstum und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit bestehen enge Verflechtungen und gegenseitige Abhängigkeiten, die sowohl gegenseitige Stimulierungen und positive Effekte als auch Widersprüche, Konflikte, Hemmnisse und Blockierungen enthalten. Eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die auf die höchste Kapitalverwertung gerichtet ist und bei der auf gesellschaftliche Regulierung und Gestaltung der notwendigen sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen zunehmend verzichtet wird, führt zur Verschärfung der Widersprüche und Hemmnisse. Sozialistische Wirtschaftspolitik muß darauf gerichtet sein, die stimulierenden, positiven Seiten in diesen Beziehungen zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit zu stärken und die hemmenden Wirkungen, die die notwendige sozial-ökologische Umgestaltung blockieren, zurückzudrängen.²⁰

Die kapitaldominierte Gesellschaft verhält sich zu den beiden Hauptquellen des Reichtums, der Arbeit und den natürlichen Ressourcen, genau entgegengesetzt zu deren Reproduktionsfähigkeit und Verfügbarkeit. Dadurch verschärft sich der Widerspruch zwischen der Art und Weise des wirtschaftlichen Wachstums und den Erfordernissen einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Entwicklung. Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Inanspruchnahme und Belastung der Naturressourcen reicht nicht mehr aus. Eine reale, reproduzierbare und damit dauerhafte Entkopplung wäre zwar ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einer nachhaltigen Entwicklung. Notwendig ist jedoch eine beträchtliche *absolute* Reduzierung des Energie- und Stoffeinsatzes und der Umweltbelastungen. Dabei geht es nicht primär um die Genauigkeit der Einschätzungen zur notwendigen Senkung des Energie- und Roh-

stoffeinsatzes sowie der CO₂ und anderen schädlichen Emissionen, die sowieso gegenwärtig nicht überprüft werden können. Es geht um die Richtung, in der der absolute Verbrauch an natürlichen, nicht reproduzierbaren Ressourcen und die Belastung der »Senken« verändert werden muß und darum, daß der Zeitraum, in dem eine beträchtliche absolute Reduktion erreicht werden muß, nicht beliebig verlängert werden kann. Vielmehr gilt: Je länger diese Umorientierung dauert, desto radikaler und tiefer müssen die Einschnitte sein.

Tabelle 4:

Eckwerte der Konjunktur für Deutschland (in Prozent)

| | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 |
|-------------------|------|------|------|------|------|
| BIP real | 2,0 | 2,9 | 0,6 | 0,5 | 1,0 |
| Erwerbstätigkeit | 1,2 | 1,8 | 0,4 | -0,5 | -0,3 |
| Arbeitslosenquote | 9,7 | 9,1 | 9,0 | 9,5 | 10,0 |
| Verbraucherpreise | 0,6 | 1,9 | 2,5 | 1,5 | 1,5 |
| Außenbeitrag | 0,8 | 0,4 | 1,9 | 3,8 | 4,3 |

Veränderung gegenüber Vorjahr, 2002 und 2003: Prognose.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, *iwd* 1/2003, S. 1.

Wirtschaftswachstum führt nicht aus sich heraus zu mehr Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung oder zu zusätzlichen Einnahmen der öffentlichen Haushalte für die Lösung sozialer und ökologischer Aufgaben. Wachstum schafft jedoch wichtige Bedingungen und günstigere Voraussetzungen hierfür. Es ist von der Politik, dabei insbesondere von der Steuer- und Haushaltspolitik, abhängig, ob und inwieweit diese für die Schaffung von existenzsichernden Arbeitsplätzen, die Erhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats und auch für eine vernünftige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte genutzt werden.

Es sind natürlich zwei ganz verschiedene Probleme, die Zielstellungen und Aufgaben für eine neue Art der wirtschaftlichen Entwicklung auszuarbeiten, die den Erfordernissen sozial-ökologischer Nachhaltigkeit entsprechen und zu erreichen, daß diese umgesetzt werden. Es gibt keine Lösungen, die völlig befriedigen und die die real vorhandenen Konflikte zwischen den verteilungs-, beschäftigungs-, umwelt- und entwicklungspolitischen Forderungen und dem Wachstum aufheben können.

20 Bei der Bewertung des Wachstums und der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit muß beachtet werden, daß die *Konflikte zwischen Wachstum und Umwelt im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts eine neue Qualität und Dimension erreicht haben*. Die ungezügelte Ausdehnung der Maßstäbe der Produktion hat zu einer Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und zu einer Belastung der natürlichen Umwelt geführt, die die natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit zerstört und ihre dauerhafte Sicherung gefährdet.

MARGARETA STEINRÜCKE,

KERSTIN JÜRGENS

Die Verfügung über die eigene Zeit ist das Maß der Freiheit – Utopien in Arbeit und Familie

Oskar Negt hat sein wunderbares Buch über die politischen und kulturellen Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit* mit einem Zitat aus Michael Endes *Momo* enden lassen. Wir wollen unsere Überlegungen mit einem Zitat aus *Momo* beginnen, und zwar der Stelle, wo Momo den Kampf um die gestohlene Zeit gewonnen hat:

»Und in der großen Stadt sah man, was man seit langem nicht mehr gesehen hatte: Kinder spielten mitten auf der Straße, und die Autofahrer, die warten mußten, guckten lächelnd zu, und manche stiegen aus und spielten einfach mit. Überall standen Leute, plauderten freundlich miteinander und erkundigten sich ausführlich nach dem gegenseitigen Wohlergehen. Wer zur Arbeit ging, hatte Zeit, die Blumen im Fenster zu bewundern oder einen Vogel zu füttern. Und die Ärzte hatten Zeit, sich jedem ihrer Patienten ausführlich zu widmen. Die Arbeiter konnten ruhig und mit Liebe zur Sache arbeiten, denn es kam nicht mehr darauf an, möglichst viel in möglichst kurzer Zeit fertig zu bringen. Jeder konnte sich zu Allem so viel Zeit nehmen, wie er brauchte und haben wollte, denn von nun an war ja wieder genug davon da.«⁰

Hier wird mit literarischen Mitteln ein sehr konkret-utopisches, das heißt unter gegebenen Bedingungen realisierbares, Bild vom befreiten Umgang mit der Zeit gemalt. Zunächst an literarische statt an wissenschaftliche Vorlagen anzuknüpfen, scheint uns der Sache durchaus angemessen. Wie wir von Christoph Spehr gehört haben, hat die Literatur, insbesondere die Science-fiction-Literatur, derzeit unvergleichlich viel mehr an konkreter Gesellschaftsutopie zu bieten als die Gesellschaftstheorie. In der zitierten Stelle scheinen zwei Momente auf, die für konkrete Zeitutopien heute konstitutiv sind:

1. Die *Zeitmenge*: Es gibt genug Zeit – Zeit zum verweilen, Zeit zum warten, Zeit zum spielen, Zeit zum zuhören, Zeit zum arbeiten;
2. der *Zeitrythmus*: Jede/Jeder kann Jegliches in dem Rhythmus, in der Geschwindigkeit oder Langsamkeit, in dem Tempo tun, das ihr/ihm und der jeweiligen Sache angemessen ist.

Beides zusammen ergibt Zeit in dem von Marx emphatisch gebrauchten Sinne von *Zeit als Raum menschlicher Entwicklung*. Aber, obwohl wir dank den Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahrzehnte an sich mehr Zeit in diesem Sinne haben müßten denn je, leidet eine große Zahl von Menschen unter mehr *Zeitnot* denn je:

– aufgrund von *Verdichtung der Arbeit* – die am häufigsten, und zwar quer durch alle Berufsgruppen genannte zentrale Veränderung der Erwerbsarbeit in den letzten Jahren;

Margareta Steinrücke – Jg. 1953; Studium der Soziologie, Pädagogik, Psychologie und Philosophie in Frankfurt/Main und Köln. Danach langjährig tätig am Institut zur Erforschung sozialer Chancen in Köln (ISO), seit 1992 Referentin für Frauenforschung der Arbeitnehmerkammer Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Klasse und Geschlecht, Neuverteilung von Arbeit, Interessenvertretung. Wichtige Veröffentlichungen: *Generationen im Betrieb* (1986); *Klasse und Geschlecht* (zus. mit Petra Frerichs) in *Klasse, Geschlecht, Kultur* (1999); Hrsg. der Schriften zu Politik & Kultur von Pierre Bourdieu beim VSA-Verlag.

- bei einem großen Teil der Erwerbstätigen aufgrund von *faktischer Arbeitszeitverlängerung* (trotz Arbeitszeitverkürzung) in Gestalt von Überstundenbergen spezialisierter Facharbeiter, überquellenden Arbeitszeitkonten, auf denen die Plusstunden verfallen, »Arbeiten ohne Ende« bei hoch qualifizierten Angestellten in sogenannter »Vertrauensarbeitszeit«;
- aufgrund von *Flexibilisierung der Arbeit* und dem damit entstehenden Koordinierungsaufwand im Alltag, einschließlich der dem Bio- und Sozialrhythmus widersprechenden und die formal vorhandene freie Zeit ungenießbar machenden Ausweitung von Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit;
- aufgrund der Tatsache, daß durch die Unendlichkeit der Wahlmöglichkeiten bzw. des Wahlzwangs inzwischen auch *Konsum und Freizeitbetätigung in zeitaufwendige Arbeit* ausarten;
- aufgrund der relativen *Unkoordiniertheit* der verschiedenen Zeittaktgeber Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung, Schule, Einkaufen, Ämter, Praxen, Vereine, Freizeiteinrichtungen etc.¹

Aufgrund dieser Entwicklungen leiden die einen, überwiegend Berufstätige, unter permanentem Zeitmangel, einem Zuwenig an frei verfügbarer Zeit, was sich in dem derzeit vermutlich verbreitetsten Alltagstopos: »ich bin im Streß« oder »ich hab' keine Zeit« ausdrückt.² Gleichzeitig leiden andere, insbesondere arbeitslos gewordene, häufig an einem Zuviel an Zeit, die leere, tote Zeit bleibt; die nicht sinnvoll gefüllt werden kann, weil sie aus dem gesellschaftlichen Anerkennungs-zusammenhang herausfällt, der hierzulande nach wie vor überwiegend durch die Beteiligung an Erwerbsarbeit definiert ist, und weil nur wenige Menschen über die Möglichkeit verfügen, sich andere Anerkennungsquellen zu verschaffen.

Darüber hinaus gibt es noch eine dritte Variante von Zeitnot. Sie besteht darin, daß eine große Zahl von Menschen, vor allem Hochqualifizierte, die in ihrer Berufsarbeit durchaus auch Erfüllung finden, den Zwang zur Ökonomisierung von Zeit derart verinnerlicht haben, daß sie Schwierigkeiten haben, mit freier Zeit etwas Vernünftiges anzufangen, weil das Gefühl des *inneren Getriebenseins*, des Nicht-Innehalten-Könnens, sie nicht mehr verläßt.

Diese Formen von Zeitnot existieren nicht einfach objektiv. Die Menschen leiden an ihnen.³ Gleichzeitig bildet dieses *Leiden* aber auch den *Rohstoff*, aus dem die *Träume* sind: die Träume von Zeitfülle (die Redeweise vom »Zeitwohlstand« als Pendant des materiellen Wohlstands ist ein Indiz dafür), von *Eigenzeit*, Zeit für sich, von sinnvoller Arbeit, vom Abschalten können, vom ganz im Hier und Jetzt sein, vom Zeit haben für all das, was man immer schon einmal tun wollte, sei es endlich mal ein Buch am Stück lesen oder malen, ausgiebig reisen oder einfach Zeit haben für Kinder, Mann oder Frau, für Freunde.

Indizien

Eine Vielzahl von Indizien in der Entwicklung der Arbeitszeit – wie der Alltagsgestaltung der letzten Jahre – deutet auf die Virulenz und teilweise auch bereits Realitätsmacht dieser Träume hin:

- Außer dem Diskurs um Zeitwohlstand ist es vor allem der Wunsch nach *Zeitsouveränität*, nach Nutzung der erwerbsarbeits-

Kerstin Jürgens – Jg. 1970; Dr. phil., wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Arbeit, Familie, Geschlechterverhältnisse, Zeit. Letzte Veröffentlichung: Die Janusköpfigkeit der Arbeitszeitflexibilisierung, in: Claussen, D. et al. (Hrsg.), Hannoverische Schriften 5, Frankfurt a. M. 2002.

0 Michael Ende: Momo oder die seltsame Geschichte von den Zeitdieben und von dem Kind, das den Menschen die gestohlene Zeit zurückbrachte, Stuttgart 1973, S. 266 f.

1 Mütter schulpflichtiger Kinder sind hierunter die Hauptleidtragenden; Helga Krüger hat sie einmal sehr treffend die »Transportbänder der Nation« (2000) genannt.

2 Streß ist in den letzten Jahren zur häufigsten psychisch-sozialen Belastung am Arbeitsplatz geworden; neuesten Untersuchungen der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2002) zufolge leidet ein Drittel aller Beschäftigten unter Streß.

3 Eine Vielzahl physischer, psychischer und sozialer Symptome, angefangen bei der Zunahme von Magen- und Herz-Kreislauf-erkrankungen, Schlafstörungen, Nervosität über den zunehmenden Gebrauch von Beruhigungs- und Aufputschmitteln und Alkoholumismus, über Mobbing und zunehmend beklagte häusliche Absenz und Unzuverlässigkeit von Lebenspartnern/innen bis hin zu Rückzug und Vereinsamung aufgrund von sozialer Scham oder Inkompatibilität der Arbeitszeiten mit den Zeiten organisierter Geselligkeit weisen darauf hin.

4 Das was Beamte immer schon konnten (bis zu 9 Jahre), sich beurlauben lassen zu Zwecken der Kinderbetreuung, der Weiterbildung, der Forschung, langer Reisen, wird zunehmend auch von anderen Beschäftigten nachgefragt und genutzt, insbesondere Hochqualifizierten, die ihre Mehrarbeit besser am Stück als täglich oder wöchentlich in Freizeit ausgleichen können.

5 Der von Birgit Pfau-Effinger (1994) sogenannten »modernisierten Versorger-ehe« mit einem vollzeiterwerbstätigen Mann und einer teilzeiterwerbstätigen und in der restlichen Zeit sich um Haushalt und Kinder kümmernden Frau.

6 Vgl. Heiner Stück: Im Wandel der Zeit. Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche von Angestellten, Hamburg 1999, S. 145.

7 In vielen Großunternehmen mit einer modernen Personalpolitik werden inzwischen Maßnahmen zur sogenannten »work-life-balance« praktiziert, die von familienfreundlichen

freien Zeit nach eigenen Bedürfnissen und Rhythmen, der sich in unendlich vielen alltäglichen Arbeitszeitkonflikten um die Lage der individuellen Arbeitszeit manifestiert und in vielen Betriebs- und Dienstvereinbarungen zur Arbeitszeitgestaltung (zu Gleitzeit, Arbeitszeitkonten, individueller Arbeitszeitverkürzung etc.) seinen Niederschlag gefunden hat.

– Die zunehmende Bedeutung von *Sabbaticals*, das heißt blockweisen Freizeiten zwischen ein paar Wochen bis zu ein paar Jahren.⁴

– Die enorme Zunahme von freiwilliger Teilzeitarbeit. Bei aller berechtigten Kritik an der Nicht-Existenzsicherung durch die meisten Teilzeitarbeitsverhältnisse, an der erzwungenen Freiwilligkeit der zu 83 % von Frauen ausgeübten Teilzeitarbeit durch die spezifisch westdeutschen nur halbtägigen Kinderbetreuungs- und Schulzeiten und an der Fortschreibung traditioneller Geschlechterschemata⁵ durch Teilzeitarbeit können wir nicht ignorieren, daß es immer mehr Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen gibt als angeboten werden, daß die Übereinstimmung von Arbeitszeitwunsch und tatsächlicher Arbeitszeit bei den halbtags Beschäftigten am größten ist⁶ und daß in Betrieben, wo individuelle Teilzeit, das heißt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, über Betriebsvereinbarungen angeboten wird, davon reger Gebrauch gemacht wird. Ein Umstand, dem das Teilzeitgesetz der rot-grünen Koalition von 2001 Rechnung getragen hat; die Tatsache, daß die Unternehmer gegen dieses Gesetz Sturm gelaufen sind, deutet darauf hin, daß es eher einem verbreiteten Beschäftigtenwunsch und nicht so sehr den Flexibilisierungsinteressen der Unternehmer entgegenkommt. Ähnliches läßt sich bei Altersteilzeit feststellen, die sich in den letzten Jahren zu einem regelrechten Renner in den Betrieben entwickelt hat und wo die Nachfrage der Beschäftigten das Angebot der Arbeitgeber fast immer übersteigt.

– Ein ganz wesentlicher Indikator für die Virulenz von Wünschen nach einer anderen Verteilung von Arbeits- und Lebenszeit ist die Thematisierung des Problems der *(Un-)Vereinbarkeit von Familie und Beruf*. Es ist kein Zufall, daß sämtliche Parteien im letzten Wahlkampf Familienpolitik mit entsprechenden Vorschlägen an prominenter Stelle zum Thema gemacht haben, bis hin zum jüngsten Vorschlag der rot-grünen Koalition, durch eine Kappung des Ehegattensplittings für eine Kinderbetreuung wenigstens von 20 % der unter 3jährigen sorgen zu wollen. Dadurch, daß immer mehr Frauen erwerbstätig werden und auch stabil bleiben wollen, gleichzeitig bei jungen Frauen der doppelte Lebensentwurf mit Beruf und Kindern der dominante geworden ist und in jüngster Zeit auch zunehmend junge Väter am Aufwachsen ihrer Kinder teilhaben wollen, prallen die Zeitanforderungen und -logiken von Erwerbsarbeit und Familienarbeit (neben Hausarbeit vor allem Sorge-, Beziehungs- und Erziehungsarbeit) in einer qualitativ neuartigen Härte aufeinander. Gleichzeitig macht die Angewiesenheit des Kapitals auf qualifizierte Arbeitskraft gerade von Männern und Frauen im Familiengründungsalter es an dieser Stelle zu Konzessionen geneigt.⁷ Auch wenn das primäre Motiv der Unternehmen bei solchen *work-life-balance-Strategien* das der reibungslosen und qua von Sorgen Entlastetsein und Motiviertheit besonders effektiven Nutzung ihrer Arbeitskräfte

ist, so ist das Kapital doch ein Stück weit gezwungen, auf die Wünsche an Arbeitszeitgestaltung dieser seiner Arbeitskräfte einzugehen, die aus Zeitanforderungen und Zeitlogiken resultieren, die jenseits des Betriebs liegen.

– Symptomatisch in diesem Zusammenhang scheint uns auch zu sein, daß auf dem *Zukunftskongreß der IG Metall* im Juni 2002 zum ersten Mal in der Geschichte dieser Männergewerkschaft die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen breiten Raum einnahm und die entsprechende Arbeitsgruppe zum Thema praktisch 50 : 50 mit Männern und Frauen besetzt war, die vehement existenzsichernde Arbeitszeitverkürzung und -gestaltung für Erziehende und Pflegende, Männer wie Frauen gleichermaßen forderte.

– Auf anderer Ebene ist es ein Indiz für die Virulenz von Wünschen nach einer anderen Verteilung von Arbeitszeit, daß im alltäglichen häuslichen Geschlechterkampf, der ja bekanntlich immer häufiger zu Scheidung bzw. Trennung führt, die *Auseinandersetzung um die Hausarbeit* eine zentrale Rolle spielt. Die Auseinandersetzung um die gerechte Verteilung von Zeit für Erwerbsarbeit wie für Hausarbeit und ggf. Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern spitzt sich in dem Maße zu, wie Männer und Frauen gleichermaßen und mit gleichen Ansprüchen erwerbstätig sind.⁸

– Als ein letztes Indiz für die Virulenz der Träume von einem anderen Umgang mit der Zeit wollen wir die anhaltende Konjunktur von *Entspannung- und Meditationstechniken*, überwiegend dem ostasiatischen Kulturkreis entlehnt, und das Boomen der Wellnessindustrie anführen. Ob es sich um autogenes Training, Yoga oder Tai Chi, Sauna aller Arten, Ayurveda oder sonstige Massageformen handelt, immer geht es darum, mit Hilfe dieser Techniken die innere Gehetztheit, das subjektive Korrelat der dominanten Ökonomisierung von Zeit, abzulegen und zu einem eigenen, nicht mehr fremdbestimmten Rhythmus im Umgang mit den Dingen, mit anderen und mit sich selbst zu finden.

Untersuchungsergebnisse

Nach diesen Indizien allgemeinerer Art wollen wir nun anhand vorliegender Untersuchungen zu Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen vorstellen, inwiefern die Zeitwünsche und Zeitnöte von Beschäftigten Anknüpfungspunkte für die Umsetzung von Arbeitszeitutopien bieten können.

Zunächst die der Teilzeitbeschäftigten:

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen sind es in Deutschland überwiegend Frauen, die die Verantwortung für Haus-, Familien- und private Sorgearbeit übernehmen. Angesichts einer desolaten Lage in der öffentlichen Kinderbetreuung stellt die Reduzierung der Arbeitszeit für Frauen meist die einzige Möglichkeit dar, ihre Erwerbstätigkeit trotz Familiengründung aufrechtzuerhalten. Teilzeitarbeit gilt in Deutschland somit als ein frauenspezifisches Beschäftigungsverhältnis: 2000 waren 83 % der Teilzeitbeschäftigten *Frauen*.⁹ Die Teilzeitquote von Frauen stieg von rund 30 % in 1985 auf 45 % in 2000 an; die Quote der Männer ist zwar ebenfalls angestiegen, liegt jedoch noch immer bei nur 10%.¹⁰ Während Frauen Teilzeitarbeit in der

Arbeitszeiten und Urlaubsplanungen über weitergehende Elternzeitregelungen, Anbindung von Erziehungsurlaubenden an den Betrieb, Telearbeit, Kinderbonuszeiten, Freistellung zur Pflege von Angehörigen bis hin zur betrieblichen Unterstützung von Kinderbetreuung gehen (die Liste ließe sich noch erheblich erweitern, vgl. Krista Cyriax: *Work Life Balance. Hintergründe-Recherche*, Gütersloh/Essen 2002).

8 Wesentlicher Hemmschuh einer gerechten Verteilung ist die zu lange Normalarbeitszeit zwischen 35 und 40 Wochenstunden mit ihren faktischen Überwucherungen auf 45, 50 oder gar 60 Stunden (vgl. Wilfried Glibmann/Angela Schmidt (Hg.): *Mit Haut und Haaren. Der Zugriff auf das ganze Individuum. Reine Denkanstöße der IG Metall*, Frankfurt a. M. 2000).

9 Bundesmann-Jansen, Jörg/Groß, Hermann/Munz, Eva: *Arbeitszeit '99. Ergebnisse einer repräsentativen Beschäftigtenbefragung zu traditionellen und neuen Arbeitszeitformen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 2000.

10 Vgl. Bach, Hans-Uwe: *Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen von Männern und Frauen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – die neunziger Jahre*, in: Engelbrech, Gerhard (Hg.): *Arbeitsmarktchancen für Frauen*, Nürnberg 2002, S. 18.

11 Teilzeitbeschäftigte wünschen sich zu einem Großteil eine Beibehaltung ihrer reduzierten Arbeitszeiten: In Westdeutschland wollen 87 %, in Ostdeutschland immerhin 61 % weiterhin Teilzeit arbeiten und ihr Stundenvolumen höchstens um 2,5 Stunden erhöhen. Dennoch möchte eine Gruppe von Beschäftigten auch ihre Arbeitszeit aufstocken: Der Wunsch nach einer Vollzeitarbeit ist allerdings lediglich im Osten stark ausgeprägt. 39 % wollen lieber Vollzeit arbeiten – im Westen sind es 13 % der aktuell Teilzeitbeschäftigten. Daraus ergibt sich eine Nachfrage von 440 000 Vollzeit Arbeitsplätzen (Bundesmann-Jansen et al., a. a. O., S.107).

12 Auch Kurz-Scherf konstatiert eine beachtenswerte Akzeptanz einer individuellen Arbeitszeitverkürzung: Durchschnittlich 22 Stunden pro Woche erscheinen den von ihr Befragten wünschenswert, doch nur, wenn man sich eine solch signifikante Verkürzung der Arbeitszeit finanziell auch leisten kann (Kurz-Scherf 1995, S. 146). Immerhin sind jedoch 42 % der befragten Berliner/innen bereit, auf 5 % und mehr ihres Einkommens zu verzichten, wenn dadurch die Arbeitslosigkeit abgebaut werden könnte (ebd., S. 120).

13 Bielenski, Harald/ Bosch, Gerhard/ Wagner, Alexandra: Beschäftigung und Arbeitszeit in Europa. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Dublin 2001.

Mehrzahl zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben nutzen, arbeiten männliche Teilzeitbeschäftigte überwiegend während des Ein- oder Ausstiegs aus dem Erwerbsleben bzw. parallel zu einer Weiterbildung in reduzierter Form.

Ein Problem der Teilzeitbeschäftigung ist ihre mangelnde Absicherung: Etwa ein Fünftel der Teilzeitbeschäftigten arbeitet unterhalb der Sozialversicherungsgrenze und erhält insofern keine Absicherung; für den Rest gilt eine verminderte Absicherung, die sich vor allem im Rentenalter negativ auswirkt. Gerade in den Wirtschaftsbereichen mit einem hohen Frauenanteil sind die Einkommen bereits so niedrig, daß eine Arbeitszeitverkürzung unmittelbar die Existenzsicherung bedroht. Teilzeitarbeit ist somit noch immer ein Beschäftigungsverhältnis, das überwiegend als »Zuverdienst« gilt und einen »Familienernährer« voraussetzt. Vollzeitarbeit des Mannes und Teilzeitarbeit der Frau stellt somit unter den gegebenen Bedingungen das dominante Modell der »Vereinbarkeit von Familie und Beruf« dar.¹¹

Die Vollzeitbeschäftigten:

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundenen Absicherungen in der Sozialversicherung orientieren sich an der tariflich vereinbarten Dauer einer Vollzeit-Tätigkeit. Vollzeitbeschäftigung ist in Deutschland jedoch eine »männliche« Beschäftigungsform, während Frauen in größerem Umfang Teilzeit arbeiten. Der Frauenanteil an Vollzeitbeschäftigung lag in den 90er Jahren bei lediglich 34 % (Bach 2002).

8 % der Vollzeitbeschäftigten können sich vorstellen, vorübergehend oder dauerhaft Teilzeit zu arbeiten: Ein Wunsch, der in Westdeutschland mehr Anhänger/innen findet und generell bei mehr Frauen als Männern auf Zustimmung trifft. Das Volumen der gewünschten Stundenreduzierung liegt bei diesen Beschäftigten bei rund 30 %: Sie arbeiten durchschnittlich 39,1 Stunden, würden hingegen gern teilzeit im Umfang von 27,1 Stunden arbeiten (Bundesmann-Jansen/Groß/Munz 2000, S. 118 ff).¹²

Noch eindeutiger weist eine Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf die Potentiale kürzerer Standardarbeitszeiten hin: Im europäischen Durchschnitt wünschen sich die Beschäftigten eine um 4,5 Stunden geringere Wochenarbeitszeit. Die Wunscharbeitszeit entspräche dann einer 34,5-Stunden-Woche. In Deutschland wünschen sich der Studie zufolge Frauen 30,1 Stunden, Männer 36,8 Stunden – ein Indiz der anhaltenden Schieflage in der privaten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Für Deutschland weisen die Forscher/innen deshalb insgesamt ein »Ideal« von 33,7 Wochenstunden aus.¹³

Konsequenzen aus der Flexibilisierung der Arbeitszeit

Ergebnisse aus der Forschung verweisen bereits seit Jahren darauf, daß die sogenannte Normalarbeitszeit, das heißt eine regelmäßig, tagsüber montags bis freitags ausgeübte Vollzeittätigkeit, die in der Lage nicht variiert, nur noch für eine Minderheit (14 %) der abhängig Beschäftigten gilt. Neben einer Zunahme hiervon abweichender – und daher als »flexibel« bezeichneter – Arbeitsverhältnisse läßt

sich aktuell eine neue Qualität in der Arbeitszeitentwicklung ausmachen: In Ergänzung zu den traditionellen Formen flexibler Arbeitszeit wie Teilzeit-, Gleitzeit-, Schicht- und Wochenendarbeit fordern Unternehmen einen noch stärker an die Marktrhythmen und Auftragszyklen angepassten Personaleinsatz. Sie verwalten geleistete Mehrarbeit und »Minusstunden« auf Arbeitszeitkonten, die je nach konkreter Regelung von Beschäftigten und Arbeitgeber »abgerufen« werden können. Nach Angaben einer repräsentativen Befragung für Nordrhein-Westfalen führen inzwischen 40 % aller Beschäftigten ein solches Konto (Bauer/Groß/Munz/Sayin 2002). Anstelle des Tages, der Woche oder des Monats werden bei dieser zweiten Flexibilisierungsstufe das Jahr und das Erwerbsleben die zentralen Bezugsgrößen individueller Arbeitszeiten. Flexible Arbeitszeiten wie Schicht-, Wochenend- und Überstundenarbeit haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen.¹⁴

Vergleicht man tatsächliche, vertragliche und gewünschte Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten, so fällt die Diskrepanz zwischen der vertraglich vereinbarten und der tatsächlichen Arbeitszeit auf. Die Potentiale einer Arbeitszeitreduzierung liegen hier in der Reduzierung von Mehrarbeit und sind bei allen beruflichen Statusgruppen anzutreffen. Überstundenarbeit wird meist nur aufgrund von betrieblichen Belangen und Leistungsdruck (68 %) und nicht – wie häufig angenommen – aus Einkommensgründen (6 %) akzeptiert. Bei Alleinstehenden liegen die gewünschten Arbeitszeiten knapp zwei Stunden unter den tatsächlich geleisteten. Bei Beschäftigten, die mit dem Ehepartner bzw. mit Familie zusammenleben, sind es sogar 3,5 bzw. 2,4 Stunden (Bundesmann-Jansen/Groß/Munz 2000, S. 180) – ein Indiz für den hohen Stellenwert von gemeinsamer Freizeit und die Chance, diese Präferenzen für eine Umverteilung von Erwerbsarbeit zu nutzen.¹⁵

Das Normalarbeitsverhältnis und die daran gekoppelte *Vollzeitarbeit* haben nach wie vor einen hohen Stellenwert für die Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten. Nicht nur aufgrund finanzieller und sozialversicherungsrechtlicher Absicherungen gilt es als Orientierungsgröße, sondern auch für die Bemessung von Anforderungen im Erwerbsleben und für die Teilhabe an kollektiven Erfahrungszusammenhängen. Studien über Teilzeitbeschäftigte und Erwerbslose zeigen immer wieder, wie eine reduzierte oder versagte Teilhabe an Erwerbsarbeit zu verringerten gesellschaftlichen Partizipationschancen führt. Abweichungen werden sanktioniert. Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, daß sich das Gros der Beschäftigten weiterhin an der Vollzeit-Norm orientiert und sich auch in Befragungen am konkret Umsetzbaren orientiert. Betriebliche Hindernisse werden entsprechend auch als ein zentraler Hinderungsgrund kürzerer Arbeitszeiten genannt.

Für die Arbeitszeitwünsche von Beschäftigten sind jedoch auch die *erfahrenen Arbeitszeitrealitäten* maßgeblich: Wer bereits kürzer gearbeitet hat, präferiert häufig weiterhin eine Arbeitszeit unterhalb der Vollzeit. Dies zeigen nicht nur die repräsentativen Daten des ISO Köln, sondern auch qualitative Studien zur Akzeptanz kürzerer Arbeitszeiten: Die Untersuchung der Vier-Tage-Woche bei der *Volkswagen AG* hat in diesem Zusammenhang gezeigt, daß erst die Er-

14 Schicht- und Nachtarbeit hat im Vergleich zu 1995 um 5 %, Samstagsarbeit um 3 % und Sonntagsarbeit um 6 % (gegenüber 1989) zugenommen (Bundesmann-Jansen et al., a. a. O., S. 14 f.). Eine deutlichere Zunahme zeigt sich bei der Überstundenarbeit: 56 % der Beschäftigten leisteten 1999 regelmäßig Überstunden; nur vier Jahre zuvor lagen die Anteile 10- (bzw. 1989 13-) %-Punkte niedriger.

15 Vor allem das Wochenende hat (nicht nur) für erwerbstätige Eltern nach wie vor eine herausgehobene Bedeutung und gilt als der Zeitraum, an dem Zusammenleben stattfinden kann und spontane Aktivitäten möglich sind. Zwar hat im Zuge der arbeitsmarktpolitischen Krise die Akzeptanz von Arbeitszeiten zu sogenannten »unsozialen Zeiten« zugenommen, doch wollen rund zwei Drittel der Beschäftigten, die regelmäßig am Samstag und/oder Sonntag arbeiten, dies deutlich reduzieren oder ganz aufgeben.

16 Die Präferenz kürzerer Arbeitszeiten hängt maßgeblich vom verfügbaren Einkommen ab. Für allein erziehende Eltern gilt sie daher nur eingeschränkt: Das ohnehin geringe Familieneinkommen läßt hier eine Stundenreduzierung aus finanziellen Gründen meist nicht zu, obwohl der Bedarf an freier Zeit in dieser Lebensform besonders groß ist. (Jürgens/Reinecke 1998; Jürgens 2002)

17 Durch die Zahlungen aus diesem Fonds beträgt der effektive Einkommensverlust monatlich nur rund 20 € für eine Arbeitszeitverkürzung um 7 Wochenstunden. Die Forderung, diese gezahlte Prämie von Steuer- und Sozialabgabepflicht zu befreien, ist bislang ebenso gescheitert wie die Fortführung des Modells insgesamt. Die Bundesregierung hat es bisher versäumt, Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung für dieses Modell zu schaffen.

18 Es waren überproportional viel weibliche Beschäftigte, die dieses Modell nutzten und dadurch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitrugen. (Mehlis/Reinecke 2001)

19 Darüber hinaus erleichtern kollektive Freizeiten den alltäglichen Abstimmungsbedarf und geben einen Freiraum für gemeinsame Aktivitäten – nicht nur in der Familie. Stehen solche Bezugspunkte nicht mehr zur Verfügung, steigt auch der Rechtfertigungsdruck, wenn Beschäftigte zu bestimmten Zeiten nicht arbeiten wollen: Ein erwerbsfreies Wochenende wird dann begründungspflichtig.

fahrung mit einer verlässlich verkürzten Arbeitszeit, deren Lage die Präferenzen der Beschäftigten berücksichtigt, die anfängliche Skepsis gegenüber einer Arbeitszeitverkürzung mit Lohnverzicht ablöste und Freizeit und Erwerbsarbeit in ein neues Verhältnis rückte. Der kollektive Charakter des Modells bot in diesem Fall erstmals männlichen Beschäftigten die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, ohne – wie von teilzeitbeschäftigten Männern bekannt – unter Legitimationsdruck zu geraten und eine Art »Sonderfall« zu werden, dessen Verhalten entsprechend sanktioniert wird.¹⁶

Auch die Untersuchung des Beschäftigungsförderungs-Tarifvertrags in der *Niedersächsischen Metallindustrie* weist auf die große Bedeutung konkreter Erfahrung hin: Das Modell bot Beschäftigten nicht nur eine Prämie zur Kompensation des Einkommensverlusts, sondern auch die Möglichkeit, eine Arbeitszeitverkürzung *befristet* auszuprobieren.¹⁷ Die Rückkehr auf den Vollzeit Arbeitsplatz wurde garantiert.¹⁸

Will man also in der arbeitspolitischen Strategie an *Utopien* anknüpfen, die eine kürzere kollektive Arbeitszeit vorsehen, müssen diese Erfahrungen als ein zentraler Bestandteil berücksichtigt werden. Neben der Erfahrung mit kürzeren Arbeitszeiten können auch neue Konflikte um die Zeit Hinweise auf Arbeitszeitutopien geben.

Durch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten beobachten wir aktuell eine enorme Bedeutungsaufladung der Arbeitszeitfrage. Als Mitte der 80er Jahre der Begriff »Zeitwohlstand« im Kontext einer »Ökologie der Zeit« eingeführt wurde, zweifelten viele an diesem Versuch, die bislang auf materielle Güter fixierten Wohlstandskonzepte auf das Thema »Zeit« anzuwenden. Der Ansatz zeigt jedoch, daß sich mit dem längeren Jahresurlaub, den Feiertagen, dem Feierabend und dem arbeitsfreien Wochenende »Zeitinstitutionen« in unserer Gesellschaft etabliert haben, die in Verbindung mit materieller Prosperität für breite Bevölkerungsschichten zu einem erstrebenswerten Wohlstandsmodell geführt haben. Für Beschäftigte mit Kindern – und besonders für allein erziehende Eltern – sind solche kollektiven Zeitinstitutionen wie arbeitsfreier Abend und arbeitsfreies Wochenende wichtige Bezugsgrößen, da sich Schul- und Kindergartenzeit hieran orientieren. Sie gehören, wie qualitative Studien zeigen, zu den *konkreten Utopien* der Menschen und spiegeln sich in den Arbeitszeitpräferenzen wider.¹⁹

Während bei den traditionellen Formen flexibler Arbeitszeit wie Schicht- und Wochenendarbeit vor allem die Lage der Arbeitszeit variiert, zeichnen sich nun die neuen Flexibilisierungsinstrumente durch eine stärkere Varianz in der Lage *und* Dauer der Arbeitszeit aus, wie zum Beispiel Arbeitszeitkonten, Blockfreizeiten und Vertrauensarbeitszeit. Arbeitszeitkonten haben inzwischen eine große Verbreitung. Sie bieten – abhängig von den konkreten Vereinbarungen – sowohl Beschäftigten als auch dem Unternehmen die Möglichkeit, Arbeitszeiten besser an private Zeitbedürfnisse bzw. Produktions- und Marktrhythmen anzupassen.²⁰ Doch liegt all diesen Modellen eine *Ambivalenz* zugrunde:

Grundsätzlich können Arbeitszeitkonten von Beschäftigten als flexibles Instrument genutzt werden, um Verantwortung für Sorgearbeit in der Familie zu übernehmen. Auch bei Vertrauensarbeitszeit

und Teleheimarbeit sind Spielräume für eine bessere, nicht nur zeitliche, Abstimmung der Lebensbereiche gegeben. Die Entnahme von angesammelten Stunden für längere Blockfreizeiten oder Sabbaticals ist zwar für die alltägliche Familienarbeit meist nicht hilfreich, kann aber dazu verhelfen, sich phasenweise intensiver der Familie zu widmen: zum Beispiel bei Krankheit eines Kindes, in schwierigen Etappen wie Einschulung und Ortswechsel oder für die Versorgung und Begleitung sterbender Angehöriger. Solche Formen zeitlicher Souveränität gehören zu den Arbeitszeitwünschen abhängig Beschäftigter. In aktuell laufenden Forschungsprojekten deutet sich jedoch an, daß solche ›kurzen Ausstiege‹ meist nicht für die alltägliche oder ›besondere‹ Familienarbeit, sondern eher für mehr individuelle Freizeit, für Weiterbildung oder andere Tätigkeitsformen verwendet werden.²¹ Auf der anderen Seite liegt diesen Arbeitszeitmodellen jedoch stets die Gefahr einer weitergehenden Beanspruchung der Beschäftigten seitens der Betriebe zugrunde.

Ein wesentliches Problem ist die *Mitbestimmung* über die Lage und Dauer der Arbeitszeiten. Im Unterschied zu den älteren Gleitzeitmodellen dienen flexibilisierte Arbeitszeiten heute in erster Linie der Anpassung an ökonomische Interessen des Betriebes. So leisten die Beschäftigten abhängig von Saison oder Produktzyklen und oft mit kurzen Ankündigungsfristen Mehrarbeit, die dann in absatzschwächeren Phasen durch Freizeit ausgeglichen werden soll. Flexible Zusatzstunden sind daher nur für diejenigen Beschäftigten zu bewältigen, die keinen verbindlichen außerberuflichen Anforderungen unterliegen. Auch die Entnahme von Plusstunden kann aus Beschäftigtensicht problematisch sein: Sind hierfür bestimmte Zeitkorridore vorgegeben, die weder in die Schulferien noch in die Urlaubszeiten des Partners oder die Sommermonate fallen, ist das Abbummeln von Plusstunden häufig unbeliebt.²² Vor allem Eltern haben einen größeren Synchronisationsaufwand, da sie ihre Erwerbstätigkeit und ihre Freizeitgestaltung an die Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen oder die Unterstützung aus dem privaten Umfeld anpassen müssen. Verbindliche Arbeitszeitregelungen haben daher auf der Wunschliste erwerbstätiger Elternpaare Priorität. Die kurze Skizze der möglichen Chancen und Risiken flexibler Arbeitszeiten verweisen auf den hohen Stellenwert der konkreten Regulierung der Modelle. Grundsätzlich steht die Möglichkeit offen, diese Instrumente so zu gestalten, daß beide Seiten – Arbeitnehmer/innen wie auch Unternehmen – zeitliche Flexibilität für ihre jeweiligen Belange erhalten.²³ Utopien richten sich somit nicht nur auf die Dauer von Arbeitszeit, sondern vor allem auf eine stärkere Teilhabe und Mitsprache bei der Gestaltung. Weitert sich die Flexibilisierung jedoch derart aus, daß solche Fragen der Mitbestimmung immer mehr vernachlässigt werden, kann auch die Dauer der Arbeitszeit an Relevanz gewinnen: Als Kompensation für eine hochflexible Arbeitszeit kann eine Reduzierung des Arbeitsvolumens an Attraktivität gewinnen: nicht nur für Frauen und freizeitorientierte Beschäftigte, sondern auch für den klassischen männlichen Normalverdiener.

Die empirischen Daten verweisen auf eine Wunscharbeitszeit, die eher im Bereich bzw. unterhalb des tariflichen Umfangs liegt, jedoch

20 Einige empirische Projekte zu diesem Thema werden demnächst abgeschlossen: In einer qualitativen Erhebung haben wir abhängig Beschäftigte in unterschiedlichen Branchen und Qualifikationsstufen zu ihren Erfahrungen mit Blockfreizeiten befragt. Die Bandbreite von Arbeiter/innen im Industriebetrieb bis hin zu ›High Potentials‹ in der Softwareentwicklung soll uns Aufschluß darüber geben, wie unterschiedliche Formen von Arbeit zeitlich organisiert werden und wie die Beschäftigten mit den Anforderungen umgehen (Kooperationsprojekt Eberling/Hielscher/Hildebrandt/Jürgens). Aktuelle Ergebnisse zu Blockfreizeiten und Sabbaticals liefert eine Studie des WSI (Klenner/Pfahl/Reuß); eine qualitative Studie zum Umgang mit Sabbaticals hat Siemers (Bremen) erstellt. Zur Vertrauensarbeitszeit läuft ein Projekt an der TU München (Böhm/Herrmann/Trinczek).

21 Die Modelle bieten insofern die Möglichkeit, sich für kurze oder längere Zeiträume vom Erwerbsleben zu distanzieren und dabei Erfahrungen zu sammeln, die – wie wir aus der Erforschung von Arbeitszeitverkürzung wissen – die Bewertung von Erwerbsarbeit und außerbetrieblichem Leben beeinflussen können. Auch sind bei Blockfreizeit – sofern diese regelmäßig und planbar stattfindet – potentiell veränderte Arbeitsteilungsmuster innerhalb der Familie möglich.

22 Qualitative Befragungen haben zudem ergeben, daß die Verlässlichkeit der Arbeitszeit eine zentrale Voraussetzung zur Realisierung von Zeitwohlstand ist

(vgl. Jürgens/Reinecke 1998; Hielscher/Hildebrandt 1999; Promberger u. a. 2002).

23 Vgl. hierzu zum Beispiel die Gegenüberstellung von Vor- und Nachteilen in Promberger u.a. (2002, S. 130).

24 Mit einem durch eine paritätisch besetzte betriebliche Kommission festzulegender Faktor von 1,1-1,5.

25 Darüber hinaus sind Teilzeitarbeit für Arbeitnehmer ab 55 Jahren mit ebenfalls 75 % Lohnersatz (§ 7), bezahlte und unbezahlte Freistellungen (für die Wechselfälle des Lebens, für Fortbildung, für Sabbaticals) (§ 8) sowie freiwillige Teilzeitarbeit unterhalb der 6-Stunden-Norm (§ 9) vorgesehen, die allerdings 20 Wochenstunden für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 10 Stunden für anderweitig Sozialversicherte (z. B. StudentInnen) nicht unterschreiten darf. Nacht- und Wochenendarbeit ist nur in unvermeidlichen Fällen zulässig und wird je nach Lage mit einem Faktor von 1,5 bis 2 auf die Arbeitszeit angerechnet (§ 4, 5).

26 Dazu wird für jedes Arbeitsverhältnis im betreffenden Unternehmen unterhalb der Vollzeitnorm der Abstand zu dieser mit Bonusstunden berechnet. Diese Stunden werden zusammengerechnet und davon die geleisteten Überstunden gedoppelt abgezogen. Die Bonushöhe für die Bonusstunden ergibt sich aus der Gesamtsumme der Abgaben aller Unternehmen dividiert durch die Summe der gemeldeten bonusberechtigten Stunden (Nadai 1999, S. 257). Für Wochenarbeitszeiten unterhalb von

deutlich unter der tatsächlich geleisteten Stundenzahl. Eine Reduzierung der tariflichen Arbeitszeit wäre insofern ein konsequenter Schritt: Eine tarifliche Norm von 30 Stunden würde dann zwar selbst die Wunscharbeitszeit (33,7 Stunden) der Beschäftigten unterschreiten – real würde hingegen eine faktische Arbeitszeit um die 35 Stunden herauskommen.

Aus dem Wissen um die Wichtigkeit einer Norm für die Entwicklung alternativen bzw. utopischen Denkens hat Ingrid Kurz-Scherf bereits 1987 die *Skizze eines phantastischen Tarifvertragsentwurfs* zum 6-Stunden-Tag vorgelegt. In 13 Paragraphen verbindet der Tarifvertragsentwurf die Tradition des im Prinzip für alle abhängig Beschäftigten gleichen Normalarbeitstages mit dem Gedanken der überdurchschnittlichen Anrechnung von Arbeitszeiten unter unvermeidbaren besonderen körperlichen und psychischen Belastungen (§ 5)²⁴ sowie von gesellschaftlich notwendigen außerbetrieblichen Arbeiten, insbesondere der Kindererziehung (§ 8). Eltern von Kindern bis zu 6 Jahren können ihre Arbeitszeit auf 4 Stunden, Eltern von schulpflichtigen Kindern bis zum 12. Lebensjahr auf 5 Stunden wöchentlich bei 75 % Lohnersatz reduzieren, der aus einem von den Tarifvertragsparteien zu bildenden Fonds finanziert wird.²⁵ Gleitzeitarbeit und Mehrarbeit sind nur mit Freizeitausgleich und maximal bis zu einer täglichen Arbeitszeit von 9 und einer wöchentlichen von 40 Stunden zugelassen; dabei wird eine Mehrarbeitsstunde mit dem Faktor 1,5 berechnet. Im Durchschnitt von 2 Monaten muß die tägliche Arbeitszeit von 6 Stunden erreicht werden (§ 10, 11). Die Erstellung eines betrieblichen Arbeitszeitsystems auf der Grundlage dieses Tarifvertrages hat unter möglichst weitgehender Beteiligung der Beschäftigten (Ermittlung der Arbeitszeitwünsche) und der betrieblichen Interessenvertretung (volle Mitbestimmung) (§ 12), von letzterer auch in bezug auf den entstehenden Personalbedarf (§ 13) zu erfolgen.

In eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag der doppelten 25-Stunden-Woche der Schweizer Sozialdemokratischen Partei. Dieses Modell wurde von der SPS erstmals 1995 zur Diskussion gestellt und sieht eine Förderung von Menschen vor, die maximal 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind und gleichzeitig mindestens 20 Stunden in der Woche einer unbezahlten gesellschaftlichen Arbeit nachgehen; dies kann die Betreuung mindestens eines Kindes unter 16 Jahren oder eine unbezahlte öffentliche, ehrenamtliche Arbeit sein. Gleichzeitig sollen Arbeitgeber gefördert werden, die Arbeitsplätze unterhalb der Vollzeitnorm anbieten. Realisiert werden soll dies durch den *Mechanismus des doppelten Arbeitsbonus*. Dessen eine Seite, der »Erwerbsarbeitsbonus«, setzt bei den Arbeitgebern an. Alle Arbeitgeber zahlen 3 % der jeweiligen Lohnsumme in einen Fonds ein, aus dem auf Antrag diejenigen Arbeitgeber eine Rückerstattung erhalten, die Arbeitsplätze unterhalb der Vollzeitnorm anbieten.²⁶

Gleichzeitig sollen Paare und Alleinstehende, wo jede/r einzelne maximal 30 Wochenstunden erwerbstätig ist und gleichzeitig Kinder betreut oder im Umfang von 20 Wochenstunden ehrenamtlich tätig ist, einen »Arbeitsmixbonus« (258) von ca. 600 SF pro Person im Monat erhalten, der durch einen 15 %igen Zuschlag auf die einheitliche Bundessteuer finanziert werden soll.²⁷

Gesellschaftsutopien

Das Modell der doppelten 25-Stunden-Woche ist ein pragmatischer und technisch sofort realisierbarer Vorschlag, eine »kleine konkrete Utopie«, die neben einem Mehr an Zeit für die einzelnen mit all seinen Implikationen insbesondere zur gerechteren Aufteilung der verschiedenen Arten von Arbeit (Erwerbsarbeit, Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit) zwischen den Geschlechtern beitragen würde. Die beiden pragmatischen, vielleicht sogar etwas bürokratisch wirkenden, gleichzeitig inhaltlich aber doch sehr weitgehenden Vorschläge zum 6-Stunden-Tag und zur doppelten 25-Stunden-Woche knüpfen an Gesellschaftsutopien an, wie sie Thomas Morus oder Tommaso Campanella schon zu Beginn der Neuzeit entwickelt haben.

Morus entwirft in seinem berühmten *Utopia* (1518) eine Gesellschaft, für die ebenfalls der 6-Stunden-Tag konstitutiv ist. Dieser ist möglich, weil (a) alle Gesellschaftsmitglieder arbeiten (S. 86), (b) nichts Überflüssiges, vor allem nichts zu Distinktionszwecken, hergestellt und das Hergestellte pfleglich behandelt wird (S. 88), (c) das Geld als vermeintliche Wurzel aller Übel wie Geldgier, Hochmut, Armut abgeschafft ist und auf der Grundlage systematischer Bedarfsermittlung nach dem Prinzip der Bedarfsdeckung produziert wird (S. 174 f., 98).

Der 6stündige Arbeitstag ist so organisiert, daß vormittags drei Stunden gearbeitet wird, dann eine zweistündige Mittagspause eingelegt, nachmittags noch einmal drei Stunden gearbeitet wird und nach einem gemeinsamen Abendessen der Abend mit Sport, Spiel, Musik und Gesprächen verbracht wird. Für Interessierte gibt es in den frühen Morgenstunden Vorlesungen zur geistigen Weiterbildung. Ziel des so organisierten Lebenswandels ist die Luststeigerung durch die Verfolgung naturgemäßer körperlicher und geistiger Vergnügungen: durch die Betätigung aller Sinne, durch Verstandestätigkeit, durch einen rechtschaffenen Lebenswandel, durch das Genießen eines gesunden Körpers (Askese erscheint den Utopiern als etwas völlig Widersinniges).

Zeitlich noch einen Schritt weiter geht Campanella mit seiner Utopie vom *Sonnenstaat* (1623). Hier soll auf ähnlicher Grundlage – alle arbeiten, alle sind reich, weil sie alles Notwendige haben, und alle sind arm, weil sie Nichts besitzen – nur noch vier Stunden täglich gearbeitet werden. Die restliche Zeit des Tages wird mit Lernen, Diskutieren, Lesen, Erzählen, Schreiben, Spaziergehen etc., also geistigen und körperlichen Übungen und Vergnügungen aller Art, verbracht (S. 136).

In allen Gesellschaftsutopien seit der Antike spielte Arbeitszeitverkürzung, das heißt die Befreiung vom Zwang zu einem Übermaß an Arbeit, das keinen Zeitraum mehr läßt zur Entfaltung der menschlichen Sinne und Fähigkeiten, eine zentrale Rolle. Wesentlicher Unterschied zu heute ist allerdings der Umstand, daß damals die Befreiung nur partikular, für wenige auf der Grundlage von Sklavenarbeit, denkbar war oder rein utopisch blieb, während wir heute mit einer entwickelten Technologie und einem unglaublichen Produktivitätsfortschritt zum ersten Mal in der Geschichte über die objektive Möglichkeit verfügen, diese Utopie auch konkret werden zu lassen. Schon in den 80er Jahren gab es Prognosen, selbst von Ar-

20 Stunden gibt es keinen Bonus, ebenfalls nicht in Betrieben, wo die betriebsübliche Arbeitszeit über der durchschnittlichen Normalarbeitszeit liegt. Dafür werden Bonusstunden in Betrieben, in denen die betriebsübliche Arbeitszeit unterhalb der Normalarbeitszeit liegt, doppelt gerechnet. Die Förderung soll so lange gelten, bis der gesellschaftliche Normalarbeitszeitstandard bei 30 Wochenstunden angelangt ist.

27 Die Bundessteuer wird in der Schweiz von allen Haushalten erhoben und macht den kleineren Teil (neben den kommunal erhobenen) der direkten Steuern aus. Der Arbeitsmixbonus hätte zur Folge, daß bei niedrigen Einkommen die Einkommenseinbußen aufgrund der kürzeren Erwerbsarbeitszeiten völlig ausgeglichen würden, bei mittleren und hohen entsprechend nur anteilig. Aber selbst in einem Haushalt, wo die Frau bereits 30 Stunden mit einem Einkommen von 3 000 SF arbeitet und der Mann seine mit 7 000 SF vergütete Vollzeitarbeit auf 30 Stunden reduzieren würde, ergäbe sich eine Gesamteinbuße am Haushaltseinkommen von 550 SF (S. 260).

28 »... Ich denke nicht an eine 35-Stunden-Woche, auch nicht an die 24-Stunden-Woche. Ich denke an eine viel weitergehende Arbeitszeitverkürzung. Ich stelle mir vor, daß wir dahin kommen werden, daß zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern ein Tag in der Woche mehr als ausreicht« (Vorwärts 8/1981).

beitgeberseite, die von einem Produktivitätswachstum ausgingen, das die gleiche Warenmenge wie 1982 im Jahre 1990 in etwa 20 % der Arbeitszeit herstellbar machen würde (Negt 1984, S. 209). Da 1982 noch die 40-Stunden-Woche galt, würde das bedeuten: ein 8-Stunden-Tag pro Woche reicht. Genau in diesem Sinne hat sich schon 1981 auch Oswald von Nell-Breuning geäußert.²⁸ Möglich wäre das allerdings vermutlich nur unter der Voraussetzung, daß alle Rüstungs-, Verschleiß- und sonstige Unsinnproduktion eingestellt würde.

Die vielleicht schönste und konkreteste Arbeits- und Lebensutopie auf der Grundlage heutiger Bedingungen hat Rolf Schwendter (1984) mit seiner *Reportage aus dem Jahre 2043: Produktionseinheit Föhrenwald* ausgearbeitet. Hier werden zwar noch nicht vier, sondern sechs Stunden täglich gearbeitet, weil aus ökologischen (Vermeidung von Transportwegen) und kunsthandwerklich-pädagogischen Gründen das Geschirr für den Eigenbedarf auf handwerklicher Basis selbst produziert wird. Die Erwachsenen arbeiten in wechselnden Funktionen von 10 bis 13 Uhr und nach einer Mittagspause noch einmal von 14 bis 17 Uhr in den verschiedenen Produktionsbereichen: Recyclingindustrie mit Düngemittel-, Filmchemikalien- und Kosmetikproduktion (Produktionsplanung, Meßwarten-, Reparatur- und Verladetätigkeit); Gewächshäuser und Ackerland (Säen, Ernten etc.); Großküche, Haushalts- und Reparaturzentrum (Kochen, Säubern, Reparieren); Schreinerei, Töpferei, Schneiderei, Kinder- und Bildungszentrum (handwerkliche Tätigkeiten und Unterrichten), Medienzentrum (Produktions- und Vertriebsplanung und -koordination mit anderen Produktionseinheiten und dem Planzentralcomputer in Brüssel, verfolgen der politischen Diskussionen per Kabelfernsehen aus den Vollversammlungen der Abgeordneten der dezentralen Verwaltungswirtschaft des »Sozialistischen Gemeinwesens Westeuropa und Großbritannien«). Neben der rotierenden Arbeit in den verschiedenen Bereichen nimmt die Bildung einen großen Raum ein. Einer von 5 Arbeitstagen pro Woche ist Studientag, außerdem gibt es abends und am Sonntag, der Feiertag geblieben ist, Zeit für Arbeitsgruppen und persönliche Studien. Darüber hinaus bleibt viel Zeit, um gemeinsam zu essen, zu diskutieren, Musik zu hören, zu feiern, Sport zu treiben und Liebe zu machen. Die vielleicht wichtigste Veränderung durch die Einführung des 6-Stunden-Tags in Föhrenwald ist, daß sich die Häufigkeit, in der die erwachsenen Einwohner miteinander schlafen, merklich erhöht hat (mehrheitlich noch monogam organisiert, teils in Wohngemeinschaften, teils in Kernfamilien, teils allein lebend; nur eine kleine Minderheit lebt in einer »Großfamilie neuen Stils«). Der gestiegenen Bedeutung des Geschlechtsverkehrs entspricht die gesunkene Bedeutung des Autoverkehrs. Der Großteil der Autobahnen ist in Bedarfsschienenbahnen umgewandelt worden und die weitgehende Integration von Arbeiten und Wohnen macht den früher enormen Pendelverkehr zum großen Teil überflüssig, was wiederum viel Wegezeiten spart.

Was an dieser Arbeits- und Lebenszeitutopie ins Auge springt, was sie aber auch mit den Utopien von Morus und Campanella verbindet, ist, daß neben der Entfaltung geistiger Fähigkeiten aller Art das

Mehr an freier Zeit vor allem zu einer Entfaltung der Sinnlichkeit im umfassenden Sinne führt.²⁹ Es ist sicher kein Zufall, daß in einer *Zukunftswerkstatt*, die das Forum *Zeiten der Stadt* Bremen zu der Frage organisiert hat, wie *Bremen im Jahre 2030* unter Zeitaspekten aussehen solle, genau dieser Aspekt des Mehr an Sinnlichkeit und Lebendigkeit als Ziel einer neuen Organisation von Zeit die entscheidende Rolle spielte. Bilder von Bremen wurden entworfen mit Sonne, Strand und Bergen, Plätzen mit Bänken, duftenden Blumen, Bäumen und Brunnen, an denen die Menschen sich mit Muße, heiter und gelassen, niederlassen und unterhalten, während die Kinder unbehelligt vom Autoverkehr gefahrlos spielen; Bilder einer »Lebensoase«, voller »Lebenslust« und »ohne Hektik«, in der es »nach Luft und Liebe riecht«, die Menschen »sich Zeit lassen für Beziehungen, Gemeinsamkeiten und Erlebnisse«, die »Beziehungen zwischen den Geschlechtern verbindlich, erotisch und konkurrenzfrei« sind, wo die »Alten mit ihrer vielen Zeit« vorbildlich sind und die »Kinder die Augensterne« (Bremen, eine zeitbewußte Stadt, 2002).

Das Ausmalen solcher Bilder, in der Wirklichkeit in Ansätzen bereits sinnlich erfahrbarer und in die Zukunft extrapolierbarer Zustände als Zielpunkte dessen, was mit Arbeitszeitverkürzung erreicht werden soll, ist als Movens einer gesellschaftlichen Bewegung für eine gerechtere Verteilung von Arbeitszeit unerlässlich; andernfalls läuft der Kampf um Arbeitszeitverkürzung Gefahr, genauso ein langweiliger Gegenstand von Tarifauseinandersetzungen zu werden wie Lohnerhöhungen, nur mit weniger Mobilisierungskraft, weil trotz aller Zeitnot doch die Geldnot den meisten Menschen immer noch mehr auf den Nägeln brennt. Es ist sicher kein Zufall, daß die Gewerkschaftsjugend ihre Arbeit unter das Motto »Her mit dem schönen Leben!« gestellt hat und nicht unter das Motto »1 Stunde weniger pro Woche!« oder »1 Mark mehr pro Stunde!«.

Literatur:

- Bach, Hans-Uwe (2002): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen von Männern und Frauen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – die neunziger Jahre, in: Engelbrech, Gerhard (Hg.): Arbeitsmarktchancen für Frauen, Nürnberg, S. 15-33.
- Bauer, Frank/Groß, Hermann/Munz, Eva/Sayin, Suna (2002): Arbeits- und Betriebszeiten 2001. Neue Formen des betrieblichen Arbeits- und Betriebszeitmanagements. Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung, Düsseldorf.
- Bielenski, Harald/Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2001): Beschäftigung und Arbeitszeit in Europa. Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Dublin.
- Bosch, Gerhard (2001): Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und Qualifikation, in: Personalführung, Heft 10, S. 52-60.
- Bosch, Gerhard/Kalina, Thorsten/Lehndorff, Steffen/Wagner, Alexandra/Weinkopf, Claudia (2001): Zur Zukunft der Erwerbsarbeit. Arbeitspapier 43 der HBS, Düsseldorf.
- Bosch, Gerhard/Wagner, Alexandra (2000): Konvergenz der Arbeitszeitwünsche in Westeuropa. Konturen eines neuen Arbeitszeitstandards, IAT Report 2002-01, Gelsenkirchen.
- Bundesmann-Janssen, Jörg/Groß, Hermann/Munz, Eva (2000): Arbeitszeit '99. Ergebnisse einer repräsentativen Beschäftigtenbefragung zu traditionellen und neuen Arbeitszeitformen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln.
- Campanella, Tommaso (1960/1623): Sonnenstaat, in: Heinrich, K. (Hg.): Der utopische Staat, Reinbek.
- Cyriax, Krista (2002): Work Life Balance. Hintergründe-Recherche, Gütersloh/Essen.
- Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (2002): Streß am Arbeitsplatz. www.inqqa.de.
- Glöbmann, Wilfried/Schmidt, Angela (Hg.) (2000): Mit Haut und Haaren. Der Zugriff auf das ganze Individuum. Reihe »Denkanstöße« der IG Metall, Frankfurt a. M.
- Hielscher, Volker/Hildebrandt, Eckart (1999): Zeit für Lebensqualität. Auswirkungen verkürzter und flexibilisierter Arbeitszeiten auf die Lebensführung, Berlin.
- IG Metall (2002): Zukunftsreport, Frankfurt a. M.
- Jürgens, Kerstin/Reinecke, Karsten (1998): Zwischen Volks- und Kinderwagen. Auswirkungen der 28,8-Stunden-Woche bei der VW AG auf die familiäre Lebensführung von Industriearbeitern, Berlin.
- Jürgens, Kerstin (2002): Die Janusköpfigkeit der Arbeitszeitflexibilisierung. Plädoyer für eine

29 Die durch lange Arbeitszeiten (und das ist unter heutigen Bedingungen mit den ganzen Wegezeiten, dem Konsum- und Veranstaltungsstreß selbst ein 7-Studentag) erzwungene Askese hat in *Föhrenwald* wie in *Utopia* ein Ende und ist einer allseitigen Entwicklung der menschlichen Potentiale, der körperlichen wie der geistigen, der produktiven wie der rezeptiven, gewichen.

- nachhaltige Arbeitskraftpolitik, in: Claussen, Detlev/Negt, Oskar/Werz, Michael (Hg.): Hanoversche Schriften 5, Frankfurt a.M., S. 100-118.
- Krüger-Müller, Helga (2000): In Partnerschaft gedacht? Zur Institutionenlogik der Kinderbetreuung in Deutschland, in: Angestelltenkammer Bremen (Hg.): Von den NachbarInnen lernen 1 – Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit in Europa, Bremen, S. 10-26.
- Kurz-Scherf, Ingrid (1995): Zeit der Vielfalt - Vielfalt der Zeiten. Individuelle und betriebliche Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen in Berlin, Berlin.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Breil, Gisela (Hg.) (1987): Wem gehört die Zeit? Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag, Hamburg.
- Mehlis, Peter/Reinecke, Karsten (2001): Attraktive Teilzeitarbeit schafft neue Arbeitsplätze, in: WSI-Mitteilungen, Heft 10, S. 622-625.
- Morus, Thomas (1986/1518): Utopia, Frankfurt a. M./Olten/Wien.
- Nadai, Eva (1999): Weniger ist mehr. Die Schweiz: Die doppelte 25-Stundenwoche als Modell zur Umverteilung von Arbeit, in: Endl, Hans L. u. a. (Hg.): Teilzeit. Lebensqualität trotz Beschäftigungskrise, Hamburg.
- Negt, Oskar (1984): Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Politische und kulturelle Dimensionen des Kampfes um die Arbeitszeit, Frankfurt a. M.
- Pfahl, Svenja/Reuyß, Stefan (2001): Arbeitszeiten und Familienzeiten – Zur Vereinbarkeit verschiedener Zeitrhythmen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 10, S. 646-648.
- Pfau-Effinger, Birgit (1994): Sozio-kulturelle Grundlagen der Entwicklung der Teilzeitarbeit in Europa, in: Beckmann, Petra/Engelbrech, Gerhard (Hg.): Arbeitsmarkt für Frauen 2000, BeitrAB 179, Nürnberg.
- Promberger, Markus/Böhm, Sabine/Heyder Thilo/Pamer, Susanne/Strauß, Katharina (2002): Hochflexible Arbeitszeiten in der Industrie. Chancen, Risiken und Grenzen für Beschäftigte, Berlin.
- Schwendter, Rolf (1984): Produktionseinheit Föhrenwald – Eine Reportage aus dem Jahre 2043, in: Arbeitszeit ist Lebenszeit. Basisbücher Nr. 6, Frankfurt a.M./Olten/Wien.
- Seifert, Hartmut (1993): Arbeitszeitverkürzungen neu diskutiert, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11, S. 746-751.
- Seifert, Hartmut (1994): Möglichkeiten beschleunigter Arbeitszeitverkürzungen, in: WSI-Mitteilungen, Heft 6, S. 370-377.
- Statistisches Bundesamt (2001): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus, Wiesbaden.
- Steinrücke, Margareta/Spitzley, Helmut/Raasch, Sybille/Mückenberger, Ulrich/Hildebrandt, Eckart (Hg.) (2001): Neue Zeiten – neue Gewerkschaften, Berlin.
- Stück, Heiner (1999 a): Im Wandel der Zeit. Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche von Angestellten, Hamburg.
- Stück, Heiner (1999 b): Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche der Angestellten im Laufe der Zeit, Bremen.

URSULA SCHRÖTER, RENATE ULLRICH

Wer putzte in der DDR das Klo?

Zu Fragen der Frauen- und Geschlechterforschung
in der DDR – heute recherchiert

Das Problem

Die Auffassungen zur DDR-Frauenforschung gehen bis heute weit auseinander. Es hätte gar keine Frauenforschung gegeben, sagen die einen. Und wenn, dann hätte sie nicht die Differenz zum Mann, sondern nur das Defizit gegenüber dem Mann erforscht. Es gab in der DDR früher als in der alten Bundesrepublik und kontinuierlicher als dort Frauenforschung, sagen die anderen. Daß ihre Ergebnisse in der DDR-Öffentlichkeit wenig bekannt geworden sind, spräche schließlich nicht gegen die Forschung. Oft sind solche Debatten nicht nur vom Interesse an der DDR-Vergangenheit geprägt, sondern auch vom Interesse am Systemvergleich. Hinterließ der »feministische Aufruhr in der westlichen Welt« auch Spuren in der DDR? Wirkte sich die fürsorgliche DDR-Frauenpolitik auch auf die bundesrepublikanische feministische Bewegung und Theorie aus?

Auch unsere Fragen an das historische, soziologische, kultursoziologische und pädagogische Material lauteten nicht nur: was war?, sondern: Was war genauso und was war anders, anders als heute, anders als in der damaligen Bundesrepublik? Welche Themen sind immer noch wichtig und insofern aufhebenswert oder wären aufhebenswert gewesen, welche Themen fehlen aus heutiger Sicht? Damit ist unsere Absicht skizziert. Wir befragen das Material in der Hoffnung, Ideen, Anregungen, auch Warnungen für ein neues sozialistisches Gesellschaftskonzept daraus »erahnen« zu können. Es geht uns also um Zukunft, wenn wir uns mit Vergangenheit – auch mit unserer eigenen – beschäftigen.

Das Konzept

Mit der Gründung der Wissenschaftlichen Räte für sozialwissenschaftliche Disziplinen im Jahre 1964 wurde die Soziologie, die bis dahin in der DDR eher geduldet als gefördert worden war, in den Stand einer anerkannten Wissenschaft erhoben. Es war dies eine Folge des VI. Parteitages der SED (1963). Für den umfassenden Aufbau des Sozialismus, die Einführung des *Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft* (NÖSPL) und die Durchsetzung prognostischer Arbeitsweisen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wurden aktuelle soziologische Daten gebraucht. Dies betraf auch die Frauen. So kam es zur Gründung des Wissenschaftlichen Beirats »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft«, angesiedelt beim Präsidenten der Akademie der Wissenschaften und befugt, die INFORMATIONEN herauszugeben, in

Ursula Schröter, Jg. 1941, Mathematikerin und Soziologin, Vorstandsmitglied im Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin, Stellvertretende Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes e.V. Zahlreiche Publikationen zu ostdeutschen Frauenthematen.
Foto: privat

einer Auflage von offiziell 1000, inoffiziell 1100 Exemplaren. Diese Gründung gehörte nicht zu den »Geschenken« von Partei und Regierung. Sie erfolgte auf Drängen der Frauenkommission beim ZK der SED. Nach 20 Jahren vergleichsweise erfolgreicher Frauenpolitik gegen Diskriminierung, für Recht auf Bildung, Beruf, Arbeitsplatz und Mutterschutz – der historisch überfälligen nachholenden Erledigung politischer Frauenforderungen der bürgerlichen Revolution – standen nun die Frage: wie weiter? und die Erkenntnis, daß es ohne begleitende Forschung nicht gehen würde, auf der Agenda. Die Anbindung beim Präsidenten der Akademie der Wissenschaften geschah auf Initiative Lotte Ulbrichts, die aus Erfahrung wußte, daß Politiker und Ökonomen, auch sozialistische, Frauenfragen zurückzustellen pfleg(t)en, wenn Wichtigeres anstand. Sie war mit der praktischen Umsetzung des Frauenkommuniqués von 1961 nicht zufrieden und wollte den Beirat so hoch und einflußreich wie möglich angesiedelt wissen. Aber auch das hat die gewünschten Ergebnisse und Effekte nur eingeschränkt gebracht.

Dennoch: Daß dieser Beirat der erste soziologische Rat war, gegründet noch vor dem zentralen *Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung der DDR* am Institut, später: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, ist von Interesse nicht nur für die Frauenforschung der DDR, sondern auch für die der BRD und für die internationale. Denn bis in die 70er Jahre wurde Forschung von und über Frauen auch dort nur sehr vereinzelt und vornehmlich vergangenheitshistorisch betrieben.

Der Wissenschaftliche Beirat bekam wie alle Soziologie-Räte den Auftrag, aktuelle Entwicklungen zu untersuchen, Prognosen für den folgenden Fünfjahrplan zu erstellen, politische Entscheidungen vorzubereiten. Das zentrale Thema lautete: »Die Entwicklung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen im Prozeß der technischen Revolution«. Geforscht und in den SID-Heften veröffentlicht wurde zu Schwerpunkten wie: Entwicklung der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbauern; soziale Annäherung von Klassen und Schichten, Stadt und Land; Überwindung der Unterschiede zwischen körperlicher und geistiger Arbeit usw. In den Forschungszusammenhängen dieses zentralen Rates galt die Frauenfrage als Querschnittsproblem, wurde aber als solche weitestgehend nicht explizit, sondern implizit behandelt. Das heißt, es wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, daß Frauen wie Männer »Staatsbürger«, »sozialistische Persönlichkeiten«, »Individuen«, »Mitglieder von Kollektiven«, »Angehörige der Arbeiterklasse, der Intelligenz« etc. waren. Mit solchen Begriffen wurden die spezifischen sozialen Probleme der Geschlechter und die Konflikte zwischen ihnen bereits auf der sprachlichen Ebene zum Verschwinden gebracht. Genannt wurden Frauen im wesentlichen dann, wenn sie besondere Schwierigkeiten hatten und/oder machten. Die explizite Behandlung war, nach Aussagen von Rudi Weidig, konzeptionell nicht vorgesehen. Das war zum einen die unausgesprochene, aber logische Konsequenz aus der Theorie von der Lösung der Frauenfrage durch die Lösung der Klassenfrage, zum anderen eine pragmatische Angelegenheit. Für die Frauenprobleme war der Beirat zuständig. Diese arbeitsteilige Konstruktion bot einerseits die Möglichkeit, Frauenfragen gezielt anzugehen, und andererseits, sie von vornherein als

Renate Ullrich, Jg. 1938, Theaterwissenschaftlerin, Vorstandsmitglied im Institut für Sozialdatenanalyse e.V. Berlin; Publikationen zu Frauenbildern in Theater und Film, zusammen mit U. Schröter: »Als ganzer Mensch leben« (trafo 1997).

Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen zweier wissenschaftlicher Studien, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet wurden. Im Rahmen der ersten Studie wurden die Informationshefte des *Wissenschaftlichen Rates für soziologische Forschung der DDR*, die SID-Hefte, im Rahmen der zweiten Studie die *INFORMATIONEN* des Wissenschaftlichen Beirates »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft«, die *grünen Hefte*, recherchiert. Das Recherche-Raster war im ersten Fall das Frauen- und Geschlechterthema schlechthin. Im zweiten Fall konzentrierten wir uns auf Forschungsergebnisse zur individuellen Reproduktion, zum Privatleben. Das heißt, die Recherche vernachlässigt bewußt die umfangreichen Forschungen zur weiblichen Berufstätigkeit und Qualifizierungsbereitschaft, zu Frauenproblemen in der Wissenschaft, in

ein spezielles Problem auf ein Nebengleis zu schieben. Damit geriet die Frauenforschung schon in ihren Anfängen strukturell genau in die Klemme, in der die Gender-Forschung heute immer noch steckt: Als Querschnittsproblematik von den Einzelwissenschaften aus unterschiedlichen Gründen vernachlässigt, blieb sie als selbständige Wissenschaft weitgehend unter sich.

Für den Beirat lauteten die zentralen Aufgaben: »1. Die wissenschaftliche Untersuchung der Lage der Frauen und Mädchen in der DDR (einschließlich der familiären Bedingungen) als Bestandteil der Gesamtentwicklung der sozialistischen Gesellschaft der DDR. 2. Die Entwicklung der Familie in der DDR« (gH, 1/65, S. 3). Damit wurden – entsprechend der tradierten gesellschaftlichen Zielstellung der Linken – Stand und Entwicklungstrends der Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Mädchen ins Zentrum der Forschung gerückt. Aber gleichzeitig wurde die Familie – einschließlich der Reproduktionsbereiche, der Demographie, der familiären Kindererziehung – als Forschungsgegenstand der Frauenforschung zugezogen. Und das war – aus heutiger Sicht – eine ambivalente Entscheidung. Sie stand in der Tradition der bürgerlichen Aufklärung, die das »Drinnen« zum Gebiet der Frau, das »Draußen« zum Gebiet des Mannes erklärt hatte. Diese symbolische Zuordnung hatte in der Lebenspraxis – zumal in der proletarischen – so pur nie funktioniert, aber die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weitgehend bestimmt und damit den Frauen ideell und praktisch eine Mehrfachbelastung auferlegt.

Hinter der Kopplung der Familien- an die Frauenforschung steckte nicht ein gezielt patriarchales Konzept des Ministerrats der DDR. Die Frauenkommission selbst hatte den Gründungsantrag gestellt und wahrscheinlich auch den Gründungsauftrag formuliert. Die Kopplung wurde Mitte der 60er Jahre – und wird weltweit noch – im Alltag gelebt und war damals im Bewußtsein der meisten Frauen und offenbar sogar der Funktionärinnen fest verankert. Aber in der Tendenz war sie schon anachronistisch, denn in den Familienbeziehungen zeichneten sich bereits Veränderungen ab. Nur wenige Monate nach Erscheinen des ersten *grünen Heftes* wurde das Familiengesetz der DDR von der Volkskammer angenommen, mit dem auch die Männer als Väter in die Pflicht genommen wurden. Genaugenommen wurde damals die Chance vergeben, Familienforschung als Analyse der Geschlechterverhältnisse, also als das zu betreiben, was die Feministinnen seit den 80er Jahren Genderforschung nennen. Im Gründungsauftrag wurde die Bindung der Familien- an die Frauenfrage festgeschrieben und damit eine progressivere Sicht auf die Veränderungen länger verstellt, als richtig, nützlich und notwendig war.

Auch die Zusammensetzung des Beirats hatte konzeptionelle Bedeutung. Sie war weniger personen- als funktionsbezogen. Die Absicht war offenbar, daß die Mitglieder aus möglichst vielen unterschiedlichen Praxis-, Lehr- und Leitungsbereichen Erfahrungen und aktuelle Fragestellungen einbringen und als Multiplikatoren die Ergebnisse der Frauenforschung in ihre jeweiligen Arbeitsgebiete zurückbringen sollten. Das funktionierte nur bedingt. Jedenfalls wurde es vom Akademiepräsidenten immer wieder angemahnt.

technischen Berufen und in anderen spezifischen Bereichen des Berufslebens, zur weiblichen Leitungstätigkeit und zur Schichtarbeit, aus pragmatischen Gründen auch die Beiträge zur historischen Frauenforschung, zum Gesundheitszustand der Frauen, zur westlichen Feminismusdebatte und zum Frauenleben in anderen Ländern.

Bei den folgenden Ausführungen stützen wir uns auch auf mündliche Auskünfte von Herta Kuhrig, die als Wissenschaftlicher Sekretär des Beirates die Herausgeberin der *grünen Hefte* war (1965/1 bis 1990/1) sowie von Rudi Weidig, dem langjährigen Vorsitzenden des *Wissenschaftlichen Rates für Soziologische Forschung der DDR*.

Es handelte sich um den *Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung* und den *Wissenschaftlichen Beirat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft«*, später (1974) kamen der *Wissenschaftliche Rat für Sozialpolitik und Demografie* sowie der *Wissenschaftliche Beirat für Jugendforschung* hinzu.

In der Lehre hatte Frauenforschung lange nirgendwo einen Platz. Auch nicht in der DDR, weder an den Universitäten und Hochschulen noch an den SED-Parteischulen, obwohl gerade dort Funktionärinnen aus- und weitergebildet wurden, die in ihrem Arbeitsalltag – allein schon angesichts der ständig wachsenden Zahl von lernenden, studierenden und berufstätigen Frauen – permanent mit Frauen-, Familien-, Kinderproblemen zu tun hatten. Das hätte nicht so zu sein

brauchen, wenn es (hochschul)politisch gewollt gewesen wäre. Aber andererseits können wir uns auch nicht erinnern, daß Studierende damals ein Bedürfnis nach einem solchen Fach geäußert hätten. Wir profitierten von den frauenpolitischen Errungenschaften und wußten das. Und als wir Kinder bekamen und in Vereinbarkeitskonflikte gerieten, vertrauten wir auf weitere Erleichterungen, die versprochen und ja teilweise auch realisiert wurden.

Es ist interessant, sich die Frauenemanzipation in der DDR in der Dialektik der verschiedenen Lebensbereiche und Machtkämpfe noch einmal genauer anzusehen. So war beispielsweise an der Ausarbeitung des anerkanntermaßen fortschrittlichen Familiengesetzes Hilde Benjamin maßgeblich beteiligt, deren Engagement als *rote Hilde* in anderen Zweigen des Rechtswesens sehr umstritten ist. Und im gleichen Jahr, 1965, wurden auf der 11. Tagung des ZK der SED, dem »Kahlschlag-Plenum«, mehrere DEFA-Filme verboten, in denen junge, in der DDR sozialisierte Frauenfiguren ihre neuen Lebensansprüche anmeldeten.

Die ersten *grünen Hefte* berichten beinahe ausschließlich über konzeptionelle Arbeitsschritte: Der erste war die Gründung von vier Arbeitskreisen, die wiederum aus Arbeitsgruppen bestanden. Sie wollten sich mit folgenden Themen beschäftigen:

Arbeitskreis 1: »Die gesellschaftliche Rolle der Frau beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung im Beruf« (6 Arbeitsgruppen). Arbeitskreis 2: »Probleme der Entwicklung sozialistischer Familienbeziehungen in der DDR« (3 Arbeitsgruppen). Arbeitskreis 3: »System der Maßnahmen zur Industrialisierung der Hausarbeit« (keine Arbeitsgruppen). Dieser Arbeitskreis wurde nur von der Thematik her geführt. Die grundsätzlichen Fragestellungen wurden in die Thematik der Arbeitsgruppe »Lebensstandard« beim Beirat für ökonomische Forschung der Staatlichen Plankommission aufgenommen. Soziologische Fragen wurden von den Arbeitskreisen 1 und 2 mitbehandelt. Arbeitskreis 4: »Die Rolle des geistig-kulturellen Lebens für die Entwicklung der Frau und ihre aktive Mitarbeit bei der Entwicklung der Literatur, Kunst und des gesamten kulturellen Lebens«. Dieser Arbeitskreis kam überhaupt nicht in Gang, obwohl DDR-Frauen gerade auf diesem Gebiet viel geleistet haben. Diese Grundstruktur wurde beibehalten, aber vor allem in den ersten beiden Jahren thematisch mehrmals neu akzentuiert und durch territoriale Zentren ergänzt.

Die nächsten Schritte bestanden darin, daß die Arbeitsgruppen vorhandene wissenschaftliche Arbeiten sowie verschiedene Texte zur Frauenproblematik sammelten, sichteten, analysierten und in der Auseinandersetzung damit ihre eigenen Positionen formulierten. Bei der »von den heutigen und künftigen Anforderungen an die Wissenschaft« ausgehenden Auswertung des Materials (1/65, S. 12) folgte der Beirat stringent dem Darstellungsprinzip: 1. Als gelöst zu betrachtende Probleme, 2. Offene Probleme. Dabei gingen die Verfasser/innen überraschend offensiv vor. Sie machten begründete Vorschläge, welche Probleme als nächstes wissenschaftlich in Angriff genommen werden sollten. Beim heutigen Lesen fällt auf, daß sie eine Reihe von Fragen stellten, die Feministinnen in den kapitalistischen Ländern einige Jahre später ebenfalls gestellt haben: Im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung gibt es »keine übereinstimmende und klare Verwendung der Begriffe. Es wird oft von Gleichstellung der Frau und Gleichwertigkeit gesprochen. Damit sind viele Ungenauigkeiten und auch Fehlerquellen verbunden ... Bisher unzureichend erarbeitet ist die Frage nach den Konsequenzen, die mit der Gleichberechtigung der Frau auf der Pflichtenseite verbunden sind ... Welche moralischen und rechtlichen Pflichten sich für die Frau, den Mann, den Betrieb, die staatlichen Organe usw. ergeben, ist mit Ausnahme des Familienrechts weitgehend offen. Insbesondere die arbeitsrechtliche Seite dieser Frage ist nach unserem Überblick nicht geklärt. Es gibt keine eindeutigen Aussagen darüber, ob auf Grund der Gleichberechtigung – und wenn ja, unter welchen Bedingungen – an die Frauen die gleichen Forderungen zu stellen sind bzw., ob es richtig und notwendig ist, für sie besondere Maßstäbe oder besondere Arbeitsbedingungen zu fordern« (gH 1/65, S. 18 f.). Zur »Mutterrolle« heißt es: »Einige Autoren verbinden damit (mit den physiologischen Besonderheiten der Frau – d. V.) ein natürliches Bedürfnis der Frau zur Mutterschaft und ein

natürliches Schutzbedürfnis der Frau gegenüber der Gesellschaft ... Es fehlt jedoch eine Differenzierung zwischen den Aufgaben, die nur sie auf Grund ihrer biologischen Beschaffenheit erfüllen kann, von denen, die nur sie *überwiegend* ausüben kann, von denen, die sie traditionsgemäß noch ganz oder weitgehend allein ohne Notwendigkeit ausübt, und schließlich von denen, die sie zwar nur traditionsgemäß ausführt, aber ausführen muß, weil andere Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Es fehlt also eine exakte Abgrenzung zwischen den biologisch bedingten speziellen Aufgaben der Mutter von denen, die in der Hauptsache historisch bedingt sind. So wird häufig von den besonderen und zusätzlichen Pflichten der Frau als Mutter gesprochen, wie es auch in der Verfassung der DDR der Fall ist. Worin diese Pflicht besteht – gegenwärtig und künftig –, wird als selbstverständlich vorausgesetzt, jedenfalls nicht erläutert. Es bleibt offen, ob die besonderen Pflichten der Frau sich auf die Geburt der Kinder und das Nähren, auf die ersten Entwicklungsjahre erstrecken oder – als eine besondere Aufgabe der Frau wohl gemerkt – eine Lebensaufgabe sind.« Und zu den »Pflichten als Ehe- und Hausfrau« heißt es: »Dabei wird der Begriff Pflicht nicht so verwendet, daß man annehmen könne, die Frauen würden diese Arbeiten als ihre Pflicht *betrachten*, sondern als *sein* es ihre Pflichten. Häufig entsteht der Eindruck, als bestünde das Ziel nicht darin, bestimmte Pflichten zwischen Mann, Frau und Kindern zu teilen und viele Arbeiten überhaupt aus dem Haushalt zu verbannen, sondern darin, die Frau in die Lage zu versetzen, berufstätig, qualifiziert *und* Mutter, Erzieher, Hausfrau und Ehefrau mit dem alten Pflichtenkreis, selbstverständlich auf anspruchsvollerem Niveau, zu sein.« (gH 1/65, S. 20 f.)

Ausführungen dieser Art sind ein Ansatz zur Kritik am sozialistischen Patriarchat, auch wenn dieser Begriff nicht benutzt wird. Wenn mit dieser Grundsätzlichkeit und Radikalität hätte weiter gearbeitet werden können oder dürfen, dann hätte bereits damals das begonnen, was ein knappes Jahrzehnt später die linke Frauenforschung im Westen begann: die Kritik der Geschlechterverhältnisse *als Machtverhältnisse* – auch im realen Sozialismus.

Beim Lesen der vielen konzeptionellen Erwägungen in den ersten *grünen Heften* gewinnt man den Eindruck, als habe der ganze Beirat daran gearbeitet. Aber nach Aussagen von Herta Kuhrig haben nur ganz wenige Frauen diese Arbeit getan, vor allem Anita Grandke. Das verweist auf Schwierigkeiten, mit denen der Beirat länger als ein Jahrzehnt zu kämpfen hatte: Der Beirat war zwar hoch angesiedelt und zusammengesetzt, erhielt aber keine Forschungskapazitäten, so daß keine systematische und kontinuierliche Grundlagenforschung geleistet werden konnte. Herta Kuhrig hatte als Herausgeberin der Informationshefte vornehmlich damit zu tun, auf Konferenzen, Tagungen, Verteidigungen geeignete Texte für die Veröffentlichung zu suchen oder Beiratsmitglieder aus Instituten, Institutionen oder Betrieben davon zu überzeugen, daß sie aus ihren Forschungsabteilungen Kapazitäten für die Frauenforschung abzwiegen. Es ist klar, daß sie sich für die Untersuchung von Problemen entschieden, die ihnen auf den Nägeln brannten. Es hat demnach sowohl konzeptionelle als auch pragmatische Gründe, wenn sich die überwiegende Mehrzahl aller Beiträge mit der Berufsarbeit von Frauen und ihren vielen Fa-

Im Beirat vertreten waren 17 weibliche und 11 männliche Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften; mehrere Universitäten und Hochschulen der Gebiete Geburtshilfe, Gynäkologie, Sozial- und Arbeitshygiene, Landwirtschaft, Maschinenbau, Pädagogik, Familienpädagogik, Publizistik; gesellschaftliche Organisationen (DFD, FDBG, FDJ, Frauenkommission beim ZK der SED); Institutionen (Ministerrat, Ministerium für Volksbildung, Oberstes Gericht der DDR, Staatliche Plankommission, Zentralverwaltung für Statistik, LPGen); die Frauenzeitschrift *Für Dich*. (gH 1/65).

cetten und Folgen beschäftigt: Arbeit und Ökonomie; Arbeit und Persönlichkeitsbildung; Arbeit und Leitungstätigkeit; Arbeit und Gesundheit; Vereinbarkeitsprobleme, Folgen der Mutterarbeit für die Familien, die Kinder; Kindereinrichtungen; Teilzeitarbeit ja oder nein; Aus- und Weiterbildung; Unterstützung für studierende Mütter; Frauen und Mädchen in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen etc. Ein Teil der Fragen steht heute bekanntlich noch oder wieder auf der Tagesordnung von Frauenforschung und Frauenpolitik. Und ein gravierendes Problem ist dazugekommen: Frauen und Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgen.

Das Ergebnis

»Arbeit« war eine zentrale Kategorie der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR. Nur ganz selten ging es dabei aber um Arbeit im Privathaushalt. Hausarbeit gilt seit Adam Smith als »unproduktive Arbeit« und spielte bekanntlich in der Geschichte der Linken schon immer eine untergeordnete Rolle. Die Mißachtung dieses Teils der gesellschaftlich nützlichen Arbeit in Theorie und Politik gehört zum Kern des sozialistischen Patriarchats. Genau deshalb interessierten wir uns im Rückblick dafür. Wie spiegeln sich in der DDR-Forschung das Privatleben, die familiäre Entwicklung, die häusliche Arbeitsteilung, das Erziehungsverhalten der Eltern, die Auswirkungen der mütterlichen Berufstätigkeit auf die kindliche Entwicklung, die Vorbereitung der Jugendlichen auf eine eigene Familie, das reproduktive Verhalten der Menschen und anderes mehr wider?

Zunächst ist unbestreitbar, von Anfang an gehörte eine neue Qualität des Familienlebens – eine dem Sozialismus gemäße Qualität – zu den proklamierten politischen Zielen und soziologischen Themen in der DDR. So wird im ersten *grünen Heft* formuliert: »Die Rolle des Vaters muß im Interesse der Entwicklung einer neuen Qualität des Familienlebens ebenso neu durchdacht werden wie die Rolle der Mutter« (gH 1/65, S. 25). Ein Zitat aus dem letzten *grünen Heft*, 25 Jahre später, muß wie ein Fazit dieser Bemühungen gelesen werden: »Zum einen wird Hausarbeit fast völlig aus der Wahrnehmung und der theoretischen Darstellung von Wirklichkeit ausgeblendet; zum zweiten werden – wenn schon von Haushalt, Hausarbeit die Rede ist – die Subjekte zum Verschwinden gebracht und der Arbeitscharakter dieser Tätigkeit in den Hintergrund der Wahrnehmung gedrängt« (1/90, S. 35). Solche Feststellungen mündeten 1990 in der Forderung nach einer umfassenden Reproduktionstheorie, die im linken Gedankengut bisher fehlen würde.

Hier hielten wir – zwölf Jahre später – zunächst inne und stellten fest, daß es auch heute die umfassende Reproduktionstheorie nicht gibt, daß auch heute in linken Debatten und Programmen unter Arbeit nur (oder fast nur) die in der Öffentlichkeit zu leistende Arbeit verstanden wird, daß auch heute noch das Thema Familie überwiegend als Frauenthema behandelt wird, so als sei Vereinbarkeit zwischen Berufstätigkeit und Vaterschaft kein Problem. Im Unterschied zu den 90er Jahren wird dieses Dilemma jedoch, das durchaus in der Tradition der bürgerlichen Aufklärung steht und folglich modern ist, heute kaum noch reflektiert. Wir stellten aber auch fest, daß das Thema Hausarbeit und die zugehörigen Subjekte in der DDR-

Frauenforschung keineswegs völlig ausgeblendet worden waren. Wir fanden im Gegenteil höchst aufschlußreiche Forschungsergebnisse, allerdings überwiegend in den *grünen Heften*, in den SID-Heften, die den soziologischen *mainstream* repräsentierten, dagegen kaum. Hier sollen aus der Fülle des Materials einige empirische Ergebnisse zur häuslichen Arbeitsteilung und zu den sogenannten sozialpolitischen Maßnahmen vorgestellt werden.

Zur häuslichen Arbeitsteilung

Seit 1966 (gH 4/66 und gH 5/66) sind umfangreiche Untersuchungen zum häuslichen Arbeitsaufwand und zur häuslichen Arbeitsteilung dokumentiert und zunächst mit der Hoffnung interpretiert worden, daß sich das Hausarbeitsproblem im DDR-Sozialismus auf drei verschiedenen Wegen lösen wird: *Erstens*, indem (von Frauen) bestimmte Arbeiten ganz und gar weggelassen werden. Hier ist vor allem der Bezug zu späteren Forschungen interessant. In den 80er Jahren werden junge Eltern kritisiert, weil sie ihre Kinder nicht genügend zur Hausarbeit anhalten, und es wird von einer vermuteten »neuen Einstellung der jungen Elterngeneration zu den Pflichten im Haushalt« (gH 6/80, S. 68) gesprochen. Ob diese neue Einstellung den Vorstellungen der (wohl nicht mehr jungen) Auftraggeber und Auftraggeberinnen der Forschung entspricht, bleibt offen. In den 60er Jahren jedenfalls war die Einstellungsänderung zur Hausarbeit noch ein Hoffnungsschimmer. *Zweitens* sollte Hausarbeit in größerem Maße ausgelagert werden (Vergesellschaftung). *Drittens* schließlich wurde auf mehr und bessere Haushaltstechnik gesetzt.

Das Hauptziel war also zunächst die Verringerung des Arbeitsaufwandes im Privathaushalt, nicht die gerechtere Arbeitsteilung innerhalb der Familie. Einige Jahre später wurde diese Priorität von sowjetischen Soziologen/innen noch einmal ganz explizit und mit deutlich »erhobenem Zeigefinger« betont: »Die Pflichten der Hausarbeit widersprechen in gleichem Maße den gesellschaftlichen Rollen sowohl der Frau als auch des Mannes ... Die kommunistische Lebensweise setzt nicht die gleichmäßige Verteilung »sklavischer« Funktionen, sondern die Vernichtung der »Haushaltsklaverei« voraus« (gH 5/72, S. 46).

Für die »Vernichtung« oder zumindest Verringerung der Hausarbeit schien es hinreichend Anlaß zu geben. Denn seit Mitte der 60er Jahre wurde nachgewiesen, daß in einem Haushalt mit Kindern wöchentlich etwa 48 Stunden Hausarbeit anfallen, die zu etwa 80 Prozent von den Frauen, zu etwa 12 Prozent von den Männern und zu etwa 8 Prozent von einer anderen Person (große Kinder, Großeltern) geleistet wurden (gH 5/66, S. 22). Diese Zahlen erwiesen sich sowohl in den 70er Jahren als auch später als fast konstant und kaum beeinflußt von wachsender weiblicher Berufstätigkeit. Dabei rechneten die Soziologen/innen bei diesem Thema noch mit methodischen Defekten zugunsten der Männer, denn die Frauen würden bei Befragungen zur Hausarbeit die Situation positiver einschätzen als sie ist, die Daten gewissermaßen in Richtung Gleichberechtigung schönen (gH 4/76, S. 65). Anfang der 80er wird sogar vermutet und partiell auch nachgewiesen, daß sich der Aufwand für Hausarbeit vergrößern könnte, weil die Wohnungen inzwischen größer, die

Konsumgüter inzwischen komplizierter geworden seien (gH 5/82, S. 52). Auf Arbeitersparnis durch wachsenden Technikeinsatz wurde in dieser Zeit schon nicht mehr gesetzt, denn die moderne Haushaltstechnik erwies sich gleichzeitig als wartungsintensiv. Außerdem fürchtete man um die Energiebasis der DDR.

Die häusliche Arbeitsteilung in DDR-Familien ließ sich also durch wachsende weibliche Berufstätigkeit kaum beeinflussen, wohl aber durch ein wachsendes Bildungsniveau. Höheres Bildungsniveau bei Männern führte in der Regel zu höherer Bereitschaft, sich an der Hausarbeit zu beteiligen, während bei Frauen höheres Bildungsniveau mit dem Streben nach Reduzierung der Hausarbeit verbunden war (gH 6/77, S. 29). Mit anderen Worten: Wachsendes Bildungsniveau wirkte fördernd auf die Annäherung der Geschlechter hinsichtlich der häuslichen Verantwortung, ein Prozeß, der durch den gesellschaftlichen Umbruch 1990 mit Arbeitslosigkeit einerseits und Pendeln und Überstunden andererseits völlig aus der Bahn geriet.

Erst Ende der 70er Jahre verlor Hausarbeit in der DDR-Forschung partiell ihren Ruf als »Sklavenarbeit«. Ob hinter diesem Umdenken theoretische Überlegungen zur gesellschaftlich nützlichen Arbeit standen oder die resignierende Einsicht, daß sich diese Art von Arbeit einfach nicht »vernichten« läßt, konnten wir den Dokumenten nicht entnehmen. Es fällt aber auf, daß häusliche Arbeitsinhalte nun differenziert betrachtet wurden. Man müsse zwischen »unschöpferisch-routinemäßiger Arbeit« und »Tätigkeit mit schöpferisch-kooperativen Elementen« unterscheiden (gH 6/77, S. 26). »Wenn Marx sagt, daß sich der Mensch als Persönlichkeit nur in der produktiven Arbeit entwickelt, ist das nicht gleichbedeutend nur mit produktiver Berufsarbeit. Die meisten im Haushalt anfallenden Arbeiten sind auch heute noch unerschöpfend, abtumpfend, zermürend ... Aber es gibt auch schöpferische Elemente in der Hausarbeit: Das Leiten, Planen und Wirtschaften mit allen seinen Entscheidungsfindungen, alle produktive Hausarbeit wie das Anfertigen von Kleidungsstücken, das Herstellen von Gerichten und selbstverständlich auch alle Formen des Aufziehens und Erziehens von Kindern« (gH 1/80, S. 59). Die Analysen der letzten DDR-Jahre belegen, hier nähern wir uns einer Antwort auf die Überschrift-Frage in dem Sinne, daß die routinehaften, täglich wiederkehrenden Aspekte der Hausarbeit eher von Frauen erledigt wurden. »Männern (obliegt) vornehmlich das ... zeitlich und räumlich weniger regelhafte« (gH 5/86, S. 43). Aber immerhin erlaubte das Ausmaß der häuslichen Arbeitsteilung eine geschlechtsspezifische Analyse. Auch hinsichtlich der »Hinwendung des Mannes zum Kind« (gH 3/83, S. 38) wurden in den letzten DDR-Jahren Veränderungen in Richtung partnerschaftlicher Arbeitsteilung konstatiert. Gemessen am sozialistischen Ziel einer neuen Qualität des Familienlebens war das sicherlich wenig. Gemessen am heute dominierenden Familienbild aber war es viel. Bis heute unterscheiden sich Männer in Ost und West hinsichtlich Haushalt, Kindererziehung, Geldverdienen u. a. zwar nicht so deutlich wie Frauen, aber »ostdeutsche Männer sind weniger traditionell als die westdeutschen« (Zulehner u. a.: 1999, S. 49).

Seit 1970 und bis in die 80er Jahre war das Hausarbeitsthema auch Anlaß für kontinuierliche Schulbuch-Recherchen. Die Analysen führten immer wieder zu der gleichen Kritik: Die neue Qualität des

Auf diese »Hinwendung« wurde in den Dokumenten immer wieder orientiert, weil die Väter auf Grund ihres höheren gesellschaftlichen Engagements bessere Voraussetzungen für die Kindererziehung hätten als die Mütter: »Die Väter haben konkretere Vorstellungen über das sozialistische Menschenbild und von den anzuerziehenden Persönlichkeitseigenschaften als die Mütter. Die vorhandenen Potenzen werden jedoch insgesamt noch zu wenig erziehungswirksam, weil die Väter für die Erziehung in der Familie zu wenig Verantwortung tragen und am Erziehungsprozeß unzureichend beteiligt sind ... Der Erziehungstätigkeit der Mütter ... liegen allgemeinere, weniger am sozialistischen Erziehungsziel orientierte Vorstellungen zugrunde; sie bestreiten aber den Hauptteil der täglichen Erziehungsarbeit« (gH 4/73, S. 3, S. 64).

Familienlebens, genauer die neue Rolle des Vaters, spiegele sich nicht genügend in den Schulbüchern wider. Selbstbewußte und berufstätige Mütter kämen in Wort und Bild zunehmend vor, aber in häuslichen Situationen träten »vorwiegend die Mutter oder auch noch die Großmutter in Erscheinung, während die Väter kaum genannt werden« (gH 1/70, S. 41). Kritisiert wird also, daß sich die Schulbücher zu sehr an den alltäglichen Erfahrungen der Kinder (Ist-Zustand), zu wenig am Soll-Zustand orientieren, daß sie auf diese Weise patriarchale Rollenbilder reproduzieren. Spätere Recherchen (Mitte der 80er) beziehen auch das Generationenverhältnis mit in die Analyse ein und kritisieren den Fakt, daß die Schulbücher zu wenig an den alltäglichen Erfahrungen der Kinder orientiert sind und die neue Rolle der meist noch jungen und berufstätigen Großeltern nicht angemessen darstellen (gH 4/85, S. 31). Rückblickend bleibt das Bedauern, daß solche Forschungsergebnisse nicht öffentlich und offensiv diskutiert wurden. Warum lag das Erstrebenswerte bezüglich des Geschlechterverhältnisses in der Zukunft, bezüglich des Generationenverhältnisses schon in der Gegenwart?

Zuletzt schließlich wird Hausarbeit »als notwendiges Pendant zur Berufsarbeit« (gH 3/89, S. 7) bezeichnet, keine Sklavenarbeit mehr, aber immer noch zu etwa drei Vierteln von Frauen realisiert. Und heute? Entsprechend der letzten Allbus-Befragung wird in ostdeutschen Haushalten das »Mahlzeiten zubereiten« zu 75 Prozent, das »Einkaufen« zu 35 Prozent, das »Wäsche behandeln« zu 90 Prozent und das »Putzen« zu 75 Prozent stets oder meistens von Frauen erledigt. Daß die West-Daten in jedem Fall noch höher liegen, ist kein Trost (Allbus 2000).

Zu den sozialpolitischen Maßnahmen

Die Reproduktion der Bevölkerung ist in allen modernen Gesellschaften ein ungelöstes Problem. Für die DDR-Soziologie wurde die demographische Entwicklung vor allem nach dem VIII. SED-Parteitag 1971, der die Gleichberechtigung der Frau »nach dem Gesetz und auch im Leben« verkündet hatte, ein Forschungsthema. Statistischer Ausgangspunkt war ein Geburtenrückgang seit Ende der 60er Jahre, der unter DDR-Bedingungen allerdings nie – das ist heute wichtig zu betonen – zu einer »gewollten« Kinderlosigkeit geführt hat. Fast alle DDR-Frauen hatten am Ende ihrer fertilen Phase mindestens ein Kind. Das Reproduktionsverhalten interessierte demnach immer nur im Zusammenhang mit der Bereitschaft zum zweiten und dritten Kind und war eingebettet in das soziologische Hauptthema der Lebensweiseforschung. Das bedeutete, daß die Untersuchungen zum Kinderwunsch mit Untersuchungen zur Gestaltung der Kindereinrichtungen, zur Vereinbarkeit zwischen Studium und Mutterschaft, zur Vorbereitung der jungen Generation auf Partnerschaft und Familie usw. verbunden waren. Seit Mitte der 70er Jahre wurde in diesem Kontext auch die Wirksamkeit der sozialpolitischen Maßnahmen, die auf Kinder- und Familienfreundlichkeit schlechthin orientieren sollten, soziologisch untersucht.

Am »sozialen Grundbedürfnis Kind« schien es in der DDR keinen Zweifel zu geben. In zahlreichen Untersuchungen wurde immer wieder nachgewiesen, daß Kinder (ein Kind) zur Lebensplanung fast

»Wir wissen noch nicht annähernd, was es bedeutet, das Reproduktionsverhalten der Individuen/Familien bewußt zu gestalten« (sid 5/79, S. 38). Dem Sozialismus sei nur eine einzige Art der Geburtenregelung adäquat, die »Entwicklung von Bewußtheit bei der Masse der Bevölkerung über die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge und Wirkungen ihres Geburtenverhaltens« (sid 5/79, S. 39). »So ist es gegenwärtig nicht möglich zu beschreiben, welche Kinderzahl unter gegebenen Bedingungen für die Persönlichkeitsentwicklung der Eltern und Kinder am günstigsten ist« (sid 4/85, S. 34). Eine nur an demographischen Erfordernissen gemessene Kinderzahl sei fragwürdig usw.

Aus den *grünen Heften* ist die Kontroverse ablesbar. So wird in Heft 2/74 (S. 26) behauptet, daß es notwendig und richtig sei, auch heute noch die meisten staatlichen Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung der Familie über die Förderung und Unterstützung der Frau zu realisieren. Im Unterschied dazu wird in Heft 2/76 (S. 14, 19) klargestellt, daß es sich bei der Förderung der Familie und der Förderung der Frau um zwei gleichwertige und zwei gleichzeitig zu verfolgende Aufgaben handle und daß die sozialpolitischen Maßnahmen der Förderung der Familie dienen und deshalb wahlweise von Vater oder Mutter nutzbar sein müßten. Eine konsequente Fortsetzung dieser Debatte hätte zur Patriarchatskritik führen können (oder führte zur Patriarchatskritik und wurde deshalb nicht veröffentlicht?).

aller jungen Leute gehören. Mit dem Bildungsniveau in Verbindung gebracht, erbrachten die Forschungen den (nicht interpretierten) Befund, daß es sowohl die ungelerten Frauen als auch die Hochschulabsolventinnen sind – also die Extreme in der Qualifikationsskala –, die einen höheren Kinderwunsch und auch real mehr Kinder hatten als die mittleren Gruppen. Gleichzeitig kommen alle Untersuchungen zum Kinderwunsch und zur realen Kinderzahl zu dem Ergebnis, daß sich die Menschen in der DDR diesbezüglich ihre Wünsche fast vollständig erfüllen konnten. Ein Fakt, der aus heutiger Sicht nicht oft genug wiederholt werden kann und mit entsprechenden Forschungsergebnissen anderer moderner Gesellschaften verglichen werden sollte.

Wenn aus demographischer Sicht in der DDR dennoch zu wenig Kinder geboren wurden, mußte folgerichtig »der Wunsch« gesellschaftlich beeinflusst werden. Die SID-Hefte signalisieren hier große Unsicherheit, sowohl was das Ziel, als auch was den Weg zu dieser Beeinflussung anbelangt. Dennoch wurden seit Anfang der 70er Jahre – parallel zur offiziell erlaubten »vorzeitigen Schwangerschaftsbeendigung« – die sogenannten sozialpolitischen Maßnahmen in Gang gesetzt, die im einzelnen folgende Ziele hatten (vgl. gH 2/74, S. 10 f.): Förderung junger Ehen; Förderung von Familien mit mehreren Kindern; Vergrößerung der sozialen Sicherheit für Alleinerziehende; Befähigung zur selbständigen Gestaltung von Ehe- und Familienbeziehungen; Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem.

Sowohl im Alltag als auch in der Soziologie sind diese Maßnahmen zwiespältig gewertet worden. Vor allem bei kritischen jungen Frauen standen sie von Anfang an im Verdacht, die Gleichberechtigung der Geschlechter mehr zu behindern als zu befördern. Sollten sie doch vor allem dazu führen, daß den Frauen (!) mehr Raum und Zeit für Haushalt und Familie eingeräumt wird. Letztlich haben diese Maßnahmen zwar die Erfahrung von sozialer Sicherheit stabilisiert, was den Ostdeutschen vor allem nach 1990 bewußt wurde. Ihr konkretes Ziel aber haben sie nicht erreicht. Sie haben den Betroffenen weder mehr Freizeit gebracht (gH 4/85, S. 59), noch haben sie auf Dauer – statistisch nachweisbar – die Bereitschaft zum zweiten und dritten Kind gefördert. 1971 war das letzte Jahr, in dem die einfache Reproduktion der DDR-Bevölkerung (Ersatz der Eltern-generation) möglich wurde. Die fehlende Interessenübereinstimmung zwischen Gesellschaft und Individuen in dieser Frage wurde auch klar beim Namen genannt (sid 4/85, S.25; gH 6/87, S. 59). Aber: »Es darf angenommen werden, daß der Rückgang der realisierten Kinderzahl je Frau ohne die sozialpolitischen Maßnahmen ... noch größer gewesen wäre« (gH 2/84, S. 67).

Literatur:

- Allbus 2000: SPSS-Datei in ISDA-Verwaltung, selbst ausgewertet. Der Allbus ist ein von Bund und Ländern über GESIS finanziertes Projekt, das bei ZUMA Mannheim und beim Zenralarchiv für empirische Sozialforschung Köln realisiert wird.
- Kuhrig, Herta: Frauenpolitik und Frauenbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Köln 1995.
- Weidig, Rudi: Soziologische Forschung in der DDR. Einige Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlichen Rates, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) 1997.
- Zulehner, Paul M., Völz, Rainer: Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. Ein Forschungsbericht, 3. Auflage, Ostfildern 1999.

KLAUS MÜLLER

Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen

Die neoklassische Beschäftigungsdiagnose

Man könnte darüber hinwegsehen, daß Rechtsliberale ihre wirtschaftspolitische Kompetenz nicht nur in Wahlkampfzeiten mit penetrantem Eigenlob bedenken, wäre da nicht der Kontrast zwischen einer an Substanz bescheidenen Theorie und den gewichtigen, weil vielen Menschen einleuchtenden, obgleich falschen Folgerungen, die aus dieser abgeleitet werden. Dem Denkschema »Weniger Lohn – höhere Gewinne – mehr Investitionen – mehr Arbeitsplätze und zunehmende Beschäftigung« liegt die neoklassische Arbeitsmarkttheorie zugrunde, die – abgesehen von den sich scheinbar widersprechenden empirischen Belegen – bereits in den 60er Jahren in Debatten zur Kapitaltheorie auch hinsichtlich ihrer logischen Konsistenz ernsthaft erschüttert worden war¹, sich als Bestandteil des heute dominierenden Neoliberalismus² aber als *die* ökonomische Erkenntnis schlechthin präsentiert und nach wie vor zur Begründung und Rechtfertigung wirtschaftspolitischer Programme ausgiebig herangezogen wird.

Die Neoklassik geht bei der formalen Analyse des Arbeitsmarktes analog zu der des Gütermarktes vor. Aus der Sicht des Wechselspiels zwischen dem Angebot, der Nachfrage und dem Preis existiere kein grundlegender Unterschied zwischen Fahrzeugbremsen, Vanillepudding und Arbeitskräften. Arbeitslosigkeit zeige, daß das Angebot an Arbeitskräften im Vergleich zur Personalnachfrage der Unternehmen zu hoch sei. Dieses Ungleichgewicht am gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarkt resultiere daraus, daß die Löhne (der Preis für Arbeitskräfte) zu hoch wären. Nur wenn die Arbeit billiger werde, könnten die Nachfrage auf diesem Markt steigen und mehr Männer und Frauen beschäftigt werden. Das ist die Quintessenz des neoklassischen Lohn-Beschäftigungs-Modells³, aus dem nicht nur rechts-liberale Politiker und Arbeitgeberverbände ihre wirtschaftspolitischen Weisheiten schöpfen, sondern die sich auch die rot-grünen Regierungsparteien zu eigen gemacht haben und die teilweise selbst von Arbeitslosen geglaubt wird. Gebetsmühlenartig beschwören Arbeitgeber und deren Lobby die Gewerkschaften, daß Lohnerhöhungen unvermeidlich Beschäftigungsminderungen nach sich zögen.

Erstens müßten bei einem Ungleichgewicht am Arbeitsmarkt (zu viele Arbeitsuchende im Vergleich zum Angebot an Arbeitsplätzen) die Löhne so weit sinken, bis sich ein neues Gleichgewicht auf dem Markt für Arbeitskräfte einstelle.

Zweitens dürften die Lohnzuwächse höchstens im Ausmaß der Produktivitätszunahme steigen.

Klaus Müller – Jg. 1944; Diplomwirtschaftler, Prof. Dr. sc. oec., studierte Außenhandelsökonomik an der Hochschule für Ökonomie in Berlin und war bis 1991 Hochschullehrer an der Technischen Universität Chemnitz. Forschungsgebiete: Geld und Währung, Beschäftigung, Einkommensverteilung. Wichtigste Veröffentlichungen: Irrwege der Verteilungstheorie (1980), Das profitable Elend (1982), Wo das Geld die Welt regiert (1985), Ökonomische Relativitätstheorie und ›Neoklassische Synthese‹ (1988, mit Eugeniusz Kwiatkowski), Neomonetarismus (1989, mit Manfred Braun und Günter Krause), Das Geld im gegenwärtigen Kapitalismus (1989, Mitautor), Börsenroulette (1990), Lehrbuch Buchführung (1999), Mikroökonomie (2000).

1 In der sog. Cambridge-Kontroverse wurde die neoklassische Position, derzufolge Lohnsenkungen und ein Anstieg der Profite zwingend zu arbeitsintensiveren Fertigungen, also zu mehr Beschäftigung, führten, widerlegt. Vgl. G. C. Harcourt: *Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital*, Cambridge 1972; Günther Grunert: *Mehr Beschäftigung durch mehr Ungleichheit?*, in: WSI-Mitteilungen, Heft 2/2002, S. 77.

2 Vgl. Günter Krause: *Die Geschichte der ökonomischen Theorien zwischen Mainstream und Alternative*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 143 (September 2002), S. 783 ff.

3 Von Unterscheidungen zwischen Nominal- und Reallohn sowie Präzisierung (atypischen Verläufen der Arbeitsangebotskurve u. ä.) wird hier ebenso abgesehen wie von einer Erläuterung der Gleichgewichtsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, die dazu führten, daß – Arbeitsmarktflexibilität unterstellt – ein Gleichgewichtslohn sich bilde, bei dem alle, die zu diesem Lohn arbeiten wollten, auch beschäftigt würden (die dies nicht wollten, wären damit »freiwillig« arbeitslos), weil diese Ergänzungen an der Kernaussage nichts Wesentliches ändern und überdies in Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre nachlesbar sind.

Drittens wäre der Abbau von Arbeitslosigkeit um so eher möglich, je deutlicher der Lohnzuwachs hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleibe. Gleichzeitig helfe eine stärkere Lohndifferenzierung, die vor allem Lohnabschlüsse unterhalb des Tarifniveaus einschließe, Arbeitssuchende in Beschäftigungsverhältnisse zu bringen.

Viertens müsse der Arbeitsmarkt massiv dereguliert werden. Tarifliche Mindestlöhne verhinderten, solche niedrigen Löhne festzulegen, die Vollbeschäftigung garantieren könnten. In diesem Zusammenhang fordern Arbeitgeber, den Flächentarifvertrag abzuschaffen, das Betriebsverfassungsgesetz aufzuweichen sowie arbeits- und sozialrechtliche Schutzbestimmungen für die abhängig Beschäftigten, wie zum Beispiel beim Kündigungsschutz oder bei der Entgeltfortsetzung im Krankheitsfall, zu lockern oder zu beseitigen.

Das Argument, mit niedrigen Löhnen Arbeitsplätze zu schaffen und das Ausmaß der Erwerbslosigkeit abzubauen, klingt zunächst in gewisser Weise plausibel. Der rationale Kern des neoklassischen Beschäftigungsmodells besteht darin, daß Unternehmer Arbeitskräfte, wenn überhaupt, lieber zu geringeren als zu hohen Löhnen beschäftigen würden und ihr Interesse, Arbeitsplätze anzubieten, spätestens dann erlöschen muß, wenn der Erlöszuwachs, der durch die Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften erzielt wird, die Kosten der Mehrbeschäftigung nicht mehr übersteigt. In zahlreichen Fällen mag es daher tatsächlich so sein, daß die Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, steigen, wenn die Bewerber Niedriglöhne akzeptieren statt eine angemessene Vergütung zu fordern. Doch die Zusammenhänge sind komplexer als sie das schlichte neoklassische Denkmodell zu zeigen vermag. Deshalb soll im Folgenden drei Fragen nachgegangen werden:

Läßt sich die neoklassische These, durch Lohnzurückhaltung die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, an der wirtschaftlichen Entwicklung empirisch überprüfen und nachweisen?

Worin bestehen die Vereinfachungen, Unzulänglichkeiten und damit die theoretischen Defekte des neoklassischen Lohn-Beschäftigungsmodells?

Weshalb wird die Forderung, sich bei den Löhnen zurückzuhalten und in der Volkswirtschaft Niedriglohnsektoren einzurichten, dem modernen Phänomen der Massenarbeitslosigkeit nicht gerecht? Gibt es eine Alternative?

Die empirische Überprüfung

Die Diskussion der Zusammenhänge zwischen Lohn und Beschäftigung wurde durch Phillips, gestützt auf britische Zahlenreihen Ausgang der 50er Jahre, belebt. Die Phillips-Kurve beschreibt die Beziehungen zwischen der Änderung der Geldlöhne und der prozentualen Arbeitslosigkeit in England mit einer erstaunlichen Genauigkeit für ein ganzes Jahrhundert. Sie stellt die erste große statistische Analyse dar, die neoklassische Hypothesen zumindest in einem zweifelhaften Licht erscheinen lassen mußte. Phillips hatte gezeigt, daß bei Vollbeschäftigung die Löhne stärker zunehmen als bei Arbeitslosigkeit⁴, also steigende Löhne eher mit geringer statt mit hoher Erwerbslosigkeit verbunden waren. Sicher wiesen daran anknüpfende Untersuchungen für andere Volkswirtschaften und

Zeiträume nicht immer jene signifikanten Merkmale und die Stabilität auf, die Phillips für England fand. Offensichtlich sind in der Realität unterschiedliche Konstellationen zwischen Beschäftigung und Löhnen denkbar.

So schien die Entwicklung in den 70er Jahren bis Anfang der 80er Jahre in Deutschland die neoklassische Version zu belegen. In dieser Zeit stiegen die Löhne stärker als der Produktivitäts- und Preiszuwachs. Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Doch für die 80er und 90er Jahre kommt Flassbeck in einer empirischen Studie zu einem für die neoklassische Theorie bestürzenden Ergebnis: »Frankreich, das Land mit der bei weitem höchsten Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig das Land mit der weitaus stärksten Zurückhaltung bei den Reallöhnen. Die USA, wo die Arbeitslosigkeit am Ende des Beobachtungszeitraums niedriger war als vor der Rezession von 1980/81, weisen die weitaus geringste Zurückhaltung bei den Reallöhnen auf.«⁵ Außerdem existiert die Massenarbeitslosigkeit nicht nur in Hochlohn-, sondern ebenso in Niedriglohnländern. Zur Einsicht, daß niedrige Löhne keineswegs mit hoher Beschäftigung und umgekehrt hohe Löhne mit niedriger Beschäftigung einhergehen, gelangt man auch im nationalen Vergleich.

Unter der Berücksichtigung, daß in Ostdeutschland im Durchschnitt rund vier Stunden pro Woche länger gearbeitet wird als im Westen, erhalten die Industriearbeiter im Osten nur knapp 60 Prozent des Lohnes ihrer Westkollegen.⁶ Der neoklassischen Theorie zufolge müßte diese Lohnlücke in Ostdeutschland ein wahres Beschäftigungswunder auslösen. Jeder weiß, daß umgekehrt die Arbeitslosenquote in den neuen Bundesländern aber deutlich höher als in den alten ist.⁷

Auch die Ergebnisse des sogenannten »Mainzer Modells«, mit dem Wirtschaftspolitiker hofften, einen nennenswerten Beschäftigungszuwachs zu erreichen, sind ernüchternd.⁸

Doch ist zu beachten, daß die Falsifizierung (Widerlegung) ebenso wie eine Verifizierung (Beweis, Bestätigung) theoretischer Thesen empirisch grundsätzlich so lange nicht möglich sind, wie partielle Kausalitäten (zum Beispiel der Lohn-Beschäftigungs-Zusammenhang) nur isoliert und nicht als Element der komplexen, ganzheitlichen Daseinsweise der Realität begriffen werden.

Theoretische Defekte

Erstens: Wer behauptet, der Faktor Arbeit sei zu teuer, muß sich die Frage gefallen lassen, woran er dies mißt. Dabei bedarf es eines oder mehrerer Kriterien, an denen die Höhe des Lohnes beurteilt werden müßte. Die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der einfachen Angestellten sind in Deutschland weder gemessen am *Güterpreisniveau* noch an der *Produktivität* zu hoch. Bei gegebenem Preis- und Produktivitätsniveau bedarf es vielmehr einer entsprechenden Höhe der Löhne, um den Absatz der angebotenen Güter zu sichern. Wenn seit Jahren die *Nettogewinne* (Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) deutlich stärker steigen als die Nettolöhne, sich die Schere zwischen dem Einkommen der Unternehmer und Topmanager auf der einen und dem der einfachen Angestellten und Arbeiter auf der anderen Seite immer weiter öffnet, läßt sich die These von

4 Vgl. Alban William H. Phillips: *The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1862-1957*, in: *Economica*, Vol 25 (1958), p. 283 ff.; Heinz-J. Bontrup: *Volkswirtschaftslehre*, München-Wien 1998, S. 528.

5 Heiner Flassbeck: *Reallöhne und Arbeitslosigkeit*, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 4/1998, S. 229 f.

6 Claus Schäfer: *Ungleichheiten folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung*, in: *WSI-Mitteilungen* 11/2001, S. 666. Wird die unterschiedliche Arbeitszeit ignoriert, ergeben sich für die Ostlöhne etwa 70 % des Westlohniveaus. Vgl. dazu auch: Ulrich Busch: *Mezzogiorno Ost! Na und?*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, Jg. 13 (2002) 5/6.

7 Unter Einbeziehung der versteckten Arbeitslosigkeit (ABM, Kurzarbeit, stille Reserve usw.) liegt die Arbeitslosigkeit im Osten bei ca. 30 %. (Annette Mayer: *Stand und Entwicklungsperspektiven des Transformationsprozesses in Ostdeutschland*, in: *Akademie, Zeitschrift für Führungskräfte in Verwaltung und Wirtschaft*, Heft 3/2002, S. 81.)

8 Mit dem »Mainzer Modell« sollten Arbeitslose angeregt werden, gering bezahlte Stellen anzunehmen, indem Arbeiter einen Zuschuß zu den Sozialabgaben erhalten. Bis Ende Juli 2002, fünf Monate nach der Einführung, wurden nicht

einmal 2 500 Arbeiter (statt der erhofften 20 000) »gefördert«. Da es sich dabei überwiegend um »Mitnahmeeffekte« handelte, hat das Modell keinerlei Beschäftigungseffekte gebracht (Freie Presse, Chemnitz, 14. August 2002, S. 6).

9 Vgl. ein fiktives Beispiel dazu in Klaus Müller: Mikroökonomie, 2. Auflage, Chemnitz 2001, S. 23.

den zu hohen Löhnen auch aus dieser Sicht nicht aufrechterhalten. Schließlich ist auch das Argument der im *internationalen* Vergleich zu *hohen Lohnstückkosten* falsch. Der Abstand zwischen Deutschland und einigen anderen Ländern bei dieser Größe ist zum überwiegenden Teil das Ergebnis der mit Hilfe von *Währungskursen* erfolgten Umrechnung unterschiedlicher in vergleichbare einheitliche Währungen. In Ländern, deren Währungen abwerten, sinken die Löhne, ausgedrückt in der starken Währung selbst dann, wenn sie in nationaler Währung stärker steigen als im vermeintlichen Hochlohnland, das eine starke (aufwertende) Währung besitzt.⁹ Doch abgesehen von *umrechnungsbedingten* Unterschieden in den nationalen Löhnen, muß man stets die Relationen zwischen den Einkommen, den Preisen und den Produktivitäten in den einzelnen Ländern vergleichen. Ein Vergleich *allein* der nationalen Stundenlöhne ist dagegen kaum aussagekräftig.

Die Bedeutung der Löhne als Kostenfaktor ist in den Betrieben unterschiedlich und unter anderem abhängig von der Betriebsgröße, Branche, Kapitalausstattung, Qualifikationsstruktur und vielem anderen mehr. Gerade in modernen Produktionsbetrieben sind Lohnkosten im Vergleich zu Kapital-, Material- und anderen Kostenarten teilweise nur gering, betragen oft nicht einmal 20 Prozent aller Kosten, so daß es erstaunlich ist, daß alle Übel der ökonomischen Welt ausschließlich mit angeblich zu hohen Löhnen in Verbindung gebracht werden.

Wenn aber weder gemessen an Güterpreisen, Produktivität, anderen Kosten, Gewinnen noch an Löhnen in Vergleichsländern von einem Hochlohnland Deutschland gesprochen werden kann, reduziert sich die neoklassische Behauptung auf die Formel, daß die Löhne (bzw. Lohnforderungen) einfach im Vergleich zu den Vergütungen zu hoch wären, die Unternehmer bereit sind zu gewähren.

Zweitens werden die Wechselbeziehungen, die zwischen Löhnen und Beschäftigung bestehen, nur teilweise und rudimentär erfaßt. Selbst wenn man einen Einfluß von Löhnen und Lohnänderungen auf die Beschäftigungshöhe anerkennt, bleibt zweifelhaft, ob dies eine dominante Beziehung sein kann. Weshalb sollten bei unveränderter Auftragslage Unternehmer bereit sein, weitere Arbeiter einzustellen, nur weil diese sich überreden lassen, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten? Unternehmer werden erst dann zusätzliche Arbeiter beschäftigen, wenn sie mit dem bisherigen Personal nicht mehr in der Lage sind, alle möglichen Aufträge anzunehmen und auszuführen. Und werden Unternehmer, die bei einer Absatzflaute durch die Entlassung von Arbeitern 100 Prozent des Lohnes und alle Lohnzusatzkosten einsparen können, dies nicht tun, wenn die Arbeiter sich bereit erklären, nur noch für 70 Prozent ihres bisherigen Einkommens zu arbeiten? Könnte Arbeitskräfte freisetzender technischer Fortschritt vermieden werden, wenn die Leute nur noch zur Hälfte des Lohnes arbeiten würden? Löhne sind *ein*, aber keineswegs der entscheidende Bestimmungsgrund für die Beschäftigungsgröße. Letztere hängt von den Absatz-, Produktions- und Investitionsmöglichkeiten ab. Sie wird weitgehend davon bestimmt, inwieweit das investierte Kapital auf dem Markt realisiert werden kann. Existiert diese Möglichkeit nicht oder ist sie ungewiß, wird die Produktion einge-

schränkt. Kapazitäten werden nicht ausgelastet, Arbeitskräfte entlassen. Sind die zahlungsfähige Nachfrage und damit die Absatz- und Verwertungsmöglichkeiten gering, haben Unternehmer keine Veranlassung, neue Arbeitskräfte einzustellen, selbst wenn die Löhne relativ niedrig sind.¹⁰ Die neoklassische Prämisse, eine vorgegebene Lohnsumme sei unter eine variierende Zahl von Arbeitskräften aufzuteilen, ist unhaltbar und unrealistisch.

Nicht die betrieblichen Löhne bestimmen die Beschäftigungsgröße, sondern es gilt auch und sogar primär umgekehrt: Die Beschäftigungsmöglichkeiten, selbst durch Nachfrage und Absatzmöglichkeiten bestimmt, begrenzen den Lohnspielraum, den Unternehmer im äußersten Fall zuzugestehen bereit sind, ein Spielraum, der aber nur durch konsequenten gewerkschaftlichen Kampf ausgeschöpft werden kann.

Drittens sind die neoklassischen Denkvarianten für die Analyse des Arbeitsmarktes deshalb ungeeignet, weil sie von vorgegebenen (und im Modell unveränderlichen) Ausgaben für Faktorleistungen, Einkommen- und Konsumsummen ausgehen. Nicht beachtet wird, daß Lohnsenkungen, von Unternehmern freudig begrüßt, diese Rahmenbedingungen ändern. Der makroökonomische Arbeitsmarkt ist ein *abgeleiteter* Markt. Die effektive Güternachfrage bestimmt letztlich, wieviel Beschäftigte benötigt werden, um das der Nachfrage entsprechende Angebot an Gütern zu erstellen. »Ein Überschußangebot auf dem Arbeitsmarkt kann daher durchaus mit einem Überschußangebot auf dem Gütermarkt einhergehen: Die Regale sind voll und Menschen suchen Beschäftigung.«¹¹ Sinkende Löhne verringern über Einkommens- und Konsumreduzierungen die mengenmäßige Güternachfrage, vertiefen damit das Ungleichgewicht am Gütermarkt und können gerade deshalb die Beschäftigung nicht erhöhen.¹² Die logische Struktur der neoklassischen Theorie ist offensichtlich brüchig.

Viertens unterstellt die neoklassische These, daß der Umfang der Gewinne unantastbar zu sein hat. Bei *gegebenem* Volkseinkommen bedeuten Lohnerhöhungen, daß sich die Gewinne mindern, Lohnsenkungen, daß sich die Gewinne erhöhen. Zur Transformation der höheren Gewinne in Investitionen und damit Beschäftigung bedarf es aber weiterer Voraussetzungen, über die die neoklassische Theorie schweigt. Der von dieser und ihren Befürwortern eingangs erwähnte Automatismus der Umwandlung von Gewinnen in Mehrbeschäftigung existiert nirgendwo. Steigen die Löhne im gleichen Ausmaß wie die Produktivität, ändert sich die Einkommensverteilung zwischen Beziehern von Lohn- und Gewinneinkommen nicht. Der Gewinnzuwachs entspricht in diesem Fall dem Lohnzuwachs. Die Forderung der Gewerkschaften, die Löhne im Ausmaß der Produktivitäts- und Preissteigerung zu erhöhen, ändert *nichts* an der bestehenden Einkommensverteilung, bedeutet vielmehr, daß die Gewinne und die Löhne im gleichen Umfang steigen. Wenn diese Verteilung als ungerecht empfunden wird und man berücksichtigt, daß aus Löhnen ein höherer Prozentsatz konsumiert wird als aus Gewinnen (weil die Löhne pro Kopf niedriger als Gewinne pro Kopf sind), erweist sich die geforderte Unantastbarkeit der Gewinne zumindest als zweifelhaft. Ist der Lohnanstieg kleiner als der Produktivitätsan-

10 »Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 666).

11 Fritz Helmedag: Ohne Werte und kreislaufschwach: Zum Status der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, in: Fritz Helmedag, Norbert Richter: Der Wohlstand der Personen, Festschrift zum 60. Geburtstag von Karl Georg Zinn, Marburg 1999, S. 55. Helmedag stellt die Verteilungsabhängigkeit der Technikwahl grundsätzlich in Frage (Fritz Helmedag: Die arbeitskompatible Kalkulation von Produktionspreisen, in: WISU 6/1997, S. 573-594; Ders.: Die verteilungsinvariante Messung von Produktionspreisen, in: WISU 3/1998, S. 266-285.

12 Vgl. auch Wolfgang Filc, Adalbert Winkler: Mengenerationen: Konzeption und Folgen für die Beschäftigung, in: WISU 11/1989, S. 636 ff.

stieg, ändert sich die Verteilung der Einkommen zugunsten der Gewinnbezieher. Es bleibt ein hartnäckig gehütetes Geheimnis der Neoklassik und der auf dieser Grundlage argumentierenden »Sachverständigen«, weshalb dies – was stillschweigend unterstellt wird – Voraussetzung für mehr Beschäftigung sein soll. Das starke Wachstum der Finanzmärkte in den letzten beiden Jahrzehnten resultiert gerade aus der enormen Umverteilung zugunsten der Gewinne, die nur zu einem Teil reinvestiert wurden und das Angebot an liquiden Mitteln auf den Geld- und Kapitalmärkten drastisch erhöhten.¹³

Fünftens sind die Zusammenhänge komplexer: Es existieren sowohl direkte als auch indirekte Wirkungen einer Reduzierung der Lohnquote (Anteil des Lohnes am volkswirtschaftlichen Einkommen) auf die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern sowie davon abgeleitet auf den Bedarf an Arbeitskräften. Da die Sparquote aus Lohneinkommen kleiner als die Sparquote aus Gewinneinkommen ist, muß der Anteil des Konsums am Volkseinkommen sinken, wenn sich die funktionelle Einkommensverteilung in einer Volkswirtschaft zugunsten der Gewinne verschiebt. Von einer Verringerung der Lohnquote werden das Wachstum des Bruttoinlandprodukts und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten daher negativ beeinflußt. Diesem direkt wirkenden kontraktiven Effekt einer Lohnquotenreduktion stehen indirekte Gegeneffekte gegenüber. Ist die Senkung der Lohnquote mit einer Senkung der Lohnstückkosten verbunden, könnte dies unter Umständen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern, Exporte begünstigen, die Inflation bremsen (Unternehmer haben stets versucht, Lohnerhöhungen über inflationäre Preiserhöhungen real rückgängig zu machen) und damit der Geldpolitik Zinssenkungsspielräume öffnen. Gehofft wird darauf, daß der Anstieg der Stückgewinne die Investitionstätigkeit beleben könnte, eine Hoffnung, die wegen der wegbrechenden Konsumbasis trügerisch ist. Alle diese indirekten, positiven Effekte sind daher zwar denkbar, aber in höchstem Maße unsicher. Es ist deshalb von der Dominanz der direkt wirkenden kontraktiven Wirkungen einer Lohnquotenreduktion auf Beschäftigung und Wachstum des Bruttoinlandprodukts auszugehen. Der Rückgang der Löhne am Volkseinkommen, der die Nachfrage nach zivilen Produkten mindere, dränge andererseits Teile des Kapitals verstärkt in die Rüstungsbereiche.¹⁴

Sechstens stellen neoklassisch geschulte Meinungsführer unentwegt fest, daß im Osten Deutschlands die Löhne der Produktivität vorausgeeilt wären und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen untergraben hätten. Die ungünstige Lohn-Produktivitäts-Relation sei verantwortlich dafür, daß die Arbeitslosenquote im Osten besonders hoch sei. Wer 70 Prozent der westdeutschen Löhne erhalte, aber nur über 60 Prozent der Produktivität verfüge, verdiene noch immer zu viel. Derartige Feststellungen sind irreführend,¹⁵ unter anderem auch deshalb, weil ihnen ein falscher Produktivitätsbegriff zugrunde liegt. Die Produktivität ist eine physische Größe und muß gemessen werden, indem die hergestellte Anzahl von Erzeugnissen je Beschäftigten (oder je Arbeitsstunde, Maschinenstunde u. ä.) ausgewiesen wird. Die offizielle Statistik gibt die Produktivität aufgrund objektiver Schwierigkeiten (Unmöglichkeit der Aggregation natürlicher Größen) sinnenstellend als Wertgröße an. Als

13 Vgl. Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002, S. 22 ff.

14 Rudolf Ludloff: Die produktiven Kräfte des Kapitalismus und das Programm der PDS, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 132 (Oktober 2001), S. 906.

15 Vgl. W. Kühn: Ostdeutschland: Niedrige Produktivität – zu hohe Löhne? Anmerkungen zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates, in: Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Heft 2/1997.

Maß für die Produktivität steht dann die »Wertschöpfung je Beschäftigten« (Bruttoinlandprodukt (BIP) je Beschäftigten, in jeweiligen Preisen).¹⁶ Die so ermittelten Zahlen haben mit der tatsächlichen Arbeitsleistung der abhängig Beschäftigten nichts zu tun:

- Eine Ursache für den Unterschied der BIP-Werte ist das Niveau der Preise, das im Westen höher ist als im Osten. Ostprodukte werden zu betriebsinternen niedrigeren Verrechnungspreisen an die Westzentralen geliefert. Hochbezahlte, wertschöpfungsintensive Arbeiten erfolgen vorrangig in den alten Bundesländern.

- Im Osten dominieren Klein- und Mittelbetriebe, die als Zulieferer nicht die hohen Preise durchsetzen können, die große Hersteller von hoch veredelten Erzeugnissen, die im Westen zu Hause sind, verlangen. Allein durch den höheren Anteil von Handwerksbetrieben im Osten wird die rechnerische Produktivität des verarbeitenden Gewerbes um über 20 Prozent gedrückt, obgleich die Handwerker im Osten nicht langsamer als ihre Kollegen im Westen arbeiten.

- Im öffentlichen Sektor wird die Wertschöpfung an den Inputs, das heißt auf Basis der Arbeitnehmereinkommen gemessen.¹⁷ Die Statistik setzt die in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheits- und Bildungswesen sowie in den häuslichen Dienstleistungen gezahlten Löhne und Gehälter mit den von den Beschäftigten dieser Bereiche erbrachten Leistungen gleich. Das führt dazu, daß die für den öffentlichen Sektor des Ostens ausgewiesene Produktivität nur deshalb geringer als die des Westens ist, weil auch in diesem Bereich die Einkommen der Beschäftigten in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Niveau liegen. Hier gilt: Je niedriger die Löhne, um so geringer die »Produktivität«. Und umgekehrt: Je höher das Lohn- und Gehaltsniveau, um so höher auch das der »Produktivität«. Da etwa ein Viertel der Beschäftigten in Ostdeutschland beim Staat und bei öffentlichen Organisationen arbeiten, verzerrt die lohngebundene »Produktivitätsbestimmung« in diesem Sektor erheblich den Produktivitätsausweis für die gesamte Volkswirtschaft.

- Der Mangel der offiziellen »Produktivitätsberechnung« gilt generell: Der Einkommensrückstand erzeugt selbst einen wesentlichen Teil dieser »Produktivitätslücke«. Das offizielle Maß der »Produktivität« ist nicht die Ursache, sondern zum großen Teil nur die Wirkung aus unterschiedlichen Preisen und Einkommen. Die Wertschöpfung und Produktivität erscheinen in den alten Ländern deshalb höher als in den neuen, weil dort mehr verdient und nicht, weil schneller und produktiver gearbeitet werde. Das zeigt, wie absurd die Forderung ist, im Osten »Lohnnullrunden« einzulegen, weil angeblich die Produktivität zu gering ist. Lohn- und Gehaltssenkungen würden nicht nur den Einkommensabstand zum Westen, sondern auch die vermeintlichen Produktivitätsunterschiede vergrößern, woraus erneuter Lohnsenkungsbedarf resultiere. Eine sonderbare Logik!

Eine »Zurückhaltung« bei den Löhnen, deren Wachstum hinter dem der Produktivität und der Preise zurückbliebe, würde nicht nur die Schieflage der Einkommensverteilung zwischen Gewinn- und Arbeitseinkommen vergrößern, sie müßte, da mit den ausbleibenden Löhnen auch die Nachfrage fiele, die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen und Arbeitsplätze unsicher machen. Im Osten würde der Verzicht auf

16 So zum Beispiel auch bei Mayer, die zwar zur Erklärung des »Produktivitätsrückstandes« in den neuen Bundesländern wichtige Produktivitätsdeterminanten analysiert, aber den entscheidenden Preisunterschied dabei übersieht. (Vgl. Mayer, a. a. O., S. 83 f.).

17 Zur Entwicklung der Produktivität in Deutschland, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 2002, S. 52.

Lohnanpassung bewirken, daß der Abwanderungssog in das Hochlohngebiet West anhält. Die Entwicklung und Nutzung von modernen technologie-, qualifikations- und kapitalintensiven Produktionsprozessen würde erschwert. Negativ betroffen wäre auch das Sozialsystem. Wenn sinkende Löhne sich dem Niveau der Sozialleistungen nähern, müßten auch letztere gesenkt werden, um den Anreiz zur Arbeit zu erhalten. Schließlich wäre Lohnverzicht im Osten mit Hilfe von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen ein »Einfallstor, um auch im Westen die Tarifautonomie auszuhebeln«¹⁸. Am Ende entstünde ein verkümmertes System der sozialen Sicherung, obgleich sich das reiche Deutschland durchaus ein besseres leisten und verhindern könnte, daß sich die Lage der Betroffenen verschlechtert.

18 Elmar Altvater: Am Ende stünde nicht nur der Osten schlechter da, in: Neues Deutschland, 26. November 1992, S. 8.

Wirtschaftspolitische Alternativen

Wenn sowohl aus empirischer als auch aus theoretischer Sicht Lohnsenkungen und die Dämpfung des Lohnwachstums grundsätzlich nicht geeignet sind, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden, entsteht die Frage, wie das Problem dann gelöst bzw. wenigstens gemildert werden kann. Wenn das Arbeitslosenproblem nicht auf die Höhe des Lohnniveaus reduziert werden kann, bedeutet das, nicht bei der Diskussion des Lohn-Beschäftigungs-Zusammenhangs *an sich* stehen zu bleiben, sondern die Wechselbeziehungen zwischen diesen beiden Kategorien in eine ganzheitliche Betrachtungsweise einzubinden. Denn die Realität wird zwar partiell und ausschnittsweise wahrgenommen, existiert aber ganzheitlich, das heißt in komplexer Wechselbeziehung aller ihrer Elemente.

Der Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätszuwachs wurde in der vergeblichen Hoffnung auf zusätzliche Beschäftigung häufig nicht ausgeschöpft. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse ersetzen zunehmend die Normalarbeitsverhältnisse, in denen niedrige Löhne gezahlt werden. Regionale Lohndifferenzierungen, insbesondere das erhebliche und anhaltende Ost-West-Gefälle, verfestigen sich. Die Lohnspreizung in der Vollzeitarbeit führt verbreitet zu Niedriglöhnen bis hin zu Armutslöhnen. Dies alles hat die Binnennachfrage in Deutschland außerordentlich geschwächt und so einen Teil der Arbeitslosigkeit erst geschaffen.¹⁹

Löhne und Gehälter müssen künftig zumindest im Maße des Produktivitätszuwachses und der Preissteigerungen angehoben werden. Verbunden mit mehr Steuern auf *hohe* Gewinneinkommen und Vermögen würden sie die Binnennachfrage stärken, die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Kassen mildern und auf diese Weise mehr Beschäftigung und höhere private Investitionen von der Nachfrageseite aus legitimieren. Das schließt ein, den Niedriglohnsektor zu begrenzen und die tariflichen Bruttoarbeitseinkommen unter 1 500 € stufenweise anzuheben. Fortzuführen sind die 1997 begonnenen Versuche, die europäische Tarifpolitik zu koordinieren (Doornik-Abkommen).²⁰

Zwar sind Lohnerhöhungen besonders bei den niedrigen Einkommenschargen vernünftiger als Lohnsenkungen, ein Allheilmittel gegen die Massenarbeitslosigkeit sind aber auch sie nicht. Für den Osten Deutschlands, dem eine möglichst rasche Angleichung der Einkommen an das Westniveau zu wünschen ist, brächte dies jedoch

19 Claus Schäfer: Ungleichheiten..., a. a. O., S. 671 f.

20 Michael Wendl: Löhne made in Shanghai? Globalisierung und Tarifpolitik, in: Globalisierung und Gewerkschaften, isw-Report Nr. 52, September 2002, S. 22.

21 Ulrich Busch: Am Tropic – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin 2002; Ulrich Busch, Anja Schneider: Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 127 (Mai 2001), S. 416 ff.

kaum nennenswerten Beschäftigungszuwachs. Im Osten werden nicht deshalb zu wenig Menschen beschäftigt, weil die Produktivität zu gering und die Löhne bereits zu hoch wären, sondern weil, kreislaufökonomisch betrachtet, die ostdeutsche Wirtschaft »am Tropf des Westens« hängt.²¹ Zum überwiegenden Teil werden auf ostdeutschen Märkten in westdeutschen Betrieben produzierte Waren verkauft. Der Geldtransfer von West nach Ost bereitet lediglich den Realtransfer West-Ost vor.²² Werden deshalb die notwendigen Lohnerhöhungen nicht zugleich mit einer Unterstützung ostdeutscher Produktion und einer Öffnung der Märkte für in Ostdeutschland hergestellte Produkte verbunden, fließen höhere ostdeutsche Löhne auf die Konten westdeutscher Betriebe zurück, um bestenfalls dort die Beschäftigung zu stützen. Burda und Busch heben zu Recht hervor, daß damit die Transfers letztlich nicht in Ost-, sondern in Westdeutschland einkommenswirksam werden.²³

Massenhafte Erwerbslosigkeit wirksam zu bekämpfen setzt voraus, ihre Hauptursachen aufzudecken. Dazu leistet die Neoklassik keinen Beitrag. Wesentliche Gründe für die anhaltende Arbeitslosigkeit in hochentwickelten Volkswirtschaften sind das hohe Produktivitätsniveau und sättigungsbedingte Konsumabschwächungen.²⁴ Der technische Fortschritt führt einerseits zu steigendem Pro-Kopf-Einkommen, dieses bei den Ober- und Mittelschichten zur relativen Sättigung, nachlassendem Konsum und verminderter Nachfrage, andererseits dazu, daß die Produktivität rascher als die Produktion steigt. Beides beeinträchtigt die Absatzerwartungen der Investoren, den Erweiterungsinvestitionen wird die Grundlage entzogen. Produktions- und Beschäftigungsverluste sind die Folge. Entlassungen ziehen wiederum Einkommenseinbußen nach sich, wodurch ein kaufkraftbedingter Nachfragerückgang verursacht wird. Deshalb sinkt das Steueraufkommen. Durch die so erzwungene Sparpolitik der öffentlichen und Sozialhaushalte wird das Grundübel des Nachfragemangels weiter verschärft und die Arbeitslosigkeit steigt weiter.²⁵

Kann man aus diesem negativen Kreislauf, wenn schon nicht durch Lohnänderungen, durch mehr Wirtschaftswachstum, wie immer wieder auch von linken Ökonomen gefordert wird, ausbrechen? – Ja, aber nur theoretisch, denn Notwendigkeit und Voraussetzungen für ein generelles und anhaltendes Wirtschaftswachstum sind in den hochentwickelten Ländern nicht mehr vorhanden.²⁶ Wachstum (das heißt: *mehr* als bisher zu produzieren) ist nur dort erforderlich, wo Bedarf und Nachfrage nicht gedeckt werden, also Defizite vorliegen. Das hohe Versorgungs- und Ausstattungsniveau der meisten Haushalte, die Sättigung bei vielen Gütern, begleitet von Angebotsüberschüssen auf nahezu allen Märkten, das Ausmaß der Inanspruchnahme der natürlichen Ressourcen und die ökologischen Schäden, die daraus resultieren, sowie der Rückgang des Bevölkerungswachstums in den reichen Industrieländern erfordern und ermöglichen es, sich, wenn nicht kurz-, so doch langfristig, von der Forderung nach Wirtschaftswachstum abzuwenden. Pauschales Wachstum ist nicht mehr der Schlüssel zur Lösung der Massenarbeitslosigkeit. Wo Überschüsse das Bild der Wirtschaft prägen, wird dieses Wachstum nicht mehr gebraucht. In ökonomisch führenden Ländern deshalb

22 Vgl. Michael Burda, Ulrich Busch: West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung, in: Konjunkturpolitik. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung, Heft 1/2001, S. 27.

23 Ebenda.

24 Vgl. Karl Georg Zinn: Ansätze und Chancen einer alternativen Wirtschaftspolitik, in: isw-report, Nr. 39/1999, S. 8 f.; Karl Georg Zinn: Zukunftswissen. Die nächsten zehn Jahre im Blick der Politischen Ökonomie, Hamburg 2002, S. 43 f., S. 95 f.

25 An diesem Grundproblem gehen Neoklassik und die Beschäftigungsstrategie der Hartz-Kommission völlig vorbei. Die Vorschläge dieser Kommission zum Abbau der Arbeitslosigkeit (Entwicklung von Arbeitsämtern zu Job-Centern, schnellere Vermittlung, neue Zumutbarkeitsregelungen, gezielte Vermittlung von Jugendlichen, besondere Regelungen für ältere Arbeitslose, Festlegungen zur Leiharbeit und zur erleichterten Selbständigkeit u. a.) sind sicher sinnvoll, gehen aber letztlich von der Fehldiagnose aus, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie ein Vermittlungsproblem wäre, an der Arbeitsunwilligkeit der Arbeitslosen liege und die Marktaufnahmefähigkeit der geforderten Mehrbeschäftigung von vornherein als gegeben angenommen werden könne.

26 Partiiell, sektoral, strukturell und regional wird es immer Bedarf an Wirtschaftswachstum geben (Innovationen, Umweltverbesserungen usw.), von der Notwendigkeit dazu in armen Ländern ganz abgesehen.

27 Neben einer Reihe flankierender Maßnahmen, wie sie von den Memoranden-Ökonomen seit Jahren vorgeschlagen werden (öffentliche Beschäftigungsprogramme in Defizitsektoren, Lohnstabilisierung, Steuer- und Zinssenkungen, Einsatz der Neuverschuldung zur Vermeidung und Überwindung konjunktureller Krisen, Ausweitung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik u. a.), besteht die generelle Lösung für hochentwickelte Volkswirtschaften, in denen das Wachstumspotenzial zwangsläufig zurückgehen muß, darin, eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit pro Beschäftigten vorzunehmen. (Vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2001, Köln 2001.

28 Karl Georg Zinn: Zukunftswissen, a. a. O., S. 67 f.

29 Günter Krause verweist auf »Zeichen einer möglichen Trendwende«, warnt aber zugleich vor übertriebenen Erwartungen. Vgl. Günter Krause: Die Geschichte..., a. a. O., S. 799.

30 Fritz Helmedag: Ohne Werte und kreislaufschwach: Zum Status der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie, a. a. O., S. 44.

weiterhin auf globales, undifferenziertes Wachstum zu setzen, bringt keine Lösung. Dies muß nicht beklagt werden. Eher besteht Grund zur Freude, denn man muß begreifen, daß unter den erreichten Bedingungen hochproduktiver Ökonomien und angemessenen Wohlstands die Alternative für Mehrbeschäftigung nur sein kann, die Arbeitszeit zu verkürzen.²⁷ Jenseits der Produktion beginnt bekanntlich nach Marx das wahre Reich der Freiheit. Die Umverteilung der verfügbaren Arbeitsplätze per Arbeitszeitverkürzung kann mehr Zeitsouveränität und Lebensqualität bringen. Modernste, hochproduktive Technik nimmt Menschen Arbeit ab und ermöglicht eine völlig neue Zeitkultur, in der die Erwerbsarbeitszeit für alle zugunsten der Zeiten für soziale Aktivitäten, für ehrenamtliches Engagement und für Muße eingeschränkt wird. Der Abbau der Überstunden, aber auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit, die Senkung der Wochen- und Tagesarbeitszeit, die Teilzeitarbeit auch für Männer – alle Formen der Verringerung der Arbeitszeit stehen zur Disposition. Die Vernunft des Menschen müßte doch groß genug sein, künftig auszuschließen, daß die einen zu viel und die anderen gar keine Arbeit haben. In einer privatwirtschaftlich gelenkten Ökonomie, in der das Gewinnstreben (und vor allem das *Gewinnwachstum*) dominiert, ist es jedoch ungewiß, ob eine derart radikale Neuverteilung der Arbeitszeit, die wirklich Vollbeschäftigung ermöglichen könnte, gegen den Widerstand der dominierenden Kapitalinteressen durchsetzbar ist. Nationale Alleingänge sind da wenig aussichtsreich. Eine international koordinierte Arbeitszeitpolitik gehört daher, worauf Karl Georg Zinn verweist, zu den wichtigsten beschäftigungspolitischen Aufgaben der Gegenwart. »Um dieses Ziel zu erreichen, sind grenzüberschreitende Zusammenschlüsse der Gewerkschaften notwendig, und dafür gibt es keine historischen Beispiele.«²⁸

Obgleich es der neoklassischen Lohn- und Beschäftigungstheorie aufgrund ihrer offenkundigen Defekte und unrealistischen Prämissen an Erklärungs- und Gestaltungskraft mangelt, wird sie wohl auch auf absehbare Zeit – trotz des sich insbesondere seit Ende der achtziger Jahre formierenden Widerstands gegen sie²⁹ – von ihren Verfechtern als die Krone ökonomischen Denkens präsentiert werden, die »anscheinend die Funktionsweise von Angebot und Nachfrage in Reinkultur studiert und vermeintlich den schlüssigen Beweis erbringt, daß in dieser Idealwelt alles zum Besten gerichtet sei«³⁰.

ULRICH BUSCH

Der blinde Fleck linker Politik

Aus Anlaß des 70. Geburtstages von Prof. Dr. Klaus Steinitz veranstaltete der Verein »Helle Panke« am 23. November 2002 in Berlin eine Konferenz zu dem Thema »Sozialistische Wirtschaftspolitik heute – Chancen, Spielräume, Widerstände«. Die Veranstaltung war erstaunlich gut besucht und bot dem Publikum ein breites Spektrum wirtschaftstheoretischer wie -politischer Bildung und Diskussion.

Die Laudatio hielt Christa Luft. Daran schlossen sich sieben Referate an, von Rudolf Hickel, Dieter Klein, Ingo Schmidt, Jörg Huffschmid, Joachim Bischoff, Klaus Steinitz und Fabio De Masi. Anschließend wurde zu den einzelnen Referaten diskutiert. Den Abschluß der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion, die vor allem die Aufgabe hatte, die Ergebnisse der Konferenz zusammenzufassen und offene sowie weiterführende Fragen und Problemstellungen zu markieren. Leitung und Organisation der Konferenz waren derart, daß alle inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben und Planziele eingehalten wurden, was angesichts der Fülle der Themen und Fragen und der wiederholten Versuche einzelner Redner, die ihnen zugemessene Zeit ungebührlich zu überziehen, nicht ganz einfach war, aber hervorragend gemanagt wurde.

Als erster Referent äußerte sich Rudolf Hickel (Bremen) zu der Frage, was gegenwärtig unter alternativer Wirtschaftspolitik zu verstehen sei. Seine Antwort war eindeutig: Linke alternative Politik ist heute weder Fundamentalopposition zum Neoliberalismus noch angepasste Realpolitik, sondern eine gestaltbare *Politik zur Wirtschaftsregulierung*. Theoretisch verwies er dabei auf John Maynard Keynes, dessen »General Theory« er, um seine Thesen zu unterstreichen, dem Jubilar als Geschenk überreichte und als Lektüre empfahl. Diese Geste kann in Hinblick auf ihre Symbolik gar nicht genug gewürdigt werden – nicht zuletzt ist sie ein Hinweis darauf, daß es theoretisch einiges nachzuholen gilt. »Mit Marx im Kopf keynesianisch argumentieren«, so lautete dann auch das Credo seiner Ausführungen. Zugleich betonte er, wie wichtig es sei, für eine alternative Politik eine solide *theoretische* Grundlage zu haben, nicht zuletzt, um der heute immer mehr um sich greifenden »betriebswirtschaftlichen Verblödung« in der Ökonomie zu entgehen. Nach ihm sprach Dieter Klein (Berlin), der in seiner Rede ein alternatives Gesellschaftsmodell als Maßstab für eine alternative Wirtschaftspolitik vorstellte. Er betonte, daß es neben der notwendigen Klarheit über die Ziele alternativer Politik wichtig sei, den genügenden »Druck von unten« zu erzeugen, um einer solchen Politik auch zum Durchbruch zu verhel-

Ulrich Busch – Jg. 1951;
Dr. oec. habil.; Finanz-
wissenschaftler. Redakteur
von *UTOPIE kreativ*.
Wichtige Veröffentlichung:
»Am Tropf – Die ostdeutsche
Transfergesellschaft«
(2002). Zuletzt in *UTOPIE
kreativ*: »Vermögens-
besteuerung und Neid-
perversion«, Heft 147
(Januar 2003).
e-mail: Busch@rosalux.de

fen. Die entscheidenden Stichworte für ein alternatives Modell seien individuelle *Freiheit* und *Gerechtigkeit*. Klein verwies auf entsprechende Arbeiten in der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Ausformulierung alternativer Gesellschaftsvorstellungen im Sinne des Demokratischen Sozialismus als eines transformatorischen Projekts.

Als dritter Redner griff Ingo Schmidt den Hinweis auf Keynes auf und argumentierte zu der Frage: Wie kann eine sozialökologische Politik heute zugleich keynesianische makroökonomische Politik sein? Er hob hervor, daß die gegenwärtige Krise und die Nichtbewältigung dieser durch die neoliberale Politik keynesianische Politik einerseits erschwere, andererseits aber immer dringlicher mache. Ihm schloß sich Jörg Huffschmid (Bremen) mit einem Referat zur Rolle der Finanzmärkte an. Er zeigte, daß diese an sich eine außerordentlich wichtige Funktion haben, diese heute aber gestört sei, so daß es zu Destabilisierungs- und spekulativen Übertreibungserscheinungen komme. Aufgabe linker Politik sei es deshalb, eine Re-Stabilisierung der Finanzmärkte einzuleiten, die derzeitige Umverteilung von unten nach oben umzukehren und eine stärkere Rückbindung der Finanzmärkte an die reale Ökonomie zu erreichen.

Joachim Bischoff (Hamburg) problematisierte in seinem Beitrag die Rolle der Memo-Gruppe, die seit mehr als zwei Jahrzehnten Gutachten vorlege, in der Öffentlichkeit aber weitgehend totgeschwiegen werde. Er prognostizierte, unter Bezugnahme auf Paul Krugman, daß wir heute in Europa am Rande einer Schulden- und Liquiditätsfalle stehen und möglicherweise einer großen Depression mit riesigen Vermögensverlusten und Finanzkrisen entgegensehen. Wirtschaftspolitisch sei dem nur mit einer an Keynes orientierten Politik beizukommen. Die Situation unterscheide sich aber von der, die Keynes in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts vor Augen hatte, da es heute einen Sozialstaat gibt, den es zu verteidigen gilt. Anschließend ergriff Klaus Steinitz das Wort und versuchte, den Widerspruch, wonach linke Alternativen immer dringlicher, ihre Realisierungsbedingungen zugleich aber immer ungünstiger würden, zu lösen. Er merkte an, daß es derzeit »noch kein verständliches, überzeugendes, attraktives und vor allem in der öffentlichen Meinung *realistisches* (machbares) linkes, alternatives ›Gegenleitbild‹ zum Neoliberalismus« gebe, das als Grundlage für eine konkrete Reformstrategie dienen könne. Darüber hinaus existieren nicht wenige Zweifel, ob die Zeit überhaupt reif sei für alternative Konzepte. Er betonte, daß Reformen »eine hohe Qualität und Realisierbarkeit« der Vorschläge voraussetzen würden. Auf Keynes jedoch, wie von seinen Vorrednern vorgeschlagen, rekurrierte Steinitz dabei nicht. Vielmehr sieht er die Chancen für eine größere Wirksamkeit alternativer Wirtschaftspolitik in der Arbeit vor Ort, in der unmittelbaren Umsetzung alternativer Ideen in »konkrete und realistische politische Projekte«. Ihm hierin nicht folgend, suchte der nächste Redner, Fabio De Masi, die Lösung für die bestehenden Probleme in einem gänzlich anderen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell, jenseits der »Industrieromantik«. Leider fehlte dem Redner dann die Zeit, um dem Publikum zu veranschaulichen, was darunter zu verstehen sei und wie dies zu erreichen ist.

»Die Konferenz hat das Ziel, Bedingungen und mögliche Wirksamkeit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft der Bundesrepublik, insbesondere den Stellenwert der Wirtschaftspolitik in einem sozialistischen Politikkonzept und die Realisierungschancen bzw. die Durchsetzungsmacht ihrer Vorschläge näher zu durchleuchten.« (Einladung zur Konferenz)

Im Anschluß daran begann mit der Diskussion der zweite Teil der Veranstaltung. Dieser bot ebenfalls ein breites Spektrum an Fragen und Lösungsansätzen, fiel, was das Niveau anbetrifft, gegenüber dem ersten Teil jedoch beträchtlich ab. So disqualifizierten sich einige Redner gleich selbst, indem sie sich nicht nur als alternativ und links vorstellten, sondern zugleich auch betonten, von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik »nichts« zu verstehen. Dies wurde dann auch sogleich deutlich, zum Beispiel in der Forderung nach einem generellen Verzicht auf Wirtschaftswachstum, in bestimmten Überlegungen zur Finanzpolitik und in einigen Vorschlägen zur Arbeitszeitreduzierung. Es gab aber auch nicht wenige sehr interessante und konstruktive Diskussionsbeiträge, so zum Beispiel von Ralf Krämer zur Krise der Staatseinnahmen, von Ulla Plener zur Demokratisierung der Wirtschaftsordnung und zum Stellenwert der sozialen Gerechtigkeit im Forderungskatalog alternativer Wirtschaftspolitik.

Anschließend folgte ein weiterer Block mit vorbereiteten Referaten, unter anderem von Christa Luft und Harry Nick. Alexandra Wagner referierte zur Vereinbarkeit bzw. Nichtvereinbarkeit von Beschäftigungspolitik und dem Bedürfnis nach Arbeit heute. Harry Nick polemisierte mit den Gegnern des Wirtschaftswachstums, indem er betonte, daß nicht Null-Wachstum oder ähnliches die Lösung für die Probleme sein kann, sondern ein Wachstum unter ökologischem und sozialem Vorbehalt. Auch Rudolf Hickel betonte, daß Wachstum zum ökologischen Umbau der Wirtschaft und zu einer nachhaltigen Entwicklungsstrategie unbedingt dazu gehöre. Margit Schratzenstaller äußerte sich zu einigen Grundsätzen für eine linke Steuerpolitik im Kapitalismus. Ihre Alternative zur rot-grünen Steuerpolitik lautete: Mehr Besteuerung und weniger Verschuldung, wobei der Schwerpunkt der Mehreinnahmen des Staates auf einer stärkeren Besteuerung des Kapitals liegen sollte. Keineswegs als ein Randproblem, aber doch nicht im Zentrum der Konferenz stehend, wurden Fragen der Globalisierung und der Lage in der Dritten Welt angesprochen (Peter Stier, Eugen Faude und andere). Sebastian Gerhardt mahnte mehr Theorieverständnis bei den Linken an, denn nur so ließen sich umsetzbare Konzepte erarbeiten. Erika Maier berichtete über ihre Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Berlin Marzahn/Hellersdorf.

In der zum Abschluß der Konferenz durchgeführten Podiumsdiskussion wurden bestimmte Probleme der Diskussion noch einmal aufgegriffen und in einen größeren Zusammenhang gestellt. Darüber hinaus wurde versucht, die Frage zu klären, welches wirtschaftspolitische Konzept eigentlich die PDS verfolge. Die Verbindung alternativer Verteilungs- und Demokratievorstellungen mit den Anforderungen einer linken Investitions-, Subventions-, Steuer- und Geldpolitik konnte nur sehr fragmentarisch aufgezeigt werden. Insofern erwies sich gerade das Podiumsgespräch als sehr geeignet, die blinden Flecken einer linken Politikkonzeption deutlich zu machen – und damit den Forschungs- und Diskussionsbedarf der nächsten Zeit.

»Angesichts der komplizierten ökonomischen Rahmenbedingungen sowie des voraussichtlich zukünftig schärferen Windes in den sozialen Auseinandersetzungen *steigen die Anforderungen an wirtschaftspolitische Alternativen.* (Klaus Steinitz)

»Abstrakte Diskussionen über Wachstum sind für die Ausarbeitung linker Politikkonzepte kaum von Nutzen. Auseinandersetzungen haben nur dann wirklich Sinn, wenn Fragen des Inhalts, der Struktur und der Qualität ... einbezogen werden.« (Klaus Steinitz)

STEFAN BOLLINGER

Ostdeutsche Sozialwissenschaftler – Wege der Reintegration

Wolfgang Küttler spitzte das Schicksal der ostdeutschen Sozialwissenschaftler zu. Als Individuen konnten einzelne von ihnen durchaus in der neuen Zeit überleben, geachtet von Westkollegen, auch gefragt, aber letztlich nur als Randfiguren. Ihr Nachwuchs, heute selbst im reiferen Wissenschaftleralter, hatte dagegen kaum eine Chance – und sie konnten für ihn ebenso wenig tun wie für ihre einstigen Institute. Das ist bedauerlich für die Betroffenen, aber ein Verlust für die deutsche Wissenschaft. Nicht zuletzt sind dadurch ganze Denktraditionen ausgemerzt worden.

Von diesem kritischen Befund war viel auf der von der *Initiative Sozialwissenschaftler Ost* (ISO) organisierten Konferenz zu hören.¹ Am 30. November 2002 versammelten sich im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) knapp vier Dutzend Sozialwissenschaftler, vornehmlich aus den neuen Bundesländern, zu einer Konferenz über die Ausgrenzung der ostdeutschen Intellektuellen und mögliche Chancen ihrer Reintegration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft. Die Betroffenen treibt diese Ausgrenzung bis heute um. Stefan Bollinger mahnte: »Ohne Intellektuelle, die mit den Bürgern der neuen Bundesländer Erfahrungen gemein haben, die Westdeutsche so nicht machen konnten, wird die politische Kultur beider Deutschländer eher weiter auseinanderdriften denn zusammenwachsen.« Aber weder bei den meisten westdeutschen Kollegen noch bei der Wissenschaftsbürokratie stößt dieses Problem derzeit auf offene Ohren. Hatten die Veranstalter noch im Frühjahr 2002 aufmunternde Worte aus dem Umfeld des Bundestagspräsidenten und freundliches Interesse aus dem Bundesbildungsministerium und einigen ostdeutschen Landesministerien erhalten, so hat sich der Wind nach den Bundestagswahlen wieder gedreht. Augenscheinlich sind die ostdeutschen Wissenschaftler keine Wählergröße, auf die besonders Rücksicht genommen werden muß.

Der prominenteste westdeutsche Teilnehmer, der Präsident des WZB, Jürgen Kocka, einst verantwortliches Mitglied des Wissenschaftsrates, erinnerte, daß es auf der Grundlage der Empfehlungen an Bund und Länder ein Programm der Überführung und Integration ostdeutscher Sozialwissenschaftler in das gesamtdeutsche Wissenschaftssystem gegeben hat. Seine heutige Einschätzung fällt zwiespältig aus: Diese Vorschläge hätten teilweise funktioniert, aber teilweise seien sie auch erheblich hinter den gesteckten Zielen zurückgeblieben. Teile des Programms, so das Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP), seien weitgehend gescheitert. Das sei vor

Stefan Bollinger – Jg. 1954; Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der FU Berlin, engagiert in ostdeutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. Wichtige Publikationen: Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (1996); 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (1999); Hrsg. (mit Fritz Villmar): Die DDR war anders. Eine kritische Würdigung ihrer sozial-strukturellen Einrichtungen (2002) und Hrsg. (mit Ulrich van der Heyden) Deutsche Einheit und Elitenwechsel in Ostdeutschland (2002). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: PDS-Programmatik und das Schlüsseljahr 1989, Heft 141/142 (Juli/August 2002) e-mail: StefanBollinger@compuserve.com

allein ein individuelles Problem vieler Betroffener, das durch unterschiedliche und kontroverse Gründe zu erklären sei. Da wurde die Vereinigung allein durch Ausdehnung des westdeutschen Modells auf die DDR vollzogen, die ostdeutschen Wissenschaftler mußten auf einem Markt konkurrieren, auf den sie schlecht vorbereitet waren. Dieser Markt selbst sei aber ohnehin im Umbruch und in einem Schrumpfungsprozeß. Immerhin gab es einige Ausnahmen, insbesondere das von Kocka mit verantwortete Zentrum für Zeithistorische Forschungen in Potsdam, in dem eine Integration stattgefunden habe. Bezüglich künftiger Handlungsmöglichkeiten überwog Skepsis. Neue Stipendien und Programme werde es kaum geben. Letztlich gehe es um individuelle Lösungen. Vor allem seien die positiven Errungenschaften wie die geisteswissenschaftlichen Zentren zu verteidigen. Schließlich sollten Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten unter Ausnutzung der ostdeutschen Potentiale ausgebaut werden.

Theodor Bergmann und Jörg Roesler stellten die Verwerfungen im deutschen Einigungsprozeß in einen historischen Kontext. Während Roesler insbesondere am Beispiel Elsaß-Lothringens nach 1871 auf die ungute deutsche Tradition des Anschlusses mit ihrer gegen die einheimischen Intellektuellen gerichteten feindlichen Politik verwies, brachte Bergmann seine Erfahrungen als Emigrant und politisch wie rassistisch Verfolgter ein.² Er machte eine schonungslose Rechnung über die Art und Weise der vorgeblichen Entnazifizierung des westdeutschen Hochschulsystems auf, in dem die meisten »alten Nazis« einen Neuanfang fanden. Mit Blick auf die deutsche Einheit kritisierte er, daß nun der Marxismus außerhalb aller Wissenschaft gestellt wurde, was mindestens der Einseitigkeit der DDR entspricht. Und in bezug auf die nun triumphierende Totalitarismustheorie zog er den Schluß, daß diese nicht allein die beiden Diktaturen gleichsetze, sondern die ostdeutschen Intellektuellen offenbar schlechter behandle als einst die Nationalsozialisten.

Das bestätigten in der Diskussion auch die Betroffenen.³ Hubert Laitko sprach von »Sozialdarwinismus pur«. Wenn die ISO eine Gruppe von ca. 200 Wissenschaftlern integrieren will, ein Zehntel des einstigen WIP, und dafür konkrete Vorschläge unterbreitet, dann wäre dies eine sehr überschaubare Aufgabe, die pro Bundesland 15 Personen betreffen würde und insofern faßbar bliebe.

Die anwesenden ostdeutschen Politiker, allesamt von der PDS, sahen nur begrenzte Möglichkeiten der Unterstützung. Der sächsische Landtagsabgeordnete Werner Bramke erinnerte, daß Wissenschaftspolitik Ländersache sei, dieses Problem aber nur mit einer Bundesinitiative zu lösen wäre, denn es trifft mehrere Bundesländer und sei eine gesamtstaatliche Herausforderung. Hier könnte er sich durchaus ein fraktionsübergreifendes Vorgehen vorstellen. Um etwas zu bewegen, müßten die Wissenschaftsgremien in die Pflicht genommen werden, nicht zuletzt der Wissenschaftsrat. Es bedürfe konkreter Studien zur Situation der ostdeutschen Sozialwissenschaftler, die in die Öffentlichkeit gebracht werden müssen. Nicht zuletzt gehe es um die Zukunft der Universitäten, die in den gegenwärtigen Diskussionen geschwächt werden sollen. Mit geeigneten An-Instituten könnte hier etwas bewegt werden. Nicht zu vergessen sei auch, daß

1 Siehe Bollinger, Stefan/Heyden, Ulrich van der/Kessler, Mario: Verlierer der Einheit. Die Geisteswissenschaften aus der DDR, in: hochschule ost, Leipzig, H. 3-4/2000, S. 195-203.

2 Mit anderen Emigranten hat er jüngst zur Unterstützung der ostdeutschen Kollegen aufgerufen. Siehe: Wir, die Unterzeichner, mit der deutschen Kultur und Wissenschaft verbundene Forscher und Universitätslehrer ..., in: Frankfurter Rundschau vom 11. September 2001, S. 4 (Anzeige)

3 Mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß namentlich für die Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR nach positiver Evaluierung für einzelne Wissenschaftler und Forschungsschwerpunkte klare Zusagen des Senats existierten, die letztlich nicht eingehalten wurden.

die ostdeutschen Nachwuchswissenschaftler keine Lobby haben. Eine Schlüsselfrage bleibe, daß viele ostdeutsche Wissenschaftler zu passiv, auf die eigene Arbeit konzentriert sind und sich zu wenig – auch in eigener Sache – zu Wort melden.

Berlins Wissenschafts-Staatssekretär Peer Pasternack (für PDS), selbst ausgewiesener Forscher zu Hochschulentwicklung und -transformation, betonte, daß es nichts bringe, alte Versprechungen ernst zu nehmen. Der Wissenschaftsrat habe nur Empfehlungen ausgesprochen und die politischen Akteure mußten damit umgehen. Die Erwartungen an den rot-roten Senat in Berlin sind verständlich, aber die Haushaltskrise war Bedingung für die Koalition und nicht umgekehrt. Gegenwärtig könne die Koalition nur versuchen, das Bestehende zu sichern, jedes Mehr an Stellen bedeute den Verzicht bei anderen. Es gibt Verpflichtungen für jene, die da sind. Um zusätzlich etwas zu tun oder Prioritäten zu ändern, muß dies zwischen den Parteien festgeschrieben werden. Er erinnerte daran, daß 1998 versucht wurde, für das Problem eine Teillösung zu finden, diese aber schließlich durch den sachsen-anhaltischen SPD-Staatssekretär gekippt wurde. Ohne politischen Druck auf und über die beiden Koalitionsparteien wird es auch in Berlin keine Veränderungen geben.

Mehrere Teilnehmer betonten, daß es offensichtlich im bestehenden Wissenschaftssystem selbst kaum Lösungen gibt. Wortführer waren hier bezeichnenderweise Westkollegen, die eine besondere, durchaus kritische, aber kollegiale Affinität für die Ostdeutschen haben. Clemens Burrichter kritisierte die Zielsetzung »Reintegration«. Das Selbstverständnis der DDR-Wissenschaftler als Gesellschaftswissenschaftler war deutlich weiter als jenes der westdeutschen Sozialwissenschaftler. »Warum soll man sich in ein fremdes System integrieren?« Doris Elgers forderte eine alternative *Freie Universität Potsdam*. Fritz Vilmar wandte sich ebenfalls gegen eine »falsche Unterordnung« der ostdeutschen Wissenschaftler. »Dies war nach 1989 für viele Sozialwissenschaftler ein Hauptirrtum.« Dagegen werde ein Blick auf moderne Konzepte in der DDR für ein zukunftsfähiges Deutschland gebraucht. Das betreffe sowohl das Einbringen spezifischer DDR-Wissenschaftserfahrungen als auch die differenzierte Auseinandersetzung mit der DDR und jenen Bereichen, die auch für die Gegenwart zu nutzen wären – vom Schulwesen (Polytechnik) über das Gesundheitssystem (Polikliniken) bis zu den Agrargenossenschaften. Lothar Ebener wies am Beispiel eines von ihm initiierten Instituts für Toleranz auf Möglichkeiten von ostdeutschen Wissenschaftlern, hier der Leibniz-Societät, aber auch ostdeutscher Unternehmer, hin, etwas zu bewegen.

Die Konferenz brachte viele Anregungen, die eigentlich auf den Tisch der Politiker und Verwaltungen gehörten. Dafür aber stehen die Chancen nicht gut. Es wird wohl bei der Selbsthilfe und dem Überlebenswillen der ostdeutschen Intellektuellen bleiben.⁴

4 Die Initiative Sozialwissenschaftler Ost wird über die weiteren Schritte sowohl zur Herstellung von Öffentlichkeit wie zur Zusammenführung der Betroffenen entscheiden müssen. Ohne immer wieder die Finger auf eine offene Wunde deutscher Entwicklung zu legen, wird es auch künftig nicht gehen.

VSA: Marxsche Werttheorie



Dieter Wolf
Der dialektische Widerspruch im Kapital

474 Seiten; EUR 24.90; sFr 43.30
ISBN 3-87975-889-1

Dieter Wolf rekonstruiert den dialektischen Widerspruch in der spezifischen Bedeutung, die dieser im »Kapital« als »Triebkraft« der Entwicklung der gesellschaftlichen Formen der Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft besitzt. Was den dialektischen Widerspruch in seiner Auswirkung auf die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft auszeichnet, wird aus dieser selbst und nicht aus der kritisch betrachteten Philosophie Hegels erklärt, für den der dialektische Widerspruch die »Wurzel aller Bewegung und Lebendigkeit« ist. Auf Basis eines inhaltlich verbindlichen Nachvollzugs der ökonomisch-gesellschaftlichen Prozesse, in denen der dialektische Widerspruch zwischen der Gebrauchswert- und der Wertseite der gesellschaftlichen Arbeit gesetzt und gelöst wird, setzt sich Dieter Wolf kritisch mit bekannten Theoretikern (L. Colletti, D. Henrich, H.F. Fulda, M. Theunissen, W. Becker, G. Göhler, P. Furth, H.G. Backhaus, H. Reichelt, E.M. Lange) auseinander. Diese vertreten auf Hegel und Marx bezogen einen »Anwendungsschematismus« und werfen, der Hegelschen Philosophie verpflichtet, Marx eine Reduktion der Dialektik vor. Dieter Wolf tritt dem insbesondere durch Hegels Philosophie genährten Vorurteil entgegen, der dialektische Widerspruch sei auf eine mit rationaler Wissenschaft nicht vereinbaren Weise mystisch spekulativ. Der Autor widerlegt die Bemühungen vieler Theoretiker, den dialektischen Widerspruch als logischen irrationalen Widerspruch zu interpretieren, und weist nach, dass der dialektische Widerspruch im »Kapital« durch und durch rational ist. Der dialektische Widerspruch prägt die Struktur des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, die »das entscheidende Vermittlungsglied zwischen Mensch und Natur ist«. Ausführlich wird auf Marx' Kritik am »Hegelschen Widerspruch« in der »Kritik des Hegelschen Staatsrechts« eingegangen und erklärt, warum der späte Marx zu einer Wertschätzung des »Hegelschen Widerspruchs« als »Springquelle aller Dialektik« kommt, wobei er an der früher bereits vorgetragenen Kritik festhält und sie weiter vorantreibt.

Ein systematischer Beitrag zum Verständnis der ökonomisch-gesellschaftlichen Kategorien im Marxschen »Kapital« und zum System der gesellschaftlichen Arbeit als dem entscheidenden Vermittlungsglied zwischen Mensch und Natur.

VSA

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 05 05 67
Fax 040/28 05 05 68
mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Zeitungsleser hatten im Berichtszeitraum mit etlichen neuen Vokabeln zu tun, genauer: mit Vokabeln, die ihre alten Bedeutungen abwarfen und sich neue Inhalte beschafften. Da sich Politik hierzulande hauptsächlich über Worte darstellt, ist unsere Aufmerksamkeit neuerdings mehr als früher gefordert. Selbst einst als harmlos geltende Worte oder Worte, die quasi Sympathieträger waren oder gar progressives Gedankengut andeuteten oder erstrebenswerte Tugenden, sind nicht mehr das, was sie waren. Nehmen wir die harmlose Vokabel »Reform« – überall dort, wo Bürgerinnen und Bürger »Reform« hören oder lesen, haben sie zu erwarten, daß es vor allem ihnen an den Kragen geht – die Großverdienenden sind bislang von Angstschüben verschont geblieben, eine Vermögenssteuer – beispielsweise – droht ihnen immer noch nicht.

Das drückt natürlich die Stimmung in der Bevölkerung. Und, man will es ja kaum glauben, die ist Politikern wichtig. Das ist zum Beispiel auch darum verwunderlich, weil natürlich die Stimmung der zwar nicht demokratisch legitimierten Herren Hundt & Henkel sowie der anderen Chefs der Unternehmensverbände für Politiker wichtiger sind, heimlich. Wie auch immer: »Kein Zweifel«, schrieb Antje Sirleschtoff im Berliner *Tagesspiegel*, »der Bürger ist die sperrigen Unwörter ... langsam leid. Die Leute wollen nicht noch mehr Geld in Verteilungsmaschinerien zahlen.«

Verschiedene Leute pflegen natürlich verschiedene und zuweilen auch sehr unterschiedliche Antipathien. Ich beispielsweise kann Äußerungen von Unternehmer- beziehungsweise Arbeitgeberseite nicht mehr lesen, wenn im Umfeld von Tarifverhandlungen auch die Frage »Streik« oder »nicht Streik« erörtert wird. Mindestens seit 1990, wo auch unsereins in den Geltungsbereich derartiger Auseinandersetzun-

gen katapultiert wurde, lese ich immer die gleichen Begründungen, denen zufolge »gerade jetzt«, »zu diesem Zeitpunkt« ein Streik nicht gut sei. Dieses Blablabla wurde uns auch in den vergangenen Wochen zuteil, als die Gewerkschaft Ver.di mit dem Arbeitgeber Innenminister Schily verhandelte und uns die Fernsehanstalten die Verhandlungen wie nächtliche Events präsentierten. Da standen die armen Reporter nächtens herum – und hatten eigentlich nichts zu berichten. Und immer wieder beinhalteten die Berichte (wie auch die Zeitungsartikel am Tag darauf) jene Floskel, derzufolge ein Streik »gerade jetzt ...«

Diese Unternehmerdauerleier wäre wahrlich um etliches erträglicher, wenn doch nur ein einziges Mal, erklärt würde, wann ein Streik genehm ist. Das habe ich – ich schwöre es! – noch nie gelesen.

Auch die PDS – nanu, PDS? – ist noch bei Sprache und bedient sich zuweilen eines speziellen Vokabulars. Daß zur Rezeptur ihrer innerparteilichen Auseinandersetzungen auch solche abgestandenen und unoriginellen Zankbestandteile gehören wie, daß manche und mancher von der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer als »Frau Zimmer« spricht – geschenkt. Und daß es diese Parteiiker auch nicht stört, daß der Kurs, den diese Frau lt. Wahlauftrag zu repräsentieren und zu vertreten hat, die Folge eines satten Mehrheitsbeschlusses ist – das sollen sie unter sich ausmachen oder die Partei wechseln oder einer neue gründen. Oder auch nicht. Aber viel interessanter ist doch, daß die PDS trotz ihres – oder wegen? – derzeitigen Zustandes in der Lage war, die deutsche Politik um eine Vokabel zu bereichern. Nachdem die Parteien bei Freund und Feind mit ihrer Lieblingsvokabel »vermitteln« nur noch ein Gähnen hervorzurufen vermögen, hatte es die PDS in den letzten Wochen mit dem Wort »wahrnehmbar«.

Ums »Vermitteln« – wir erinnern uns – war es immer gegangen, wenn schlechte Wahl- oder andere Abstimmungsergebnisse nicht den jeweiligen Wünschen entsprochen hatten. Auch die PDS hatte sich daran beteiligt: Nach den letzten Bundestagswahlen hatte es zunächst (bis Gera) geheißt, man habe seine Ziele und Positionen »den Wählern nicht vermitteln« können. Dieses Wort war so schön bequem, denn seine Verwendung ersparte einem vorerst die böse Gewißheit, daß die Wähler möglicherweise sehr wohl verstanden hatten – und gerade darum nicht bei den Sozialisten ihr Kreuz machten.

Nun hat die PDS eine eigene Vokabel: wahrnehmbar.

Sie kam in Umlauf, als angesichts drohenden Irak-Krieges die Frage gestellt wurde, ob die PDS dann noch weiter mit der SPD ... Die Regierungs-Sozialisten wehr(t)en sich mit Händen und Füßen dagegen, eines ihrer Hauptargumente: Die PDS sei dann nicht mehr wahrnehmbar. Schlimm genug! Insbesondere die Berliner Senatoren und PDS-Landespolitiker taten sich wieder einmal hervor. Wer gedacht hatte, der Spott und die Presse-Häme, die ihnen im vorigen Jahr wegen ihrer Haltung bei Bushs Berlin-Besuch entgegengeschlagen waren, sei ihnen eine Lehre gewesen, der irrte. Ein Krieg ist ein Klax gegen Bonusmeilen: Bei Bonusmeilen wird zurückgetreten ...

Der Bündnisgrüne Wolfgang Wieland in der *WamS*: »Ich habe ja regelrecht darum gekämpft, dass wir aus der Regierung rausgehen, ... weil ich gesehen habe, dass in einem solchen Bündnis wir die Dummen gewesen wären. Jetzt hat die PDS diese Rolle.«

Lieblich, übernehmen Sie!

Jörg Roesler,
Dagmar Semmelmann:
Ohne Energie geht gar nichts.
Die ostdeutsche Energiewirtschaft
von den Kombinat zu VEAG
(1980-1990), VEAG Vereinigte
Energiewerke AG, Berlin 2002,
192 S. (15 €)*

Diese Arbeit von Roesler und Semmelmann ragt in mehrfacher Hinsicht, von ihrem Gegenstand her als auch hinsichtlich der Methode, aus der Literatur gleichen Genres heraus. Sie behandelt die Entwicklung der Energiewirtschaft der DDR ab den achtziger Jahren und deren Transformation in die Marktwirtschaft in einer ausgewogenen, sachlichen Art und Weise. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, da nach einem langwierigen Konzentrationsprozeß die Hamburgischen Elektrizitätswerke, die BEWAG, die ostdeutschen Kraftwerke und die bedeutenden Braunkohlegruben unter Leitung des schwedischen Hauptaktionärs zum drittgrößten Energiekonzern der BRD namens Vattenfall Europe vereinigt werden.

Zu den Besonderheiten des Buches gehört, daß etwa ein Drittel des Textes aus klug ausgewählten Interviews sowohl des ehemaligen als auch des neuen leitenden Personals, der Akteure der zweiten und dritten Ebene, Meister, Brigadeleiter, Arbeiterinnen und Arbeiter besteht; verbunden mit einer fundierten Analyse und wohlthuend zurückhaltender Kommentierung der Autoren. In einer selbstbewußten, kraftvollen Sprache werden in den Interviews die Situation dieses grundlegenden Zweiges der Volkswirtschaft der DDR, die in dieser Zeit zu bewältigenden Probleme und Schwierigkeiten sowie der steinige Weg der Transformation in die Marktwirtschaft sichtbar gemacht. Das schafft unmittelbar Authentizität. Man muß dabei berücksichtigen, daß sich die Lage dieses Industriezweiges von der anderer unterscheidet: Er ist weitgehend standort- und netzgebunden und konnte bei Erhaltung eines Verbrauchermarktes aufgrund der territorialen Trennung nicht überfallartig durch westdeutsche Konzerne übernommen werden. So kam es, daß auch ein Teil des leitenden Perso-

nals übernommen wurde und zu den Hauptakteuren der Transformation gehörte. Natürlich vollzog sich auch das nicht ohne gravierende Umbrüche und schmerzhaft strukturelle Veränderungen, denn auch der Markt in den neuen Ländern veränderte sich grundlegend. Sowohl aus den analytischen als auch aus den persönlichen Einschätzungen wird deutlich, daß es sich hier von Anfang an um einen zentral gesteuerten, im besten Sinne des Wortes *geplanten* Prozeß gehandelt hat, bei dem mehr als anderswo die eintretenden sozialen Verwerfungen in bestimmtem Maße »abgefedert« werden konnten.

Aus der Lektüre des Buches drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß dieser Weg der Transformation, ähnlich wie beim Eisenhüttenkombinat Ost, der Hauptweg – weil werterhaltend und nicht verschleudernd – zur Zusammenführung der Wirtschaftspotentiale der beiden deutschen Staaten hätte sein müssen und können. Ein wesentliches Verdienst dieses Buches besteht deshalb darin, kenntnisreich, sachlich und nüchtern die Alternative gegenüber der Treuhandpolitik des Plattmachens, der Verdrängung der einheimischen Produktion und der feindlichen Übernahme des Absatzmarktes von sechzehn Millionen Menschen durch Konzerne, Handelsketten, Banken und Versicherungen überzeugend darzustellen. Eine wichtige Rolle spielte dabei ein sogenannter »Geschäftsbesorgungsvertrag«, der zwischen Treuhand, den ehemaligen Kombinat und den drei größten westdeutschen Energieerzeugungsunternehmen abgeschlossen wurde. Er diente einerseits der dominanten Wahrung der Interessen der westdeutschen Kontrahenten, ging andererseits aber von der prinzipiellen Erhaltung der Existenz der ostdeutschen Unternehmen und ihrer Versorgungsfunktion für das Gebiet der ehemaligen DDR aus. Damit war klar, wer das Sagen hatte, wobei eine Rolle spielte, daß die übernehmenden westdeutschen Unternehmen als nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlichte, lange mit einem hohen Staatsanteil ausgestattete und mit von den Gewerkschaften erkämpften Mitbestimmungsrechten agierende Konzerne noch von einer gewissen »sozialnahen Unternehmenskultur« geprägt waren.

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Trotz dieser Besonderheiten bleibt im Ergeb-

nis der Transformation die Tatsache, daß die Anzahl der Beschäftigten dieses Wirtschaftszweiges von 27 880 (1990) auf 5 900 Personen (2000) abgeschmolzen wurde. Von westlicher Seite werden in diesem Zusammenhang oftmals die Schlagworte »verdeckte Arbeitslosigkeit, niedrige Produktivität, mangelnde Motivation« ins Spiel gebracht. Im Buch wird dieser Frage nicht ausgewichen. Es heißt dort, »daß in den Braunkohlekraftwerken der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG mehr Strom mit etwa der Hälfte der in den Kraftwerken des Kombinats Braunkohle der DDR benötigten Arbeitskräfte erzeugt wurde ... Vielmehr wurden in den Kraftwerken des KBK ganze Gruppen von Berufstätigen beschäftigt und demzufolge beim Vergleich mitgezählt, die es in den RWE-Kraftwerken nicht gab. Das waren erstens die politischen Funktionäre ... Zahlenmäßig weitaus größer war eine zweite Gruppe: Im Betrieb angestellte Krippen- und Kindergärtnerinnen, im kombinatseigenen Feriendienst Tätige, Gewerkschaftsbibliothekarinnen usw. Derartige, durch das Verständnis vom sozialistischen Betrieb als sozialer Mittelpunkt der Beschäftigten im KBK vorhandene Berufsgruppen existierten im RWE-Konzern nicht. Im großen Maße galt das auch für zwei weitere Gruppen von Arbeitskräften, die im Rationalisierungsmittelbau und mit der Produktion von Konsumgütern beschäftigten Arbeitskräfte«. An diesen Fakten zeigt sich, daß es nicht nur eine grundsätzlich unterschiedliche »Unternehmenskultur«, sondern auch eine grundlegend verschiedene Gesellschaftsstruktur in beiden deutschen Staaten gab.

Daß die Energiewirtschaft von der völlig verfehlten und im Eilverfahren auf Liquidierung des Konkurrenzpotentials der DDR gerichteten Politik nicht verschont geblieben ist, zeugt folgender Vorgang: Da die Treuhand neben der Verschleuderung des Produktivvermögens der DDR gegenüber dem Finanzminister auch einmal einen Einnahmeposten vorweisen mußte, entnahm sie für den Ausweis eines möglichst hohen Verkaufserlöses für die Energiewirtschaft der DDR in Höhe von insgesamt 8 Mrd. DM rund 4 Mrd. aus dem Umlauf- bzw. den auf der Grundlage der produktiven Fonds der DDR nach der Wende erwirtschafteten Kapitalrücklagen für Amortisationen

und Erneuerung. Das heißt, den großen westdeutschen Konzernen, die 75 % des ausgewiesenen Aktienkapitals übernahmen, kostete die Einverleibung dieses bedeutenden Potentials lediglich vier Mrd. DM. Für die transformierten Energiebetriebe in den neuen Ländern entstand dadurch eine sogenannte »Investitionslücke«, die ihre Entwicklung von vornherein zurückwarf und knebelte.

Im Buch wird zusammengefaßt: »Aus heutiger Sicht betrachten leitende Mitarbeiter der DDR-Energiewirtschaft (mittlere Ebene) den damaligen Leitungsstil, insbesondere das Rapportsystem sehr kritisch. Doch in gewisser Hinsicht halten sie zentrale Steuerung und straffe Führung für notwendig. ... Insofern das Rapportsystem der technologischen Spezifik der Energiewirtschaft im allgemeinen wie der DDR-Energiewirtschaft im besonderen entsprach, wurde es von den beteiligten Leitern (nach der Umwandlung) erst einmal grundsätzlich akzeptiert.«

Für einen solch sachlich begründeten und Erkenntnisse vermittelnden Vergleich der völlig unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen finden sich im Buch viele Beispiele.

Wenn es an diesem fundierten und gut gemachten Buch etwas zu kritisieren gibt, dann ist das der Mangel an Einordnung in die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die allein schon durch den nicht wenig anspruchsvollen Titel herausgefordert wird. Durch die Herstellung dieses Zusammenhangs erschließen sich die Darstellung vieler Entwicklungen, Zwänge und Leistungen erst vollständig und würden wertvolle Seiten des Buches noch deutlicher hervortreten. Man erfährt nichts darüber, daß die DDR der weltgrößte Braunkohlenproduzent war und 1985 311 Mill. Tonnen förderte, daß mit Braunkohle 70 bis 75 % des gesamten Primärenergiebedarfs gedeckt werden mußte (in der BRD 11 %). Dieser hohe Anteil eines energetisch und ökologisch problematischen Energieträgers ergab sich daraus, daß die DDR über nichts anderes verfügte, und die UdSSR 1980 nach der fulminanten Erhöhung der Weltmarktpreise für Erdöl die vereinbarten Lieferungen an die DDR von 19 auf 17 Mill. Tonnen reduzierte. Die Problematik für die DDR wird in einem Interview deutlich: »Ich war der Meinung, daß man diese Rohbraunkohleheizkraftwerke, die

ich in meiner Verantwortung bauen mußte, nicht baut. Man kann nicht (Rohbraunkohle) mit 20 % Sand und 60 % Wasser von der Lausitz nach Rostock fahren, mit dieselbetriebenen Zügen, um dort Heizöl abzulösen. ... Aber das machen wir, weil arme Menschen am teuersten leben. ... Das ist keine Glanzleistung, es ist eine Not, die in irgendeiner Weise bewältigt werden mußte.«

An einer Stelle des Buches wird gesagt, daß mit Beginn der achtziger Jahre aus der Sicht der Betriebe und der Beschäftigten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten fühlbar zunahmen. Das ist richtig und entspricht den Eindrücken und der Meinung vieler Betroffener und Akteure. Es wird leider nicht der Zusammenhang hergestellt zu der Tatsache, daß in dieser Zeit eine der schärfsten und schwerwiegendsten Attacken des Kalten Krieges gegen die sozialistischen Länder, insbesondere die DDR, ablief. Nachdem sich der Erdölpreis 1980 gegenüber 1970 verdreizehnfacht hatte, der mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch von der DDR an die UdSSR zu zahlen war, verwirklichte die DDR ihr Heizölprogramm. Dadurch wurden aus dem bereits reduzierten Verbrauch aufgrund der Lieferabsenkungen der UdSSR noch einmal ca. sechs Mill. Tonnen Benzin, Diesel und Heizöl für den Export gegen Devisen freigesetzt. Dies ermöglichte es der DDR, der Schuldenfalle zu entkommen; ja sie wurde in dieser Zeit von den westlichen Banken geradezu als eine »sichere Adresse« gehandelt. Aber um welchen Preis? In einer gewaltigen wirtschaftlichen Kraftanstrengung wurde die bereits weltgrößte Braunkohlenproduktion innerhalb von drei bis vier Jahren von 259 auf 311 Mill. Tonnen erhöht, was den Abzug dringend benötigter Akkumulationsmittel aus anderen Bereichen erforderlich machte. Dazu kamen die steigenden Umweltbelastungen. Es wäre schon erwähnenswert, daß die Energiewirtschaft der DDR in diesen Jahren eine zwar zweiseitige, aber technisch-organisatorisch große Leistung vollbracht hat. Viele der in diesen Jahren fühlbaren inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Mangelerscheinungen ergaben sich daraus, daß sich von 1980 bis 1985 die Lieferungen der UdSSR an die DDR auf 90 % verringerten, die der DDR aufgrund der gestiegenen Erdölpreise aber auf 140 % erhöht werden mußten.

Es ist ein Gewinn, daß im Buch auch Meinungen und Stellungnahmen der westdeutschen Konzernvertreter und Beauftragten, sowohl in der Beschreibung ihrer Rolle und Wirksamkeit als auch persönlicher Eindrücke in Interviews, dargestellt sind. Dies ist interessanter, teilweise fesselnder Darstellung sichtbar gemacht zu haben, ist ein großes Verdienst dieses auch sonst gut ausgestatteten Buches.

SIEGFRIED WENZEL

* Das Buch ist nicht im Handel erhältlich, sondern kann bestellt werden bei VEAG Vereinigte Energiewerke AG, Chausseestraße 23, 10115 Berlin

Ulrich Kluge:
Ökowende. Agrarpolitik zwischen
Reform und Rinderwahnsinn,
Siedler Verlag Berlin 2001,
187 S. (18 €)

Franz Alt:
Agrarwende jetzt. Gesunde
Lebensmittel für alle,
Goldmann Verlag München 2001,
187 S. (8 €)

Landwirtschaftsministerin Renate Künast rechnete nach ihrem Amtsantritt damit, daß es auch in den nächsten drei bis fünf Jahren BSE-Fälle in Deutschland geben werde. Im September 2002 waren in Deutschland 210 bestätigte BSE-Fälle verzeichnet. Die Dunkelziffer wird höher liegen. Vor zwei Jahren hatte das Auftreten der Krankheit zu einem Zusammenbruch des Rindfleischmarktes geführt. Heute wird fast wieder soviel Fleisch konsumiert wie vor der Krise. Also alles in Ordnung, nur noch ein paar Einzelfälle? – Der Verbraucher vergißt häufig viel zu schnell. Die Liste der Skandale in der Lebensmittelindustrie ist lang. Da findet man Glykol im Wein, Salmonellen im Ei, Dioxin-Hühner wurden geortet, Nematoden tauchen im Fisch auf oder Insektizide in der Kindernahrung. Ulrich Kluge weist darauf hin, obwohl diese und andere Affären das deutsche Lebensmittelrecht in kein gutes Licht stellen, läßt die Politik nicht davon ab, es als eines der schärfsten der Welt zu loben. Doch die heutigen Strukturen in der Landwirtschaft

und der Lebensmittel verarbeitenden Industrie scheinen geradezu ein Einfallstor für Verfehlungen zu bieten, wenn man nur an die aktuelleren Ereignisse um das Unkrautvernichtungsmittel Nitrophen im Ökoweizen zurückdenkt. Der nächste Skandal kommt bestimmt.

Im Nachgang zur BSE-Krise in Deutschland erschien unter anderem das Buch »Ökowerende«, das die mangelnde Reformfähigkeit in der deutschen Agrarpolitik beleuchtet. Der Autor ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden und sammelte auch Erfahrungen als Landwirt. Das zweite hier vorgestellte Buch schrieb Franz Alt, Moderator der 3sat-Sendung »grenzenlos« und erfolgreicher Umweltautor. In seinem Band »Agrarwende jetzt« stellt er die ganze konventionelle Landwirtschaft auf den Prüfstand. Das BSE-Desaster sei nur ein Fingerzeig: Eine fundamentale Reform der Landwirtschaft stünde an.

Beide hier besprochene Agrarbücher gehen ausführlich auf die BSE-Krise ein. Die Rinderseuche kostete die EU bereits bis zum Jahresende 2000 sechs Mrd. Euro, weitere kommen inzwischen hinzu. Das Einkommen der englischen Bauern sank seit der Krise um 60 %, viele verschuldeten sich massiv, 50 000 mußten aufgeben. Über 100 Menschen starben an der Kreuzfeld-Jakob-Krankheit, die Universität Oxford schätzt, in den nächsten 40 Jahren könnten es bis zu 136 000 sein. Der britische Biologe Steven Dealer hatte als erster Wissenschaftler vor der BSE-Katastrophe gewarnt. Er meint: »Es werden sehr wahrscheinlich mehr sein«. Ulrich Kluge weist darauf hin, daß schon 1988 durch Experimente nachgewiesen worden sei, daß BSE die Speziesbarriere überspringt. Trotzdem gelangte nach wie vor ungetestetes Rindfleisch in die Geschäfte. Die britische Politik schien »blinde Kuh« zu spielen, ein Vorgang, der sich auch in anderen Ländern und auf EU-Ebene wiederholen würde.

Ebenfalls in beiden Büchern wird der extreme soziale Aderlaß des Bauernstandes thematisiert. Heute geben jedes Jahr etwa 15 000 Landwirte in Deutschland ihre Höfe auf. Seit 1950 sind das 1,1 Mill. Der bäuerliche Exodus betraf in einer Generation rund 4 Mill. Menschen. Viele wurden vom Haupterwerb Landwirtschaft in die nebenberufliche Existenz

abgedrängt. Franz Alt vermerkt, die Bauern verfügen über unterdurchschnittliche Einkommen, müssen dafür aber oft überdurchschnittlich lange und unregelmäßig arbeiten. Aufgabe für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wäre es, den Bauern wieder zum »Kulturträger« auf dem Lande zu machen.

Eine dritte Thematik ist die hochproblematische Förderpraxis der Brüsseler Agrarbürokratie. Die EU setzt die Hälfte ihres Haushalts, das sind derzeit jährlich 60 Mrd. Mark, für die Subventionen in der Landwirtschaft ein. Franz Alt kritisiert, daß nur ein Drittel dieser Mittel beim Bauern ankommt, zwei Drittel aber Kosten seien, die durch eine verfehlte Landwirtschaftspolitik verursacht werden. Erst produziert man Überschüsse, hinterher müssen sie für viel Geld vernichtet werden. Doch was empfehlen Kluge und Alt? Wie kann die ökologische Agrarwende aussehen? Die Antworten fallen unterschiedlich bis konträr aus. Kluge meint, die Artenvielfalt könne auch durch eine nachhaltige Landwirtschaft nicht umfassend geschützt werden. Ein Hindernis bei der Einführung von Biolebensmitteln sei, normale Möhren und Eier lassen sich von ihren Bio-Konkurrenten nicht unterscheiden. Das ganze Buch über wartet man darauf, wann Kluge endlich auf die landwirtschaftliche Ökowerende zu sprechen kommt. Man wartet vergeblich. Auch im letzten Kapitel ist die Ausbeute fatal dünn. Agrarhistorischer Sachverstand kann dem Buch ohne weiteres bescheinigt werden. Jedoch der Titel »Ökowerende« ist irreführend.

Der Autor regt an, die mittelständische Landwirtschaft für die Hinwendung zu mehr Ökologie besonders zu fördern. Der mittelständische Familienbetrieb sei die beste Form für die künftige Landwirtschaft. Bei dieser Ausschließlichkeit würde Franz Alt energisch Einspruch erheben. Es spricht einiges dafür, daß er recht hat. So transformierte sich zum Beispiel die LPG »Wilhelm Pieck« zur GmbH »Ökozentrums Werratal«. Das Ackerland von drei Dörfern wird von diesem Betrieb ökologisch bewirtschaftet. Um auch im Ökosektor nicht davon abhängig zu sein, so viel wie möglich Fördergelder abzuschöpfen und danach die Produktionsstruktur auf ungesunde Weise auszurichten, setzt man in der »Öko-LPG« auf Direktverarbeitung und Direktver-

marktung. Die Lebensmittel werden vor Ort in eigenen Markthallen angeboten.

Kluge meint, der mittelständische Familienbetrieb baue wegen seiner dezentralen Produktionsstrukturen keine seuchengefährdeten Massenbestände in den Ställen auf und führe nicht zur Überproduktion. Besonders das erste Argument ist sicher kritisch abzuwägen, könnte aber durch dezentralere Viehhaltung auch im größeren Agrarbetrieb entschärft werden. Als Vorteil hinzufügen ließe sich, im Familienbetrieb sind die Arbeitenden zu hohem Anteil reelle Eigentümer. Freilich könnte es auch in einem größeren landwirtschaftlichen Ökobetrieb Miteigentümerschaft der Arbeitnehmer geben.

Franz Alt will sich nicht mit wenigen Prozenten an ökologischem Landbau zufrieden geben. Bis 2030 sollte die gesamte Landwirtschaft in zügigen Schritten auf biologischen Landbau umgestellt werden. Unser Nachbar Österreich hat hier bereits einen großen Vorsprung. Würde man in den nächsten Jahrzehnten die Landwirtschaftssubventionen nicht mehr für Flächenstilllegungen, Lebensmittelvernichtung, Schlachtorgien zur Preisstützung u. ä. verwenden, sondern dafür investieren, daß gesunde Nahrung mit ökologischen Anbaumethoden produziert wird, dann könnte die Landbauwende recht schnell in Gang kommen. Zwar lägen die Erträge beim ökologischen Landbau im Schnitt um ein Drittel niedriger, aber dies sei genau die Menge, die beim konventionellen Anbau in der EU wieder vernichtet werden müsse. Günstige Darlehen für die Bauern beim Umstieg auf die ökologische Landwirtschaft sind erforderlich. Zwiebeln sollten nicht aus Neuseeland oder Fleisch aus Argentinien eingeführt werden, ebenso wenig wie Futtermittel aus Drittweltstaaten. Ganz zu Recht prangert der Autor die globalisierten Agrarmärkte an. Dabei schädigen hochsubventionierte Agrarexporte in arme Länder oft deren Landwirtschaft, treiben die dortige Bauernschaft in den Ruin.

In Deutschland gibt es heute ungefähr 500 Professoren für Land- und Forstwirtschaft und nur etwa 1 % davon sind ökologisch orientiert. Wir brauchen ein Max-Planck-Institut für ökologischen Landbau. Lehrstühle und Studienfächer müssen auf eine zukunftsfähige Landwirtschaft zugeschnitten werden. Verbes-

serungsfähig ist die Vermarktung von Bioprodukten. Nicht nur auf dem Bauernhof, sondern auch in der Kaufhalle sollten sie erhältlich sein. Sechs Monate nach der ersten BSE-Kuh konnten in Deutschland Ökoläden ihren Umsatz um 80 % steigern. Ein Blick in die manchmal schon vorhandenen Ökoregale der Lebensmittelketten verrät: Die reale Preisdifferenz zwischen dem Ökoangebot und herkömmlichen Lebensmitteln muß kleiner werden. Allein mit Alts Hinweis auf die hohen Gesundheitskosten falscher Ernährung werden sie noch nicht zum Verkaufrenner. Würden sich jedoch die Schattenlasten der bisherigen Lebensmittelproduktion im Preis widerspiegeln, wäre dies längst erreicht. Die heutige Landwirtschaft produziert jährlich mindestens 50 Milliarden Mark volkswirtschaftliche Schäden, wie die Verseuchung der Böden und des Grundwassers mit Pestiziden u. a. Stoffen, Schäden durch Überdüngung, die Erosion auf Ackerflächen usw.

Freilich ist ein weiterer Pluspunkt für das Buch »Agrarwende jetzt«, daß die Verkehrswende, eine vollständige solare Energiewende, die Hinwendung zu nachwachsenden Rohstoffen u. ä. mit thematisiert werden. Die Landwirtschaft ist mit 10 bis 15 % am Treibhauseffekt beteiligt, so fallen bei der Tierzucht große Mengen an Methan an. Die Belastung unserer Biosphäre mit diesen enormen Risikoeffekten müssen wir versuchen, drastisch abzubauen.

Die im Kyoto-Protokoll vereinbarte Reduktion von Klimagasen weltweit wird die tägliche Treibhauslast von mehr als 100 Mill. Tonnen pro Tag nur unwesentlich vermindern. Kohlendioxid als wichtigstes Gas bleibt mehr als 100 Jahre klimaaktiv. So wird die planetare Wärmefalle unvermeidlich zuschnappen. Wir werden nicht nur solare Energieerzeugung und mehr technologische Ökoeffizienz brauchen, sondern auch eine umfassende intelligente Selbstbegrenzung.

Zwar sieht auch Alt die heutigen Ökonomien auf einem krebsartigen Wachstumskurs. Doch wir werden uns auch zu fragen haben, ob der Weg in die hochtechnisierte, personalarme Subventionslandwirtschaft nicht zu erheblichen Anteilen ein Fehler war, der uns in diesem Jahrhundert teuer zu stehen kommen wird, spätestens, wenn in der übrigen Welt ein

bis zwei Milliarden Bauern von ihren Feldern durch die Agrarkonzerne und landwirtschaftliche Hochleistungstechnik vertrieben worden sind. Die damit verbundene Landflucht wird katastrophale soziale Verhältnisse nach sich ziehen.

MARKO FERST

**Werner Pfau:
Neue Rezepte für untertäniges
Denken. Eine Kritik des Radikalen
Konstruktivismus, AStA Univer-
sität Bremen 2002, 21 S.**

Der *Allgemeine Studenten und Studentinnen Ausschuß* der Universität Bremen eröffnet mit dem Beitrag von Werner Pfau eine *Schriftenreihe zu Bildung & Wissenschaft*, die den Anspruch hat, »die Institution Universität, wie auch die in ihr betriebene Wissenschaft, einer kritischen Betrachtung zu unterziehen« (S. 3). Damit ergibt sich ein breites Spektrum wissenschaftlicher Analyse, dessen kritische Untersuchung sowohl aktuelle bildungspolitische Debatten als auch die Resultate universitärer wissenschaftlicher Arbeit umfassen soll. Den Einstieg in die Publikationsreihe leistet Werner Pfau mit seiner Kritik des Radikalen Konstruktivismus, die schnell generellen Charakter annimmt und zu einer grundsätzlichen Kritik »institutioneller Erkenntnistheorie und Wissenschaftstheorie« (S. 7) wird. Mit dieser thematisch sehr anspruchsvollen überarbeiteten Fassung eines Vortrages eröffnet der AStA Bremen sein publizistisches Projekt.

Der Gegenstand der Erkenntnistheorie ist die Wirklichkeit, die in objektiven Kriterien und Kategorien erfaßt werden soll. Der Radikale Konstruktivismus bestreitet hingegen die Möglichkeit einer objektiven, ontologischen Wirklichkeit und stellt dieser eine rein subjektive Wirklichkeitskonstruktion gegenüber (S. 14). Unter Bezugnahme auf Ernst von Glasersfeld, einen der führenden Radikalen Konstruktivisten, widerlegt Pfau in einer geistreichen und teilweise witzigen Sprache – hier macht sich der frühere Vortragscharakter des Beitrages bemerkbar – die Argumente des Radikalen Konstruktivismus und weist auf Wi-

dersprüche innerhalb dieser Theorie hin. Als Beispiel sei hier auf die »völlig ordnungslose, chaotische Welt« (Glaserfeld) verwiesen, innerhalb derer wir uns eine (subjektive) Ordnung denken können. Herrscht aber eine »völlig ordnungslose, chaotische Welt« vor, so Pfau, dann gibt es auch kein Wir, das sich eine Ordnung denken kann (S. 14). Der Radikale Konstruktivist erinnert in diesem Zusammenhang an den solipsistischen »Murphy« eines Samuel Beckett, dessen konstruiertes Sein schließlich sein Ende durch ein objektiv wirkliches und wirkendes Feuer fand. Eine bittere Erkenntnis, an der der Skeptiker Murphy nicht mehr selbst teilhaben konnte. Aber zurück zu Pfau: Dieser stellt anhand dreier Beispiele dar, was er für den Untertanengeist des Radikalen Konstruktivismus hält. Nachdem der Radikale Konstruktivismus das nach Pfau wirkliche Kriterium der Erkenntnis, nämlich wahr oder falsch, ablehnt, greift er auf die »unwirklichen«, aber theoriekonsistenten Kriterien Stabilität und Erfolg zurück, durch die er zu einer Mischung aus »Opportunismus und Idealismus« wird (S. 19). So findet sich der Konstruktivismus als eine der theoretischen Säulen der Psychologie wieder, in deren Kontext dann reale gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit zu persönlichen, zu subjektiven Problemen würden, die der instabilen Konstruktion der Wirklichkeit geschuldet seien (S. 20). Diese Polemik setzt Pfau fort, indem er das konstruktivistische Kriterium des Erfolgs auf ideologische Gedankengebäude anwendet und unterstellt, daß die jeweilige, ideologisch inspirierte Regierungsform in der Logik des Radikalen Konstruktivismus allein durch ihr Bestehen erfolgreich sei. Somit sei zum Beispiel auch der Faschismus erfolgreich gewesen. Und in dieser Konstruktion besteht nach Pfau der Opportunismus (S. 20). Das dritte untertänige Element der kritisierten Theorie bestünde in der intendierten Trennung von Theorie und Praxis. Die Pluralität subjektiver Meinungen führe dazu, daß von der Umsetzung einer Meinung Abstand genommen wird, da eine Umsetzung dieser Meinung einem Angriff auf die Meinung des anderen gleichkäme. Daraus folgt eine prinzipielle Trennung von Theorie und Praxis, zwischen dem Nachdenken über die Welt und dem Handeln in ihr (S. 21). Mit weitreichenden politi-

schen Implikationen: der Trennung von Gesellschaft und Staatsgewalt, der geistigen Unterwerfung der Bürger unter das staatliche Gewaltmonopol (S. 21). Somit würde der Radikale Konstruktivismus zu einer Theorie, die bestehende gesellschaftliche Mißstände beibehalte und im Gegensatz zum eigenen Namen auf konstruktive Elemente verzichte.

Insgesamt ist der Beitrag von Pfau ein interessanter Einstieg in die angekündigte Reihe des AstA der Universität Bremen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die normative Zielstellung der Herausgeber erfüllt und »die publizierten Texte die gewünschten Diskussionen auslösen und so auf den wissenschaftlichen wie bildungspolitischen Meinungsbildungsprozeß zurückwirken« (S. 3). Von daher sei die Lektüre allen an bildungspolitischen und wissenschaftlichen Fragestellungen und Entwicklungen Interessierten empfohlen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf:
Globalisierung der Unsicherheit.
Arbeit im Schatten, schmutziges
Geld und informelle Politik,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2002, 394 S. (24,80 €)

Die im Verwertungsinteresse der Investoren sukzessive durchgesetzte kapitalistische Globalisierung, unsere »geistige Enteignung« (Mathias Greffrath¹) schafft sich ihre Gegner. Vielfältige globalisierungskritische soziale, entwicklungspolitische oder ökologische Bewegungen einigen sich bei Aktionen und Programmen auf kleinste gemeinsame Nenner. Solche Praxis ruft nach einer kritischen Theorie der Globalisierung, zu der Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf mit ihrem bereits in 5. Auflage vorliegenden Standardwerk *Grenzen der Globalisierung* einen grundlegenden Beitrag leisteten.² Nun liegt von den beiden in Berlin lehrenden Sozialwissenschaftlern als Ergebnis eines DFG-geförderten Projekts die ebenfalls fundierte, gleichwohl leserfreundliche Pflichtlektüre *Globalisierung der Unsicherheit* vor. Unsicherheit ist die Negation von Sicherheit,

die in erster Linie als »... eine Folge der Regelhaftigkeit des Handelns, welches durch förmliche Institutionen gewährleistet wird« (S. 39), verstanden werden kann. Nutznießer von Sicherheit sind die in gesellschaftlichen oder ökonomischen Auseinandersetzungen jeweils Schwächeren. Der Abbau von Sicherheit, also die Verbreitung von Unsicherheit – mit der arbeitsmarktpolitische Begriffe wie Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung oder Deregulierung korrespondieren – dient dagegen den jeweils Mächtigeren.

Ausgehend von der Formulierung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wird die Informalisierung der Arbeit untersucht. Den Begriff der Informalisierung übertragen die Autoren weiter auf das Geld und schließlich auf die Politik. Wie der Titel besagt, konzipiert das Autorenduo die aus Informalisierungen folgende »Unsicherheit« als Gemeinsamkeit negativer Produkte der Globalisierung. Ohne Einschränkung überzeugen die im Abschnitt »Arbeit im Schatten« zu findenden Kapitel zum Abbau von Sicherheit, der neoliberal inspirierten Informalisierung der Arbeit. Sind wir doch – Altvater/Mahnkopf illustrierend – in Deutschland seit langem Zeugen der Deregulierung des Arbeitsmarktes, neuerdings im Zeichen der Hartz-Kommission. Die entlarvende Rede von der »Ich- AG« bringt die individualisierende, die Privatisierung sozialer Risiken bezweckende Strategie auf den unfreiwillig satirischen Begriff. Indes kann nur informalisiert werden, was zuvor in Sicherheit generierende Formen gebracht wurde. Altvater/Mahnkopf erklären die historische Entwicklung zum regulierten (männlichen) Normalarbeitsverhältnis als Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und industriekapitalistischer Klassenkompromisse, die nun »unter dem Zwang der Globalisierung« aufgekündigt werden.

Daß der Wettkampf um die Verbilligung der Arbeit von einem führenden Industriestaat nicht gewonnen werden kann, läßt sich hier nachlesen, wird aber an den politischen Ersatz-Schaukämpfen nichts ändern. Hoffentlich wissen die Entscheidungsträger wenigstens, was sie tun und glauben nicht ernsthaft, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. »Die globale Wettbewerbsfähigkeit verlangt Produktivitätssteigerungen, und diese bedeuten, daß weniger Arbeitsplätze geschaffen (oder erhalten) als

nachgefragt werden. Informalisierung ist also *Begleiterscheinung der Strukturanpassung*, die allen Gesellschaften abverlangt wird ... Anders als die ILO ursprünglich angenommen hatte, ist der informelle Sektor also nicht eine Modernisierungsreserve, sondern ein Sektor, in den die sozialen Kosten einer Modernisierung unter den Bedingungen der globalen Konkurrenz externalisiert werden können.« (S. 155)

Während die Folgen der Arbeitsmarkt-Deregulierung verbreitet Gegenstand sozialwissenschaftlicher und/oder politischer Kontroversen sind, wird der Deregulierung des Geldes weitaus weniger Beachtung geschenkt. Dabei ist der Zusammenhang evident: »Also sind nicht nur durch Arbeit und in der Arbeit die Individuen vergesellschaftet. Geld normiert die soziale Beziehung ebenso.« (S. 181) Und es spaltet die Weltgesellschaft. »Es ist eine globale Klasse von Geldvermögensbesitzern entstanden, die wie im wucherischen Frühkapitalismus auf ›rent-seeking‹ geht.« (S. 184) Daß dabei neben »legalen« Verwertungsmöglichkeiten eben auch die Illegalität gesucht wird, belegen die Autoren an zahlreichen Beispielen wie Drogenhandel, Anlagekriminalität, Waffenhandel, Menschenhandel (Prostitution und Arbeitskräfte), Steuerhinterziehung, Kapitalflucht u. a. m., was alles Geldwäsche zur boomenden Branche werden läßt. Die Autoren konstatieren einen zeitlichen Zusammenhang des prekär werdenden Normalarbeitsverhältnisses, also der Intensivierung der Arbeitsmarkt-Unsicherheit, und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems, wie es unter Keynes' Ägide in Bretton Woods geschaffen worden war. Beides datiert auf die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Diese Koinzidenz wird nicht nur zeitlich, sondern vor allem auch sachlich gesehen. Ausgehend von Krisen infolge der Deregulierung der internationalen Finanzinstitutionen und -märkte (über die, zeitgleich auf deutsch erschienen, das äußerst lesenswerte Buch des Weltbank-Insiders Joseph Stiglitz³ handelt), ergaben sich weltweit Arbeitsmarktkrisen und -katastrophen. Die fünf Kapitel des Abschnitts »Schmutziges Geld« beleuchten die Informalisierung des Geldes unter nahezu allen denkbaren Aspekten.

Während Arbeit und Geld somit überzeugend unter der Rubrik Unsicherheit abgehandelt werden, stellen sich hinsichtlich der

dritten tragenden Säule des Gesamtkonzeptes Fragen. Kann in gleicher Weise von der Informalisierung der Politik gesprochen werden? Die Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte nutzt den Verwertungsinteressen derjenigen, die über Kapital verfügen. Dies kann hinsichtlich informeller Politik nicht generell gesagt werden. So sind formelle Sicherheits- und Innenpolitik, vor allem inflationsbekämpfende Geldpolitiken als Rahmen für die ungestörte Akkumulation von Kapital geradezu unabdingbare Voraussetzungen, wohingegen die Entwertung demokratischer Entscheidungsprozesse durch die verordnete Übernahme nationaler oder transnationaler informeller Kungelrunden (vom Nationalen Ethikrat bis zum Weltwirtschaftsforum) schon eher die Globalisierungsideologie unterstützen kann. Andererseits sind nach geltenden Standards etwa Greenpeace oder Attac sowie viele Aktionen der Globalisierungskritiker auch informell. Politik ist auf allen Ebenen neben und unter ihrem institutionellen und formellen Mantel immer auch informell. Wer einmal in einem Ortsverein Positionen oder Personen durchsetzen wollte, kennt die »corner politics«.

Da auch den Autoren ausweislich ausführlicher Darlegungen im Längs- und Querschnitt geläufig ist, daß formelle Politik lediglich die sichtbare Spitze des politischen Eisberges ausmacht, erscheint die Zuordnung dieses Feldes zum Gesamtkonzept nicht völlig überzeugend. Dies, obgleich selbstverständlich andererseits die Abkehr von formellen politischen Regeln durchaus auch das Hegemoniestreben großer Kapitalfraktionen belegen kann, wenn etwa der US-Präsident unter Bruch internationaler Regeln einen Überfall auf ein souveränes Mitgliedsland der UN plant. Daß weiter etwa Korruption – die Prostitution von Politikern oder Beamten – negative informelle Politik ist, bleibt unbestritten.

FRIEDHELM WOLSKI- PRENGER

1 Mathias Greffrath: Fade Globalisierungssoße. Festrede zur Einführung des neuen Stadtschreibers von Bergen-Enkheim, Uwe Timm, in: Frankfurter Rundschau Nr. 202, 31. 8. 2002.

2 Vgl. Rezension von Reinhard Griening dazu in: *UTOPIE kreativ*, Heft 80 (Juni 1997) S. 90 ff.

3 Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.

Joseph Stiglitz:
Die Schatten der Globalisierung,
 Siedler Verlag Berlin 2002, 304 S.
 (19,90 €)

Nach Herman Daly, der zwischen 1988 und 1994 Chefökonom im Umweltdepartement der Weltbank war und für seine widerborstigen Schriften zu einer systemkritischen politischen Ökologie 1996 den Alternativen Nobelpreis erhielt, wird Joseph Stiglitz (Ökonomie-Nobelpreisträger von 2001) gern als der zweite bedeutende Dissident aus den ansonsten eher dem neoliberalen mainstream verpflichteten internationalen Finanzinstitutionen angesehen. Und er selbst sieht es wohl auch so.

In der Tat fällt Stiglitz mit seinem eher keynesianisch fundierten theoretischen und politischen Konzept aus dem Rahmen neoliberaler Tristesse, die heutzutage in den Chefetagen großer Konzerne und Banken zu herrschen pflegt. Nach fast drei Jahrzehnten im akademischen Lehrbetrieb reüssierte Stiglitz, der zu einer Vielzahl von wirtschaftstheoretischen Fragen gearbeitet hat, 1993 wohl auch aufgrund seiner breiten Kompetenz zum persönlichen Berater von Bill Clinton und war später von 1997 bis Januar 2000 Chefvolkswirt der Weltbank. Sein Ruf als ›alternativer Ökonom‹ verbindet sich vor allem mit seiner expliziten Kritik an den Strategien von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF). Auch der vorliegende Band befaßt sich faktisch ausschließlich mit den vielfältigen Facetten dieser Thematik – von unfairen Handelspraktiken und fragwürdigen Krisenbewältigungsprogrammen bis zu den Fehlschlägen der Systemtransformation in Rußland. Wer in erster Linie ein wissenschaftlich argumentierendes, theoretisch gesättigtes Werk erhofft hatte, wird allerdings enttäuscht. Statt wissenschaftlich fundierter Vorschläge zu wirtschaftsstrategischer Alternativen, präsentiert Stiglitz eine Art thematisch geordnetes Tagebuch, das allem Anschein nach vor allem der Selbstentlastung oder auch Rechtfertigung dient und in dem gelegentlich auch mit Eigenlob nicht gespart wird.

Genaugenommen bestätigt Stiglitz als prominenter Insider nur das, was aus dem üblichen Verhalten von IWF und Weltbank ohnehin ge-

folgt werden konnte. Beide vertreten mit ihrer bedingungslos positiven Sicht auf den Globalisierungsprozeß vor allem die Interessen des internationalen Finanzkapitals und der sogenannten Geberländer. Die »von IWF und Weltbank aufoktroierte Konditionalität« bei der Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer beeinträchtigt nicht selten tiefgreifend »die Fähigkeit des Landes ..., seine dringlichsten Probleme anzupacken« (S. 61). Überraschend an den Schilderungen ist eigentlich nur, daß sich offenbar alles auch tatsächlich genauso verhält, wie es insbesondere Globalisierungskritiker schon seit längerem anprangern. Und die Art und Weise, wie Stiglitz dies bestätigt, macht sein Buch zu einem Dokument der Frustration.

Zwar erkennen »fast alle ..., daß irgend etwas gründlich schief gelaufen ist« (S. 18 passim) mit der Globalisierung, doch eine Kurskorrektur erweist sich als nahezu unmöglich. Dafür, daß sich nichts wirklich ändert, bürgen allein schon die Selbstimmunisierung der internationalen Finanzinstitutionen gegen jede Form von Kritik, der eigenartige Hang zu bloßen Machtdemonstrationen und nicht zuletzt die dominierende Rolle von wirtschaftlichen Sonderinteressen der USA. Neben Weltbank und IWF spielt zudem vor allem die Welthandelsorganisation (WTO) bei der Festlegung der »Spielregeln« der Globalisierung« (S 246) eine höchst problematische Rolle. Das gegenwärtige – von der WTO im Interesse der Industriestaaten erbittert verteidigte – »System des Welthandels (ist) so ungerecht, daß die ärmsten Länder nicht nur keinen angemessenen Anteil an den Früchten erhalten, sondern ... sogar schlechter dastehen als zuvor« (S. 280 f.).

Im Zentrum der Kritik steht für Stiglitz aber der IWF, wobei seine Einlassungen zu diesem Thema nicht selten auch von Kompetenzgerangel und dem deutlichen Bemühen um eine Änderung der Rollenverteilung geprägt sind. Weil die Diagnosen und Hilfsmaßnahmen des IWF durch »mangelnde Kohärenz« (S. 231) gekennzeichnet seien, plädiert Stiglitz dafür, daß sich der IWF wieder auf seinen ursprünglichen Gründungszweck – nämlich die Abwendung von Liquiditätskrisen – konzentriert, statt als eine Art von »Inkassobüro der G-7-Staaten« (S. 239) zu agieren. Die Forderung nach seiner gänzlichen Abschaffung hält er jedoch für »ziemlich sinnlos«. Denn »würde man den IWF

abschaffen, dann würde er höchstwahrscheinlich in einer anderen Form wiedererstehen« (S. 247) – also bleibt nach Stiglitz nur seine Reform.

All seine, mitunter auch fundamental kritischen Überlegungen machen jedoch den Autor noch nicht zu dem, was man als ›alternativen Ökonom‹ bezeichnen könnte. Stiglitz bleibt eher ein verzagter Keynesianer, der im Prinzip nicht über »keynesianische Standardrezepte« (S. 144) – wie »expansive Fiskal- und Geldpolitik« (S. 145) oder das klassische Wachstumsparadigma (vgl. S. 36 passim) – hinaus kommt. Auch sein Verständnis von »Globalisierung« und »Entwicklung« ist durchaus konservativ. Dies erklärt nicht zuletzt, weshalb ihm der Alternative Nobelpreis, anders als bei Herman Daly, verwehrt blieb. Es hat nur zum »ordinären« Nobelpreis gereicht – und das zu Recht.

ARNDT HOPFMANN

**Karl Marx, Friedrich Engels:
Gesamtausgabe (MEGA).
Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung
Amsterdam. Erste Abteilung,
Bd. 31: Friedrich Engels – Werke,
Artikel, Entwürfe, Oktober 1886
bis Februar 1891. Bearbeitet von
Renate Merkel-Melis,
Akademie Verlag Berlin 2002,
XVI, 1440 S., 22 Abb., 2 Bde. im
Schuber (168 €)**

Es ist an der Zeit, den Bearbeiter eines MEGA-Bandes mehr zu rühmen als dessen Autor. Der Autor heißt immerhin Engels, und die Bandbearbeiterin »bloß« Merkel-Melis. Sie hat doppelt so viel Jahre gebraucht, um die Texte zu bearbeiten, wie deren Autor gebraucht hatte, um sie zu erarbeiten, zumal er sich in dieser Zeit auch noch mit Marxens *Kapital* herumzuschlagen und Hunderte von Briefen in vieler Herren Länder zu schreiben hatte. Der von M.-M. verfaßte Apparataband, keine Zeile zuviel, ist entschieden länger als der Textband. Und wer sich schon einmal als Bandbearbeiter versucht hat, der weiß, daß die Kärmertätigkeit von Edierenden ein schweißtreibenderes Unternehmen zu

sein pflegt als die Geniestreiche literarischer Haudegen, besonders, wenn sie eine so flotte Feder führen wie Engels als Journalist.

Die – aus der Sicht eines Bandbearbeiters – *Crux* dieses MEGA-Bandes besteht darin, daß es sich hier um kein Schwerpunktthema, sondern um die Wiedergabe von annähernd siebenzig verschiedenen Dokumenten politischer Publizistik über zumeist heterogene Gegenstände handelt, die in deutsch, englisch oder französisch und zuweilen (bei einer schwer, wenn überhaupt, durchschaubaren Arbeitsteilung) mit anderen gemeinsam, für teils zensierte, teils für zensurfreie Publikationsorgane und für einen jeweils anderen Adressatenkreis verfaßt wurden, teils aber auch in einem Entwurfsstadium stecken geblieben sind.

Es dürfte einleuchten, daß solch ein *Patchwork* zu edieren, vermehrter Anstrengung bedarf, da doch entsprechend den vorbildlichen Gepflogenheiten und Editionsrichtlinien der MEGA als einer historisch-kritischen Werkausgabe bei jedem einzelnen Dokument separat seine Entstehung, Überlieferung und Textkonstitution darzustellen, eine Zeugenbeschreibung der zugrundegelegten Handschriften, Abschriften oder Druckschriften sowie ein Varianten- und Korrekturverzeichnis anzufertigen ist, bevor dann die von Marx/Engels benutzten Quellen, die von ihnen erwähnten Personen und weniger bekannten Sachverhalte historischen, politischen, sozialen und wissenschaftlichen Charakters erläutert (wohlgemerkt: nicht kommentiert oder interpretiert!) werden.¹

Inhaltlich bietet der Band zwei umfangreichere, miteinander in einem gewissen Zusammenhang stehende Texte, nämlich die Vorarbeiten für eine (in Zeiten angekündigter Präventivkriege heute wieder einmal hochaktuelle) Broschüre über *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte*, hier erstmals auf der Grundlage der Originalhandschriften vollständig und in chronologischer Reihenfolge wiedergegeben, sowie den seinerzeit zunächst in deutsch, englisch und russisch erschienenen und danach in weitere Sprachen übersetzten Aufsatz über *Die auswärtige Politik des russischen Zarentums*, der von Beginn an Kalamitäten aller Arten auslöste, bis auch Stalin vorübergehend seine Veröffentlichung verbot (S. 612). Ferner finden sich, um wenigstens einige Beispiele zu nennen, zehn Vorworte zu früher publizierten Arbeiten, eine weitere von Engels redigierte Übersetzung des *Kommunisti-*

schen Manifests ins Englische², auch das von ihm verfaßte »Preface« mit der umstrittenen Behauptung, daß der Grundgedanke des *Manifests* »is destined for history what Darwin's theory has done for biology« (S. 120); die Zurückweisung des Antisemitismus mit dem Schlußsatz von Engels, daß er, wenn er wählen müßte, lieber ein Jude als ein Adliger wäre (S. 251); seine Reisenotizen in den USA, jener »go ahead nation« samt Prüderie und dem Selbstwertgefühl, daß in ihr das Zeug zur größten Nation des kommenden Jahrhunderts stecke (S. 159); seine Porträtzeichnung Friedrich Wilhelms IV. als Dubiosum (S. 393); sein bekannter (wenn auch zumeist verkannter) Satz, daß er kein Marxist sei (S. 268), übrigens mit einer bissigen Ergänzungsbemerkung über diejenigen, die mit ihren naiven Selbsttäuschungen über ihre eigene Wichtigkeit glauben, einen Anspruch auf Anstellung in der Arbeiterpartei zu haben, statt sich in die Reihe der Kämpfenden einzuordnen; auch seine Bemerkung, daß wie jede so auch die Arbeiterpartei einen rechten und einen linken Flügel habe (S. 284), dürfte grade jetzt wieder ihre Bestätigung erfahren. Es sind auch Dokumente von Schlüter, Aveling, Kautsky und Bernstein (unter anderem über die Chartistenbewegung, Frankreichs Große Revolution und über »The International Working Men's Congress«) abgedruckt, die unter einer nachgewiesenen Mitwirkung von Engels entstanden sind.

Wie bei einer akademischen Edition nicht anders zu erwarten, ist die Bandbearbeiterin nicht in hagiographischer Manier vorgegangen. Sie hatte sich zwar in den Dienst des Autors und dessen heutige Leser zu stellen, aber deswegen hat sie ihre eigene Persönlichkeit samt der dazugehörigen kritischen Distanz zu bestimmten Fehleinschätzungen von Engels und zu den dogmatischen Rezeptionen, denen dessen Werk im letzten Jahrhundert ausgesetzt war, nicht verborgen. So hat sie die früher gängigen Vorwürfe, Bernstein und Kautsky seien mit den Klassikertexten des Marxismus in revisionistischer Absicht verantwortungslos umgegangen, am konkreten Objekt widerlegt. Es hätte andererseits auch keinen Sinn gemacht, die Engels-Äußerung, daß die Bourgeoisie, unfähig geworden, ihre eigenen Klasseninteressen durchzusetzen, bereits in der organisierten Arbeiterklasse ihre zur Herrschaft berufene Nachfolgerin erkenne (S. 178), interpretatorisch zurechtzubiegen.

Zu den eigenständigen Forschungsleistungen der Bandbearbeiterin zählt auch ihr vorsichtiger (mir im Ergebnis einleuchtender) Versuch, die Anteile von Engels und diejenigen von Kautsky an dem nicht aufgefundenen Manuskript zu bestimmen, das nur als anonym publizierter Aufsatz »Juristen-Sozialismus« überliefert ist (S. 1149).³

Um aber auch etwas Kritisches zu sagen: Das ungenaue Zitieren des berühmt-berüchtigten Hegel-Satzes von der Vernünftigkeit alles Wirklichen durch Kautsky (S. 484) dürfte den Originaltext wohl doch nicht bloß paraphrasieren (vgl. S. 1255).⁴ Vor allem aber steht das *Sachregister*, wie schon, leider, bei anderen MEGA-Bänden auch, hier nicht auf der Höhe der übrigen, nahezu einhundert Seiten umfassenden, nicht nur für die Benutzer dieses Bandes wertvollen Register; so bieten zwar *exempli gratia* die Engels-Texte Ausführungen über Fortschritt, Freiheitsrechte, Geschworenengerichte, Katholizismus, Kleinstaaterei, Kulturkampf, Lumpenproletariat, Marseillaise, Parlamentarismus, Unfehlbarkeit des Papstes, Verfassung, Völkerrecht und Weltmarkt; nicht jedoch finden sich diese Stichworte auf den viel zu wenigen Seiten des Sachregisters.

Das letzte Wort möge einem Gedanken des Autors (S. 66) eingeräumt sein, nachdenklich machend noch heute: Wenn Völker unterdrückt werden, könne man nicht einmal sagen, daß ihnen Unrecht geschieht – warum lassen sie sich's gefallen?

HERMANN KLENNER

1 Vgl. die von der Redaktionskommission der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam, unter Leitung des unvergessenen Jacques Grandjonc erarbeiteten, die ursprünglichen Editionsrichtlinien von 1976 korrigierend weiterführenden und 1993 im Dietz Verlag, Berlin, publizierten *Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*, die ihresgleichen nicht haben und die deshalb eine Fundgrube für Editionsunternehmungen aller Art sind. Letzteres hat sich immer noch nicht herumgesprochen.

2 Eine andere (weniger gute) unter Mithilfe von Marx/Engels entstandene Übersetzung ins Englische liegt bereits im MEGA-Band I/10, S. 605-628, dazu S. 1119, vor. Bis eines fernen Tags die deutschsprachige Originalversion des *Kommunistischen Manifests* im MEGA-Band I/6 erschienen sein wird, muß man sich mit MEW-Band 4, S. 459-493, begnügen, bzw. mit: H. Förder, M. Hundt, J. Kandel, S. Lewiowa (ed.): *Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien*, Bd. 1, Berlin 1983, S. 674-703, sowie mit der von Thomas Kuczynski besorgten, bisher besten Edition: *Das Kommunistische Manifest*. Von der Erstausgabe bis zur Leseausgabe, Trier 1995.

3 Vgl. bereits Renate Merkel-Melis: »Wer schrieb den Artikel *Juristen-Sozialismus?*«, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Neue Folge, Berlin/Hamburg 2000, S. 86-94; ferner: Detlef Joseph (ed.): *Rechtsstaat und Klassenjustiz. Texte aus der sozialdemokratischen Neuen Zeit 1883-1914*, Freiburg/Berlin 1996, S. 389.

4 Vgl. G. W. F. Hegel: *Grundlinien der Philosophie des Rechts 1821*, Berlin 1981, S. 81, 403.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 111 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 110 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

Berichtigung

Bei dem im Heft 147 auf den Seiten 89-93 abgedruckten Inhaltsverzeichnis handelt es sich um das Jahreshaltsverzeichnis 2002.

JOACHIM BISCHOFF

Does Left-Socialism have a future?

The German PDS suffers political weakness along with other West European left-Socialist and reformed Communist Parties. These parties will be able to surmount their conceptual and organizational deficits only to the extent that their political leadership successfully transforms these parties into »learning organizations«. The socialist and reformed communist left must develop autonomous concepts for transforming and vanquishing today's more flexible capitalism.

FRANZ J. RADERMACHER:

Eco-Efficiency – Global Social Reconciliation and Controlled Growth Processes as Key Instruments for Sustainable Development

Subsequent to, or even preceding, the Rio summit conference, 10 years ago, the world has been confronting the challenges of sustainable development. This question, which has always been complex, has become even more critical in the aftermath of September 11, 2001 and the quasi-total failure of the 2002 Rio + 10 summit in Johannesburg. An interaction of the world's various cultures on a basis of fairness, is the key to solving this issue. This would also contribute to the alleviation of poverty, draw more attention to issues of environmental protection and the decline of natural resources. An eco-social market economy is probably the only chance we have to attain a peaceful and sustainable future. It may also prove to be the best political innovation, coupling reasonable equilibrating mechanisms and more strict environmental protection measures to the power of the open market and the potential of innovation.

KLAUS STEINITZ

Is Economic Growth indispensable?

Left-wing economic, social and environmental policy should neither be 'hostile toward growth' nor fall victim to the currently prevailing idolatry of growth. The focal point of the debate concerning economic growth should be such issues as content, structure and quality of growth, in addition to the entire process of reproduction and its interconnection to social-ecological reconstruction. The debate should differentiate between immediate, intermediate and long-term dimensions, also in accordance with their global and regional economic impact. Economic growth does not automatically create higher employment rates, improved living standards nor generate additional social financing for state budgets. It depends on the political policy at hand whether, and to what extent, economic growth will be used to help create meaningful employment and for the maintenance of a social welfare state.

MARGARETA STEINRÜCKE AND KERSTIN JÜRGENS Free Time – the Thermometer of True Freedom

In their article, the authors review current discussions of ideal work hours and vital time frames. Their main emphasis is focused upon understanding time as a space for human development. Today some suffer from »too little« time at their disposal, while others from »too much.« In the latter case, the time is not being constructively used. It is wasted, becoming dead time. The authors analyse different models of employment – full-time, part-time, flexible – for their implications in solving the question of time. The results of the »Bremen in 2030« workshop serve here as a starting point for the discussion of new concepts for achieving an ideal time frame.

URSULA SCHRÖTER AND RENATE ULLRICH Who cleaned the Bathroom in the GDR?

Today it has become important to remind that in the GDR research on the social role of women and on gender relations began earlier and was pursued more continuously than in the FRG. The results of this research can be found in a series of sociological publications. The insights of this research having had only a partial impact on GDR policy toward women, is today in danger of becoming completely obscured. The article offers a quite comprehensive résumé of the concepts derived from this research and furnishes remarkable information about the series of East German publications handling this issue.

KLAUS MÜLLER The neo-classical wage and employment model

The neo-classical diagnosis alleges that unemployment is so high because the wages are too high. Only through wage cuts can the employment problem be solved. This inverse relationship between wages and employment level cannot be empirically proven and is itself based upon numerous untenable premises: an assumption of invariable factoring expenses, income and consumption sums, consistent or increasing profits. This also alleges that these profits are unconditionally reinvested, creating automatically new jobs.

The real reasons for persistent mass unemployment in a prosperous society, is not the result of high wages but rather of an immense progress in productivity leading to market saturation and therefore a decrease in consumption. Under these circumstances it is not more economic growth that will mitigate the present unemployment problem, but rather a radical cut in work time.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30 000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nicht. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030– 44 310-157/130/123, Fax-181/122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

| | | |
|------------------|----|--------|
| Heft 1 bis 110: | je | 1 € |
| Heft 111 bis 134 | je | 2,50 € |